

# SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 117

MÄRZ/APRIL 1995

50 Pfennig

## Profitgierige Bosse in der Offensive Machtprobe bei Metall

Die Metallbosse haben den ersten westdeutschen Metallstreik seit elf Jahren provoziert. Nach achtwöchigen Verhandlungen legten sie nicht einmal ein Lohnangebot auf den Tisch, statt dessen verlangen sie „Kompensationen“ wie die Verhinderung der 1984 erkämpften 35-Stunden-Woche. Ein Metall-Plakat brachte Mitte Februar das Programm der Metallbosse auf den Punkt: „1995 wollen wir Ihr Weihnachtsgeld, 1996 wollen wir Ihr Urlaubsgeld ... 2000 bringen Sie Ihr Gehalt selbst mit!“ Obwohl die Spitzen der IG Metall den Streikbeginn in Bayern bisher in engen Grenzen halten, plant Gesamtmetall nach der ersten Streikwoche großangelegte Aussperrungen, für die zeitgerecht das Urteil des Bundessozialgerichts vorgelegt wurde, mit dem die Arbeiter bei „kalten“ Aussperrungen zum Sozialamt gehetzt werden sollen.

Die Bosse verfolgen eine knallharte Linie, weil sie aus „Konkurrenzgründen“ die Löhne senken und die Ausbeutungsrate radikal erhöhen wollen. Bei den Abschlüssen 1991, 1993 und 1994 mußten die Ar-



Frankfurter Rundschau

**Die IG Metall hat die Macht, diese Offensive zurückzuschlagen. Aber um den Klassenkrieg der Bosse in unseren Sieg zu verwandeln, brauchen wir eine internationale Partei, die für die Herrschaft der Arbeiter kämpft**

um 20 Prozent gekürzt wurden. Als Ergebnis der Niederwalzung der ostdeutschen Industrie infolge der kapitalistischen Konterrevolution in der DDR und aufgrund der Rezession im Westen hat der DGB seit 1991 bei gestiegener Massenarbeitslosigkeit 17 Prozent seiner Mitglieder verloren. Jetzt hält zumindest ein Teil der Bourgeoisie die Zeit für gekommen, der organisierten Arbeiterbewegung einen schweren Schlag zu versetzen, indem er den offenen Klassenkrieg gegen die große und mächtige IG Metall eröffnet.

Diese Machtprobe war seit langem angekündigt. Unter der Überschrift „Die stecken das Haus an“ schrieb *Der Spiegel* (26. Dezember 1994): „Fast täglich fordern Arbeitgebervertreter neue Abstriche von tariflichen und sozialen

*Fortgesetzt auf Seite 27*

### Metaller Ost und West: Vollstreik jetzt!

beiter einen Reallohnverlust von insgesamt rund 4 Prozent einstecken. Aber den profitgierigen Bossen reicht das noch lange nicht. Jetzt sind die Lohnkosten in Deutschland um 40 Prozent höher als in Japan und 70 Prozent höher als in den USA, wo die Löhne in den letzten zwei Jahrzehnten

**Erklärung der IKL:  
Zerschlagt Jelzins Invasion  
von Tschetschenien ... S. 13**

**Der Zusammenbruch der  
stalinistischen Herrschaft  
in Osteuropa ... S. 16**

# Verteidigungsarbeit und Arbeiterbewegung



**TROTZKI**

Das Komitee für soziale Verteidigung steht in der Tradition der nichtsektiererischen, klassenkämpferischen rechtlichen und sozialen Verteidigung, die durch die International Labor Defense (ILD – Internationale Arbeiterverteidigung) verkörpert wurde. Die ILD wurde in den 20er Jahren durch James P. Cannon gegründet, damals führender Kader der Kommunistischen Partei, der später zum Führer des amerikanischen Trotzkismus wurde. Wie Cannon sagte, wurde die ILD „in Moskau geboren“, in Diskussionen dort mit dem im Exil lebenden heroischen Führer der amerikanischen Bergarbeiter, Bill Haywood. Ihr Plan wurde inspiriert sowohl durch die Prinzipien der klassenkämpferischen Arbeitersolidarität, die die ehemaligen Industrial Workers of the World oder „Wobblies“ durchdrungen hatte, als auch durch die von der Komintern ins Leben gerufene Internationale Organisation zur Unterstützung von Kämpfern der Revolution (MOPR); deren deutsche Sektion war die Rote Hilfe. Die ILD schrieb auf ihr Banner die Verteidigung eines

jeden Mitglieds der Arbeiterbewegung, das die Verfolgung durch kapitalistische Gerichte wegen seiner Aktivitäten oder seiner politischen Meinungen erleidet, ungeachtet seiner Ansichten. Im Kampf gegen die Hinrichtung der anarchistischen Arbeiter Sacco und Vanzetti, die Massenproteste auf internationaler Ebene hervorrief, erklärte Cannon:

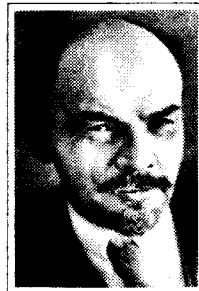
Hätten sie geschwiegen, während ihre Kollegen und Genossen um sie herum unter Verfolgung und Unterdrückung litten, hätten sie nicht das Ideal der Befreiung der Arbeiterklasse zu ihrem eigenen Ideal gemacht, würde es heute keinen Fall Sacco und Vanzetti geben. Hätten sie vor Gericht um Gnade gebettelt und ihrer Sache und ihrer Vergangenheit abgeschworen, wären sie frei gekommen, damit Schande über sie kommt.

Doch sie taten nichts dergleichen. Trotz der Hunderte von endlosen Nächten und Tagen der Inhaftierung, immer mit dem gräßlichen Gedanken der Hinrichtung im Kopf, sind sie der Sache der Arbeiter so einfach treu geblieben, wie sie es waren, bevor diese infame fingierte Anklage in den Köpfen der Reaktion in Massachusetts ausgeheckt wurde. Ja, die Verfolgung hat ihre Überzeugung sogar gestählt und hat sie schon jetzt unlöslich verbunden mit der Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung.

*Labor Defender*, Juli 1927

\* \* \* \* \*

Eine Politik ist die des Klassenkampfes. In den Mittelpunkt stellt sie die Protestbewegung der Arbeiter von Amerika und der ganzen Welt. Ihr ganzes Vertrauen setzt sie in die Macht der Massen, und überhaupt kein Vertrauen in die Justiz der Gerichtshöfe. Während sie



**LENIN**

alle möglichen rechtlichen Mittel befürwortet, ruft sie zur Agitation auf, zur Öffentlichkeitsarbeit, zu Demonstrationen – zum organisierten Protest auf nationaler und internationaler Ebene. Sie ruft in dieser brennenden Frage zur Einheit und Solidarität aller Arbeiter auf, ungeachtet von entgegengesetzten Ansichten zu anderen Fragen. Genau dies hat bisher die Hinrichtung von Sacco und Vanzetti verhindert. Das Ziel ist nichts anderes als ihre siegreiche Verteidigung und Befreiung.

Die andere Politik ist die Politik der „Respektabilität“, der „Leisetreterei“ und der lächerlichen Illusionen über die „Gerechtigkeit“ der Gerichte des Feindes. Sie verläßt sich hauptsächlich auf rechtliche Verfahren. Sie strebt danach, die Frage des Klassenkampfes zu verwischen. Sie schreckt vor den „ordinären und lärmenden“ Demonstrationen der militanten Arbeiter zurück und bewirft sie mit dem Dreck der Verleumdung. Sie versucht das Martyrium von Sacco und Vanzetti als einen „bedauerlichen“ Irrtum hinzustellen, der von den „richtigen“ Leuten, die in der „richtigen“ Weise vorgehen, berichtigt werden könne...

Die bewußten proletarischen Elemente, mit denen wir uns vorbehaltlos identifizieren, sind für die erste Politik. Die bürgerlichen Elemente und diejenigen, die von ihnen beeinflusst sind, sind für die zweite.

*Labor Defender*, Januar 1927

## SPARTAKIST

herausgegeben von der  
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS  
Internationale Kommunistische Liga  
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Bäck (Produktion), Marianne Clemens, Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Reiner Hardy, Alexis Hecht, Barbara Köhler, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes, Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)  
VERTRIEB: Herbert Adler

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg  
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH  
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg, Fax (0 40) 33 01 54  
Postfach 5 55, 10127 Berlin, Fax (0 30) 4 43 94 02  
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01, Korrespondenz über  
Verlagsanschrift. Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der  
Auffassung der Redaktion.  
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde  
Konto 119 88-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60  
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb  
ISSN 0173-7430

Nr. 117

März/April 1995

## KONTAKTADRESSEN

### Berlin

SpAD, Postfach 555, 10127 Berlin  
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

### Halle

SpAD, Postfach 20 11 31, 06012 Halle  
Telefon: (03 45) 2 02 90 55

### Hamburg

SpAD, c/o Verlag Avantgarde  
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg  
Telefon: (0 40) 32 36 44

# Kommunistische Plattform – die Opposition, die keine war

## PDS-Parteitag: Antikommunisten willkommen!

Das Ergebnis des 4. Parteitages läßt sich auf eine einfache Formel bringen: 10 Thesen minus 5 Thesen ergibt 1 Unvereinbarkeitsbeschuß. Im letzten Dezember, als Lothar Bisky auf der Demonstration gegen den grotesken Steuerbescheid vor einer „Radikalisierung“ der PDS-Mitglieder warnte, zeichnete sich bereits ab, daß die PDS-Führung wild entschlossen ist, sich in die „Bündnisfähigkeit“ zu flüchten – geschockt durch den neuerlichen Angriff des bürgerlichen Staats trotz des PDS-Wahlerfolgs. Um den von Sozialdemokraten wie Höppner und Bahr lautstark vorgebrachten Forderungen nach einer Abgrenzung vom „Kommunismus“ nachzukommen, hatte die PDS-Führung ein 10-Thesen-Papier vorgelegt, in dem von Kommunismus und Klassenkampf offiziell Abschied genommen wird und den Kapitalisten ein „Gesellschaftsvertrag“ angeboten wird.

Apropos Gesellschaftsvertrag, im Februar 1990 hatte die PDS „ja“ zu „Deutschland einig Vaterland“ gesagt, als die massive antikommunistische Kampagne der Bourgeoisie die DDR überschwemmte. Aber in den vergangenen Jahren haben viele Arbeiter, besonders Frauen und Immigranten, die Folgen der brutalen Konterrevolution hassen gelernt, und die Illusion von der „sozialen Marktwirtschaft“, die Gysis bunte Truppe verbreitete, ist zerstoßen. So ist es nicht überraschend, daß das 10-Thesen-Papier bei vielen Mitgliedern, die noch nicht bereit sind, ihren Frieden mit dem Vierten Reich des deutschen Imperialismus zu machen, auf massiven Protest gestoßen ist. Der folgende Kompromiß zwischen Gysi/Bisky und Modrow, das 5-Thesen-Papier, spitzte daher die PDS-interne Hexenjagd, mit dem Unvereinbarkeitsbeschuß gegen „Stalinismus“, auf die Kommunistische Plattform zu. Das Vorstandsmitglied der PDS-loyalen „Kommunistischen“ Plattform, Saha Wagenknecht, sollte das Damenopfer für das „Magdeburger Modell“ werden.

Während die bürgerliche Presse zufrieden feststellt: „Die PDS ist ihm [Bisky] programmatisch weitgehend gefolgt“ (*Der Tagesspiegel*, 30. Januar), tut die Führung der Plattform alles, um ihre schmachvolle Kapitulation zu verschleiern – dabei sind die fünf Thesen ebenso offen gegen den Kommunismus wie die zehn. Man seift wieder ein! Das frei nach Bernstein mit „Sozialismus ist Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel“ überschriebene 5-Thesen-Papier wurde angenommen. Es enthält zwei wesentliche Aussagen: Erstens, daß „die PDS sich auf irgendeiner Ebene in eine Regierungskoalition begeben sollte“, und zweitens: „Es gibt Grenzen, die durch kein Mitglied in der PDS überschritten

werden dürfen. Nationalistische, chauvinistische, rassistische, antisemitische Auffassungen sind mit der Mitgliedschaft in der PDS unvereinbar. Das gilt ebenso für stalinistische Auffassungen“ (*Pressedienst* Nr. 5/6). Diese Gleichsetzung von Antisemitismus und „Stalinismus“ exakt 50 Jahre, nachdem die Rote Armee (mit Stalin als Oberbefehlshaber) Auschwitz befreit hat, stößt skandalöserweise in das gleiche Horn wie die Totalitarismustheorie, mit der die deutsche Bourgeoisie die Verbrechen der Nazis verniedlicht. Und damit jeder weiß, wen die PDS mit „Stalinismus“ meint: „Das bedeutet, daß wir ... avantgardistische und zentralistische Sozialismus- und Parteivorstellungen zurückweisen.“ Damit hätten sie Marx, Engels, Lenin und Trotzki ausgeschlossen (allerdings wären diese Kommunisten gewiß nie in die PDS eingetreten).

Die Mehrheit der Parteitagsdelegierten protestierte gegen die antikommunistische Stoßrichtung des Papiers, das freilich nur festschreibt, was ohnehin politische Praxis der PDS ist, indem sie mit deutlicher Mehrheit „Antikommunismus“ in die Liste der Unvereinbarkeiten aufnahm. Das war die Stunde der erklärten Antikommunisten Zwerenz und Einsiedel, die als Vertreter der bürgerlichen Forderungen an die PDS den Delegierten quasi die Pistole auf die Brust setzten und mit dem Scheitern von „Gysis bunter Liste“ drohten. Vom Standpunkt seiner Klasse aus folgerichtig, begründete Einsiedel seinen Haß auf den Kommunismus mit einem Zitat des Kommunistischen Manifests, das lautet: „Kommunisten ... erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern.“ Dem können wir zustimmen.

Gerade zu dem Zeitpunkt, als die Delegierten gegen die Öffnung der Partei zum Antikommunismus votierten, kapitulierten die über ihren eigenen Erfolg zu Tode erschrockene Führung der Plattform und sprang der Parteiführung mit einer Erklärung zur Seite, die „aus Rücksicht auf die Bündnispolitik“ (*Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS*, Heft 2/1995) der Aufhebung des Beschlusses vom Vortag und damit der Streichung von „Antikommunismus“ aus der Unvereinbarkeitsklausel zustimmte. Damit hatte die Plattform in der Sache die gleiche Position wie Gysi/Lederer bezogen: Antikommunisten sind in der PDS willkommen. Und so erklärte die Plattform: „Wir stellen nicht in Frage, daß es Einzelpersonlichkeiten geben kann, die sich

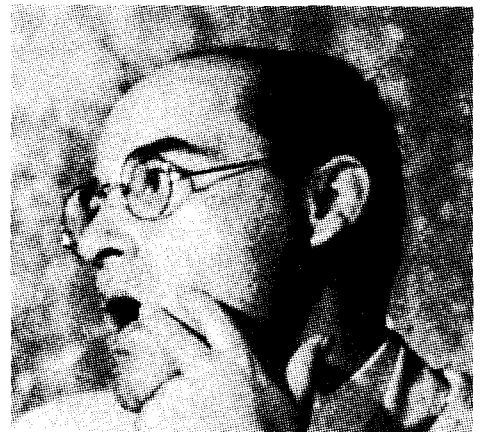
*Fortgesetzt auf Seite 4*



Junge Welt



Gabriele Senft



Junge Welt

**Gysi buhlt um die Gunst von Antikommunisten**

## PDS...

Fortsetzung von Seite 3

als Antikommunisten verstehen und zugleich als demokratische Sozialisten.“ Wodurch unterscheidet sich das von Gysis Vorstellung eines „humanen Antikommunismus“? Und wenn Antikommunismus nicht inhuman ist, dann ist es wohl auch der Kapitalismus nicht, und wozu dann noch Gysis (Lippen)bekenntnis zum Sozialismus? Somit ist es nur folgerichtig, daß Biskys/Bries jüngstes Grundsatzpapier, abgedruckt im *Neuen Deutschland* vom 21. Februar, für die Zukunft selbst das Wort „Sozialismus“ aus dem Sprachschatz der PDS verbannen und durch „Neosozialismus“ ersetzen will.

„Ein Schaukampf, kein Machtkampf“ titelte der bürgerliche *Tagesspiegel* treffend. Was war passiert? Der Protest des Parteitags gegen „Antikommunismus“ hatte die Plattform in einen echten Machtkampf mit den bürgerlichen Elementen der PDS-Fraktion gezwungen. Unfähig, diesen Kampf zu führen, blieb ihr nur die Unterwerfung. „Wir bleiben Teil der PDS!“ (*Mitteilungen*, Heft 2/1995). Also die PDS ist alles, das Ziel ist nichts.

Wenn die Plattform hoffte, für diesen Kniefall belohnt zu werden, wurde sie enttäuscht, denn erwartungsgemäß folgte der Niederlage auf dem politischen Feld die Abwahl Wagenknechts aus dem Vorstand. Gysis Kalkül, die deutschnationalen Bestandteile seiner „bunten Liste“ notfalls als Peitsche gegen die Partei einzusetzen, war mit Hilfe der Plattform aufgegangen: Der Beschluß vom Vortag wurde rückgängig gemacht, daß „Antikommunismus“ mit der Mitgliedschaft in der PDS „unvereinbar“ sei. Dafür wurde an anderer Stelle das unverbindliche Versprechen eingefügt: „Als sozialistische Partei kann und darf die PDS nicht antikommunistisch sein.“ Hinzugefügt wurde: Die PDS „ist nicht bereit, auf demokratisch-kommunistische Positionen in ihren Reihen zu verzichten“. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt: Solange sich diese Positionen auf allgemeine Abhandlungen über den „Kommunismus“ beschränken und sich ansonsten der bürgerlichen Demokratie unterordnen, sind sie geduldet. Was sicher *nicht* gemeint ist (siehe Unvereinbarkeitsbeschluß), ist die Position für *revolutionäre* Arbeiterdemokratie, deren höchste Form die Diktatur des Proletariats ist.

In einer persönlichen Erklärung protestierte der Bundestagsabgeordnete Uwe-Jens Heuer gegen dieses Umfallen des Parteitages, der Kern der Debatte sei das Verhältnis zur DDR und er habe nicht bereut, sich für Ulbricht und gegen Adenauer entschieden zu haben. „Ihr macht euch Gedanken, wie ihr Gerhard Zwerenz in der Fraktion halten könnt, warum denkt ihr nicht daran, wie ihr Uwe-Jens Heuer und andere halten könnt?“ Damit sprach er vielen PDS-Mitgliedern aus dem Herzen, die zum Beispiel keine Rente mehr bekommen, weil sie Antifaschisten waren, und sich jetzt nicht dazu bringen lassen wollen, diese Kröte zu schlucken. Deshalb auch kriegte Sahra Wagenknecht immerhin fast ein Drittel der Stimmen bei der Vorstandswahl, und der „erneuerte“ Hexenjäger Gehrcke brauchte drei Wahlgänge, um zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt zu werden. Aber KPFler wie Brombacher sind schon zu Schluck-Spezialisten geworden, nur um im reformistischen PDS-Krötenteich zu bleiben. Nun, es haben sich welche verabschiedet, einige sind Spartakisten geworden.

Es ist kein Zufall, daß die Plattform auf dem 4. Parteitag genauso paralytisch war wie beim Anschluß der DDR 1990 und beim PDS-Beschluß zum MfS. In der Frage der Klassenzusammenarbeit, dem wesentlichen Punkt der fünf Thesen, vertritt die Plattform keine grundsätzlich andere Position als die PDS-Führung. Keine der „Erklärungen“, die von der Plattform zum Parteitag abgegeben wurden, prote-

stiert gegen die Tolerierung der bürgerlichen Regierung in Magdeburg. Lediglich Wagenknecht hat sich vorsichtig gegen eine „pauschale Tolerierung“, also wie Angela Marquart für eine bedingte Tolerierung, ausgesprochen. Sozusagen Sozialdemokratismus mit beschränkter Haftung. Doch die Arbeiter von Buna und Waggonbau Dessau geben einen Furz auf das „Reformprojekt“ von Roland Claus, dem PDS-Vorsitzenden von Sachsen-Anhalt.

Die PDS-Führung borgte sich die „Stalinismus“-Keule aus dem antikommunistischen Arsenal eines Grafen von Einsiedel, um damit die Erinnerung an die DDR, Lenin und die Oktoberrevolution auszutreiben. Dieser Kampagne schloß sich der dubiose Bund Sozialistischer Arbeiter mit einem „Offenen Brief des BSA an die Delegierten der PDS“ an, in dem die Standpunkte der KPF als „reaktionär“ denunziert werden.

Die Kommunistische Plattform identifiziert „Stalinismus“ mit „eklatanten Verletzungen sozialistischer Gesetzmäßigkeit“, worüber die Debatte natürlich „noch nicht abgeschlossen“ ist (*Mitteilungen*, Heft 2/1995). Diese Forderung nach einem „sozialistischen“ Rechtsstaat hat nichts mit Trotzki's Kampf für eine proletarisch-politische Revolution zu tun, um die Sowjetunion zurück auf den Weg Lenins und damit zur revolutionären Arbeiterdemokratie zu führen. Natürlich kann die Plattform nicht erklären, warum in den ersten Jahren der Oktoberrevolution selbst unter den extremen Bedingungen des Bürgerkriegs und des Kampfes gegen die „Intervention der 14 Staaten“ in der bolschewistischen Partei Lenins und Trotzki's Arbeiterdemokratie existierte, unter Stalins bürokratischer Herrschaft nach 1923 aber nicht. Die Antwort liegt in der politischen Enteignung des Proletariats durch die stalinistische Bürokratie, die das Ziel der Weltrevolution für das nationalistische Dogma aufgab, daß der „Sozialismus in einem Land“ aufgebaut werden könnte (siehe unseren Artikel über den Zusammenbruch des Stalinismus auf Seite 16).

Das einzig wichtige positive Ergebnis des 4. Parteitages war die Annahme des Antrags für die Rettung des Lebens von Mumia Abu-Jamal. In intensiver Arbeit hat das Komitee für soziale Verteidigung für den von der Todesstrafe bedrohten schwarzen Journalisten Unterstützung gesammelt, die breite Zustimmung und großes Interesse bei den Delegierten und anderen Anwesenden fand. Im ganzen Gebäude hingen Jamal-Plakate, und auf zahlreichen Büchertischen lagen Stapel der KfsV-Flugblätter aus. Aber am Tag vor der Demonstration, zu der die Delegierten aufgerufen hatten, wurde diese Entscheidung durch einen Beschluß des Parteivorstands wieder aufgehoben (siehe unseren „Offenen Brief“ auf Seite 5).

In den *Mitteilungen* (Heft 2/1995) fragt Heinz Marohn von der Plattform verzweifelt: „Wir bleiben Teil der PDS! Aber wie?“ Es wird der Plattform nichts nützen, weiter auf Zeit zu spielen und weiter Kräfte an eine sich nach rechts entwickelnde Partei zu binden, die längst im kapitalistischen System „angekommen“ ist und dies durch Arbeiterverrat und Börsenspekulation signalisiert. Notwendig ist eine offene politische Auseinandersetzung, um die harten Lehren zu ziehen aus Stalins Bruch mit dem Leninismus und dem Kampf von Trotzki's Linker Opposition dagegen, die Lehren zu ziehen aus der gelben Linie der Klassenzusammenarbeit, die im Ausverkauf von einem Drittel der Welt an den Imperialismus gipfelte. Wer diese Lehren nicht zieht, wird immer tiefer im Sumpf des Reformismus versinken. Die PDS bietet der Bourgeoisie ihre Dienste an, um Linke ins bürgerliche System zu integrieren, und die Plattform hält radikal gesinnte Genossen in Gysis Partei. Auch in diesem Sinne ist die Plattform „Teil der PDS“. Die Bourgeoisie fürchtet nicht die PDS, sondern eine revolutionäre Partei im Geiste von Spartakus. ■

# Offener Brief an den PDS-Bundesvorstand

## Rettet Mumia Abu-Jamal! Weg mit der Todesstrafe!

### Hexenjäger helfen nur den Henkern

Berlin, 25. Februar 1995

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

wie Ihr wißt, ist das Leben des schwarzen politischen Gefangenen Mumia Abu-Jamal in großer Gefahr; der Kampf, ihn zu retten, wird besonders im gegenwärtigen politischen Klima hart und langwierig sein und international die breiteste Mobilisierung von Massenprotesten erfordern. Wie Angela Davis, die selbst durch Massenproteste aus dem Gefängnis befreit worden war, in ihrer Grußbotschaft an die Kundgebung vom 7. Februar in Berlin sagte: „Der Fall von Mumia Abu-Jamal ist zum wichtigsten Fall dieser Anfechtung der Todesstrafe geworden.“ Diese Kundgebung, initiiert vom Komitee für soziale Verteidigung, einer mit der SpAD verbundenen Verteidigungsorganisation, wurde von vielen PDS-Mitgliedern, einer Reihe von PDS-Ortsverbänden und der PDS nahestehenden Gruppen und Gruppen der Kommunistischen Plattform unterstützt, die auch dafür mobilisierten, und erhielt die Unterstützung von Eurem Bundesparteitag und Berliner Landesparteitag. Und dies trug dazu bei, sie zu einem erfolgreichen Protest auf einer breiten Basis zu machen.

Doch einen Tag vor der Kundgebung beschloß der Bundesvorstand in einer geschlossenen Sitzung: „Der Kampf um die Rettung von Mumia Abu-Jamal wird wesentlich erschwert durch den Versuch sektiererischer Kräfte wie der Spartakist-Partei, die ihn für ihre politischen Ziele vereinnahmen wollen“ (*Pressedienst* Nr. 7/95). Ein solcher Beschluß *unterminiert* und *sabotiert* die internationale Kampagne, Jamal zu retten, für deren Unterstützung zwei Parteitage innerhalb von acht Tagen uneingeschränkt gestimmt haben. Diese Entscheidung rief bei vielen PDS-Basisgruppen Empörung hervor, und der PDS-Kreisverband Mainz-Bingen schrieb an den Parteivorstand: „Im Rahmen internationaler Solidarität erachten wir es als großen politischen Fehler, diese vom Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) initiierte Kampagne nicht mit allen politischen und organisatorischen Mitteln zu unterstützen.“

Diese Kampagne wurde auf Eurem Bundesparteitag Ende Januar mit Begeisterung aufgegriffen. Jamal-Plakate hingen überall, und Stapel von KfsV-Flugblättern waren auf den Büchertischen zahlreicher Organisationen zu finden. Auf dem Parteitag unterstützte auch eine Reihe prominenter Sprecher der PDS/Linke Liste die Demo, darunter Stefan Heym, André Brie, Manfred Müller und Jakob Moneta. Gregor Gysi hatte seine Unterstützung bereits auf der Gedenkveranstaltung für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 15. Januar gegeben, auf der 8000 Exemplare des KfsV-Flugblatts „Rettet Mumia Abu-Jamal“ verteilt wurden. Auf dem Parteitag faßten die Delegierten nach bewegenden Darstellungen des Falls bei der Jugendsitzung einstimmig den Beschluß: „Der 4. Parteitag der PDS

schließt sich der internationalen Kampagne ‚Rettet Mumia Abu-Jamal‘ an, um sein Leben zu retten, und ruft alle Ortsverbände und Mitglieder auf, sich an der Kundgebung am 7. Februar ... in Berlin zu beteiligen.“

Zur Kundgebung am 7. Februar kamen 300 Teilnehmer, die dem miesen Wetter trotzten. Mit dem breiten Spektrum an Unterstützern und der demonstrierten Entschlossenheit, den Kampf zur Rettung Jamals fortzusetzen, war diese Demo ein wichtiger Erfolg und durchkreuzte nachhaltig den böartigen hexenjägerischen Beschluß des Bundesvorstands. Überwiegend Jugendliche waren auf der Demo; sie hatten aus gut einem Dutzend Schulen von Hohenschönhausen bis Dahlem hinmobiliert, sie kamen aus Hamburg und eine Delegation von PDS-Jugendlichen kam aus Halle. Grüße von Angela Davis wurden von Susann Baller verlesen, die



Kein Bildnachweis

**Berlin im August 1927 – Protest gegen die Ermordung von Sacco und Vanzetti. Auf der ganzen Welt fanden Massenproteste statt**

Mitglied des Studentenparlaments der Humboldt-Uni ist, das die Demo unterstützt hatte, sowie Mitglied der HDS, die auch ein eigenes Flugblatt herausgab, um für die Demo zu mobilisieren.

Nemera Desisa, stellvertretender Vorsitzender des Deutsch-Ostafrikanischen Begegnungszentrums Wedding, der als Redner beim PDS-Bundesparteitag für die Jamal-Kampagne eintrat, sprach auch auf der Kundgebung. Heinrich Fink, Vorsitzender des Komitees für Gerechtigkeit, erinnerte an den 50. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz: „Wir sind an der Seite von Mumia Abu-Jamal und meinen, vieles tun zu müssen, weil wir selbst durch die Rote Armee vom Faschismus befreit wurden.“ Weitere Redner waren unter anderem Sigrun Steinborn von der Berliner Abgeordnetenhausfraktion der PDS, Reinhard Strecker von der Jüdischen Gruppe Berlin und Güley vom Kurdistan Informationsbüro. Zu den Unterstützern gehörte Jamals Anwalt Leonard I. Weinglass, und vom amerikanischen Committee to Save Mumia Abu-Jamal, dem

Fortgesetzt auf Seite 6

## Kampf der Hexenjagd!

### Für sofortige Wiedereinstellung von Günter Weinreich!

Am 14. März findet die Berufsverhandlung zum Fall Günter Weinreich statt. Er wurde im November 1993 als Dezernent für Umweltstatistik in Halle fristlos gekündigt, nachdem sein Name zusammen mit über 4500 sogenannten „IMs“ in der berüchtigten antikommunistischen Hexenjagd-Liste des Neuen Forums aufgetaucht war. Im April 1994 erklärte das Arbeitsgericht die Kündigung für nichtig, aber seinen Arbeitsplatz bekam Günter nicht zurück.

Günter sagte nach dem Prozeß am 26. April 1994: „Ich habe eine Vielzahl Unterstützung und Ermutigung erhalten, auch von Kollegen, die in einer ähnlichen Situation sind, aber bisher nicht wagten, damit in die Öffentlichkeit zu gehen. Sie alle verstanden, daß ich

nicht nur für meinen Arbeitsplatz kämpfe, sondern für all jene, die das rachsüchtige 4. Reich jetzt zerstören will, weil sie bewußt zur Verteidigung der DDR standen“. Jetzt geht der Fall in die Berufung. Wie beim ersten Prozeß zu sehen war (*Spartakist* Nr. 113, Juni/Juli 1994): Eine breite Unterstützung ist entscheidend! Bisher unterstützen diesen Fall u. a. Prof. Willi Sitte, Prof. Jürgen Kuczynski, die Professoren I. und S. Rapoport, PDS-Mitglied und Präsidiumsmitglied der Lagergemeinschaft Dachau e.V. Karl Kielhorn, die Mutter von Mete Ekşi Frau Atye Ekşi. Für weitere Informationen, auch über Möglichkeiten, euren Protest auszudrücken, wendet euch an das KfsV, c/o R. Hartwig, Postfach 20 06 24, 06012 Halle; Tel. (03 45) 202 90 55.

### Beteiligt euch an der Protestkundgebung des Komitees für soziale Verteidigung!

Dienstag, 14. März, 13.00 Uhr

Landesarbeitsgericht Halle, Neustädter Passage 9

## Offener Brief...

Fortsetzung von Seite 5

prominente Aktivisten, Künstler und religiöse Persönlichkeiten wie Julian Bond, Whoopi Goldberg und Daniel Berrigan angehören, kam eine Grußbotschaft.

Catherine Aubel, die für das KfsV redete, beschrieb das Prinzip der Einheitsfront, welches die ganze Kundgebung bestimmte:

„Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle. Ihr, die ihr aus unterschiedlichen Ländern, mit unterschiedlichen Erfahrungen und mit euren unterschiedlichen politischen Ansichten heute hierhergekommen seid, habt damit ermöglicht, daß für Mumia und alle Opfer der schauderlichen Todesstrafe heute hier eine Tribüne errichtet werden konnte. Und das ist genau, was Mumia will.“

Die Anschuldigung des Bundesvorstands, daß die Kommunisten einem Fall dadurch schaden, daß sie „ihn für ihre politischen Ziele vereinnahmen wollen“, hat in der Arbeiterbewegung eine lange und ganz üble Geschichte. Genau diese Art von antikommunistischer Hexenjagd lähmte die Massenprotestbewegung zur Verteidigung von Sacco und Vanzetti auf Schritt und Tritt und trug dadurch zum tragischen Ende dieser beiden radikalen Arbeiter bei. Eine ähnliche Attacke gegen die von Kommunisten organisierte internationale Protestkampagne hätte Anfang der 30er Jahre beinahe dazu beigetragen, die schwarzen amerikanischen Scottsboro Boys in den Tod zu schicken.

Das KfsV stellt in der Erklärung seines Zwecks eindeutig seine Ziele und seine Beziehung zur SpAD klar. Diese Erklärung steht auf jedem Schriftstück, das es für die Jamal-Kampagne herausgegeben hat: „Das KfsV ist eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, die sich für die Fälle und Anliegen einsetzt, die im Interesse der Gesamtheit der arbeitenden Menschen sind. Dieser Zweck entspricht den politischen Ansichten der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD).“

Die vom KfsV initiierte Kundgebung vom 7. Februar ist Teil einer internationalen Kampagne, das Leben von Mumia Abu-Jamal zu retten, die vom Partisan Defense

Committee (PDC) in den USA ins Leben gerufen wurde. Vor über sieben Jahren griffen das PDC und die Spartacist League/U.S. als erste den Fall von Mumia Abu-Jamal auf und machten ihn überall bekannt. Wir haben dabei mit zahlreichen Gruppen auf der ganzen Welt zusammengearbeitet, von schwarzen Arbeitern in Südafrika bis zu Gegnern der Todesstrafe in Japan. Das PDC hat die Bremer Gruppe „Kampagne Abu-Jamal“ mit Artikeln von Mumia versorgt, was ihr geholfen hat, seinen Fall in Deutschland bekannt zu machen und bisher 80 000 DM für seine Rechtsverteidigung zu sammeln. Daß wir uns entschieden für das Leben von Jamal einsetzen, ist vielen PDSlern bekannt, die seit 1990 die vom KfsV initiierten Demonstrationen und Verteidigungsaktionen für ihn unterstützt und daran mitgearbeitet haben.

Genossen, die Spartakist-Arbeiterpartei und das Komitee für soziale Verteidigung sind dem PDS-Parteivorstand schon lange für ihre konsequente, nichtsektiererische Verteidigung von Opfern der bürgerlichen Repression bekannt. Warum also machte der Bundesvorstand solch eine völlige Kehrtwendung in einer so dringenden Frage, wie es die Rettung von Mumia Abu-Jamal ist? Wir können nur annehmen, daß dies eine Reaktion auf die gleichen Kräfte ist, die eine Hexenjagd gegen die Kommunistische Plattform wollen, was Euren Parteitag stark dominiert hat. Dazu weisen wir besonders auf einen Artikel im *Tagesspiegel* vom 30. Januar hin, der die PDS dafür angreift, daß verschiedene Linke auf Eurem Parteitag Büchertische hatten. Der Artikel drohte unter anderem, daß die PDS „ihr Stigma als SED-Epigonin“ solange nicht los wird, wie „im Foyer Flugblätter von Spartakisten ausliegen, in denen der Abzug der Sowjets aus Afghanistan ein ‚schändlicher Verrat‘ genannt wird“.

Wo Ihr selbst Opfer dieser Hexenjagd gewesen seid, haben wir Euch immer dagegen unterstützt; tatsächlich sind wir eine der wenigen Organisationen, die die PDS verteidigt haben. Bezeichnend dafür ist das Foto, das im *Neuen Deutschland* zur Kundgebung am 7. Februar veröffentlicht wurde und einen Jugendlichen mit dem Spartakist-Plakat „Hände weg von der PDS!“ zeigt. Dennoch behauptet Ihr, die SpAD sei „sektiererisch“! Angeblich basiert dieser

Fortgesetzt auf Seite 12



AP



Sovfoto

Eingang zum Todeslager Auschwitz nach der Befreiung im Januar 1945. Überlebende des Lagers mit Rotarmisten

# Gedenken in Auschwitz

## Ein Bericht

*Im Januar war der 50. Jahrestag der Befreiung des Nazi-Todeslagers von Auschwitz durch die Rote Armee. Zwischen 1941 und 1945 wurden mehr als zwei Millionen Juden – zusammen mit Polen, Russen, Kommunisten, Sozialisten und 20 000 Sinti und Roma – in den Gaskammern der Vernichtungsfabrik, der Verkörperung kapitalistischer Bestialität schlechthin, ermordet.*

*Lech Walesa und die kapitalistische Regierung in Polen, die die polnischen Faschisten des Zweiten Weltkrieges „rehabilitiert“ hatte, feierten diesen Jahrestag mit einem heuchlerischen „Gedenken“ in Auschwitz am 27. Januar. Viele Überlebende des Todeslagers und jüdische Organisationen boykottierten dieses obszöne Schauspiel und organisierten ihr eigenes Gedenken am Vortag. Unterstützer der Internationalen Kommunistischen Liga verteilten eine Erklärung in deutscher, polnischer, russischer und englischer Sprache (abgedruckt in Spartakist Nr. 116, Januar/Februar). Wir drucken unten, in überarbeiteter und gekürzter Form, einen Bericht von Renate Dahlhaus von der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD) ab.*

Wir haben eine internationale Erklärung zu Auschwitz herausgegeben, unterschrieben von der Spartakusowska Grupa Polski (SGP), Spartacist Moskau und der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands. Und dann sind wir nach Auschwitz gefahren, um am 50. Jahrestag bei den Gedenkveranstaltungen diese Erklärung denen in die Hände zu geben, die dort den Opfern Ehre erweisen wollten. Unser Team bestand aus drei Genossen, von der SGP, der SpAD und der Spartakist-Jugend. Genossen in Warschau verteilten die Erklärung vor dem Jüdischen Theater an Leute, die dort mit Bussen zum Gedenken abfuhrten.

Wir gingen nicht nach Auschwitz für die Leute, die das Ereignis in eine Fernseh-Show verwandeln wollten und so versuchten, eine imperialistische Versöhnung unter den Kriegsverbrechern herzustellen. Unter den „Ehrgästen“ war Roman Herzog, Präsident des Vierten Reichs, des

selbsternannten Rechtsnachfolgestaats von Hitlers Drittem Reich. Schändlicherweise gab es dort sogar einen SS-Arzt, um sozusagen die „Auschwitz-Lüge“ als Lüge darzustellen und zu erklären, hier habe ich meine Selektionen durchgeführt, hier habe ich also entschieden, wer getötet wird und wer für „Experimente“ zur Verfügung steht. Er war nicht während der jüdischen Gedenkveranstaltung da, das war ihm verboten worden. Aber er war unterwegs am späten Nachmittag in Auschwitz-Birkenau, umringt von 50 Journalisten, die alle seine „Beweise“ sozusagen aufgenommen haben.

Beim Hinfahren gerieten wir mit unserem Bus für zwei Stunden in Krakow in einen Stau, weil Walesa zur gleichen Zeit auf der Burg gesprochen hat, wo er weder den Holocaust noch das Wort „Jude“ überhaupt erwähnte. Die Anarchisten demonstrierten dort gegen Walesa, aber die Presse ignorierte sie natürlich.

Am Eingang haben wir einen ehemaligen polnischen Häftling kennengelernt, der uns erklärt hat, wie dieses Lager aufgebaut war. Er stand auf der Hauptstraße, unfähig weiterzulaufen, weil er erschöpft war. Und er hat sichergestellt, daß wir dort auf der Hauptstraße zu der Gedenkveranstaltung unsere Erklärung verteilen konnten. Und er hat unsere Flugblätter an alle Museumsangestellten und an die polnischen Polizisten verteilt und ihnen auf polnisch erklärt, daß diese Gruppe von drei Trotzlisten das Recht hat, dort zu stehen. Das heißt, wir wurden direkt unter den Schutz der ehemaligen Häftlinge genommen und hatten von da an keine Probleme, dort zu verteilen.

Wir waren die einzige Organisation, die Material verteilte. Von Anfang an stimmten Lagerüberlebende mit unserer Überschrift „Die Rote Armee befreite Auschwitz!“ überein. Viele, besonders alte Leute, drückten ihren Dank darüber aus und haben gesagt, ihr habt recht und das ist genau, was hier fehlt und was wichtig ist zu sagen, daß es die Rote Armee war, was in den vielen Veranstaltungen nicht

Fortgesetzt auf Seite 8

## Auschwitz ...

Fortsetzung von Seite 7

erwähnt wurde. Leute fragten, na ja, warum ist die russische Regierung nicht hier, und wir erklärten, das ist nicht mehr die Rote Armee und es gibt nicht mehr die Sowjetunion. Aber es gibt noch Kommunisten, die zu den Idealen der Oktoberrevolution stehen und kämpfen.

Es kam zu sehr bewegenden Szenen. Es kamen zu uns zwei Polen, die die Nazis zu Zwangsarbeitern gemacht hatten, und erzählten: Ach, ihr seid Deutsche, ich war für drei Jahre in Dessau, in Dresden, in Köln, Aachen, ich habe da deutsch gelernt. Wir haben an Roma-Familien verteilt, die gesagt haben: Wir haben deutsch gelernt hier in Birkenau im „Zigeunerlager“. Einige polnische und andere Häftlinge baten uns besonders um die Erklärung auf deutsch. Sie schüttelten uns die Hände, umarmten uns und wünschten uns viel Glück. So auch ein jüdischer Arzt, dessen Krankenhaus in Charlottenburg (Berlin) zerbombt wurde und der danach nach Auschwitz kam.

Es kam eine russische Frau zu uns, die in der Küche gearbeitet hatte, in der Lagerküche von Auschwitz, und die sich bedankt hat, daß wir da waren. Es kam eine andere russische Frau zu uns, die gegen die russischen Faschisten Pamjat protestieren wollte. So haben wir zu fünf oder sechs zusammen in verschiedenen Sprachen gerufen: „Down with Pamyat!“ und „Nieder mit Pamjat!“

Kein einziges dieser Flugblätter – wir haben insgesamt fast 2000 verteilt – wurde weggeworfen oder zerrissen. Im Gegenteil, eins ist uns im Wind weggeflogen, und zwei junge polnische Frauen haben es aufgenommen, haben es gesäubert vom Schlamm und haben es sorgfältig eingesteckt. Ehemalige Häftlinge haben teilweise Stapel genommen für ihre Kameraden, die nicht kommen konnten, weil sie zu krank waren.

Wenn sie uns gefragt haben, International Communist League, was bedeutet das, und ich gesagt habe, Trotzlisten, dann gab es verschiedene Reaktionen. Da gab es auch einen alten Mann, einen Juden aus New York, der, als ich ihm sagte, wir sind Trotzlisten, sofort angefangen hat zu weinen und gesagt hat, daß er zwölf Jahre im Lager war mit



Erklärung der Internationalen Kommunistischen Liga in deutsch, polnisch, englisch und russisch zum 50. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee

Trotzlisten und sie alle erschlagen worden sind.

Es kam eine polnische Frau am zweiten Tag, die ist zur Polizei gelaufen und hat gesagt, man muß diese kommunistische Propaganda verbieten. Die Polizei hat sich geweigert, uns rauszuschmeißen. Daraufhin ist sie zu den Soldaten gegangen. Die Soldaten haben sich geweigert. Und daraufhin kam ein polnischer Journalist zu uns und hat gefragt, ob wir das mitgekriegt hätten. Er war der Meinung, daß es falsch war, daß die polnische Regierung nicht gesagt hat, daß die damalige polnische Regierung und Armee Verantwortung hatten für die Vernichtung der Juden.

Dann, als Walesa beim offiziellen Regierungs-„Gedenken“ gesprochen hat, sind Häftlinge rausgekommen und sind zu uns gekommen und haben gesagt, es ist unerträglich, daß dieser Mensch spricht, wir haben die Nase voll bis hier, wir wollen ihn nicht mehr hören. An einem Punkt haben wir ein Flugblatt bekommen auf polnisch, klandestin zugesteckt, was eine Auseinandersetzung ist mit dem Konkordat von Papst Pius XII. und Hitler. Das wurde uns von einem Häftling heimlich zugesteckt, aus Protest gegen die katholische Kirche, die zusammen mit Walesa heute versucht, Polen in eine antisemitische, frauenfeindliche Theokratie umzuwandeln.

Überall trafen wir auf positive Antworten. Unsere Erklärung in russisch, polnisch, deutsch und englisch war ein machtvolles Zeichen unserer internationalistischen Position. ■

## Diskussionsreihen der Spartakist-Jugend

### Berlin

vierzehntägig freitags 17 Uhr  
Humboldt-Universität, Hauptgebäude, Raum 3120 AB  
(nahe dem Café HUBart)  
Weitere Informationen: (030) 4 43 94 00

#### Freitag, 17. März

Die permanente Revolution  
am Beispiel von Südafrika  
(Raum laut Aushang)

#### Freitag, 31. März

Stalinismus: Totengräber der Revolution

#### Freitag, 7. April

Italien: Klasse gegen Klasse anstatt Volksfront

#### Freitag, 28. April

Die Aufgaben der IV. Internationale

(alle Veranstaltungsreihen werden fortgesetzt)

### Halle

Galeriecafé Steg, Stegpassage 2

#### Donnerstag, 27. April, 19 Uhr

Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus  
Weitere Veranstaltungen auf Anfrage: (03 45) 2 02 90 55

### Hamburg

vierzehntägig sonabends 16 Uhr

Ort auf Anfrage: (0 40) 32 36 44

#### Sonabend, 11. März

Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution

#### Sonabend, 25. März

Reform oder Revolution

#### Sonabend, 8. April

Die permanente Revolution am Beispiel von Südafrika

#### Sonabend, 22. April

Stalinismus: Totengräber der Revolution



# Frauen und Revolution

Veröffentlicht in Zusammenarbeit zwischen Spartakist und Women and Revolution (USA)



## Frankreich: Regierungshatz auf Immigranten Rassistischer Erlaß gegen Schülerinnen

Als Teil ihrer Kampagne gegen Immigranten erließ die französische Regierung im Oktober 1994 den Bayrou-Erlaß, der es verbietet, in öffentlichen Schulen das Hijab, das islamische Kopftuch, zu tragen, was praktisch zum Ausschluß junger Frauen und Mädchen nordafrikanischer oder türkischer Herkunft führt, deren Religion verlangt, daß sie ihren Kopf bedecken. Dieser Erlaß schreibt jetzt vor, wozu der französische Staat 1989 nicht in der Lage war, als erstmals drei maghrebische Mädchen von einem Schullektor der Schule verwiesen wurden, weil sie das Hijab trugen (siehe auch: „Muslim Girls Banned from School in Anti-Immigrant Hysteria“ [Moslemische Mädchen aus Anti-Immigrant-Hysterie der Schule verwiesen], *Women and Revolution* Nr. 37, Frühjahr 1990). Empört demonstrierten Hunderte von Jugendlichen gegen diesen offen rassistischen Akt. Nachfolgend drucken wir ein Flugblatt ab, das von der Spartakist-Jugendgruppe an der Universität von Tolbiac in Paris – der Jugendgruppe der Ligue trotskyste de France, französische Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga – geschrieben wurde und bei Demonstrationen von Schülern aus Mantes und Goussainville, Städten mit hohem Immigrantanteil in der Nähe von Paris, verteilt wurde.

Angesichts militanter Aktionen von Arbeitern und Jugendlichen ist die schwache Rechts-Regierung in Frankreich, angeführt vom konservativen Ministerpräsidenten Edouard Balladur und dem „sozialistischen“ Präsidenten François Mitterrand, in der letzten Zeit wiederholt dazu gezwungen gewesen, Maßnahmen zur Durchsetzung ihres Programms von Austerität und Streikbruch zurückzunehmen. Ende Oktober 1993 stürmten Streikende von Air France auf die Rollbahnen der Pariser Flughäfen, um gegen drohende Entlassungen zu protestieren, und brachten die französische Regierung ins Wanken. Zum erstenmal seit Jahren brachten Arbeiter in Europa die Offensive der Bosse zum Stehen. Im März 1994 ließ die Regierung ihren Plan fallen, die Löhne für junge Leute massiv zu kürzen, nachdem der vorgeschlagene „Berufseinstiegtarif“ (CIP), eine unter dem Mindestlohn liegende Bezahlung für Jugendliche, wochenlange nationale Mobilisierungen ausgelöst hatte. Erst kürzlich, im Herbst 1994, offenbarte eine Welle von Streiks der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten noch einmal das Zögern der Regierung angesichts militanter Arbeiterkämpfe.

Doch lebensnotwendig ist eine revolutionäre Führung,



AFP

Lille, Oktober 1994 – Junge moslemische Frauen, aufgehalten von der Polizei, protestieren gegen den rassistischen Erlaß, der das Tragen des islamischen Kopftuchs in öffentlichen Schulen verbietet

die die Arbeiter und Jugendlichen jeglicher ethnischen Herkunft in einem Kampf gegen die Austeritätskampagne zusammenführt, die durch die verschärften zwischenimperialistischen Rivalitäten in der sogenannten „Welt nach dem Kalten Krieg“ ausgelöst wurde. Weil es eine solche Führung des Proletariats nicht gibt, konnte die Bourgeoisie erfolgreich die Karte des Rassismus ausspielen. Der bisher einzige bemerkenswerte politische Erfolg der französischen Regierung besteht darin, einen „nationalen Konsens“ darüber geschaffen zu haben, die Immigranten zum Sündenbock für die wirtschaftlichen und sozialen Übel des Kapitalismus zu machen. Als Folge der kapitalistischen Konterrevolution in Osteuropa und der ehemaligen UdSSR haben die demoralisierten Reformisten der Kommunistischen Partei sich der rassistischen Sozialdemokratie angeschlossen, die in ganz Westeuropa mit den rechten Parteien darum wetteifert, „die Nation zu verteidigen“, indem dunkelhäutige Minderheiten als Feinde hingestellt werden, die „unsere Arbeitsplätze stehlen“. In Frankreich steht die abscheuliche Weigerung der Reformisten, sich der Linie von Regierung und Medien entgegenzustellen, daß nordafrikanische Jugendliche „Kriminelle“ und „Terroristen“ seien, in scharfem Gegensatz zu den Impulsen von

Fortgesetzt auf Seite 10

**Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten und ihre Familien!**

## Rassistischer Erlaß...

Fortsetzung von Seite 9

ethnisch integrierten Jugendlichen, die wiederholt auf die Straße gegangen sind, um gegen rassistische Polizeimorde und Abschiebungen zu protestieren.

Weil ein Großteil der sogenannten „extremen Linken“ schon lange das Vertrauen in die Fähigkeit des Proletariats zu kämpfen verloren hat, hat er sich auch die rassistische Linie des französischen Imperialismus zu eigen gemacht. Die Pseudotrotzkisten von Lutte Ouvrière (LO) organisiert, was sich selbst die Faschisten nicht getraut hatten: Sie führten in Lille (im Norden Frankreichs) eine Gegendemonstration gegen Schüler durch, die zur Verteidigung von 19 jungen Frauen streikten, die gerade von der Schule ausgeschlossen worden waren.

Um ihre schändliche Aktion in Lille zu rechtfertigen, greift die Führung von LO die Argumente über die „fundamentalistische Gefahr“ in Frankreich auf – die gleichen Argumente, die auch Pasqua, der Innenminister, oder Le Pen, der faschistische Führer der Nationalen Front, bringen. Seit Jahren zeigt LO eine völlige Unsensibilität gegenüber der besonderen Unterdrückung, die eingewanderte Arbeiter und ihre Familien unterjocht; LO besteht sogar darauf, daß Le Pen kein Faschist mit einem Programm von rassistischem Terror und Mord sei, sondern „nur“ ein reaktionärer Demagoge. Aber jetzt hat schließlich LO „entdeckt“, daß es in Frankreich doch „Faschisten“ gibt – nämlich moslemische Mädchen im Teenager-Alter, die das Kopftuch in die Schule tragen!

Die Jeunesses Communistes Révolutionnaires (JCR/JRE, der französische Blockpartner von Voran) spricht sich zwar gegen die rassistischen Schulverweise aus, sagt aber kein Wort gegen den Schleier, das Symbol der Unterdrückung von Frauen. Für sie existiert die Frauenfrage nicht. Die JCR war unfähig, auf unser Flugblatt politisch zu antworten, ihre „Antwort“ war ein physischer Angriff auf zwei unserer Genossen an der Uni von Tolbiac. Diese elenden Opportunisten können nicht zwischen politischen Argumenten und Faustschlägen unterscheiden! Wir traten sofort gegen dieses Gangstertum auf und hängten in Tolbiac eine Wandzeitung auf: „Die JCR kann die Spartakist-Jugend nicht mundtot machen“, und wir machten klar, daß wir bereit sind, das Prinzip der Arbeiterdemokratie zu verteidigen.

### Weg mit dem rassistischen Bayrou-Erlaß!

Hunderte von Jugendlichen schreien ihre berechtigte Empörung über den Bayrou-Erlaß heraus, der es verbietet, in der Schule das Hijab zu tragen. Dieser Erlaß versteckt sich hinter dem Deckmantel der „säkularen Erziehung“, ist aber ein offen rassistischer Akt, eingebettet in die Regierungskampagne, Immigranten und ihre Kinder zum Sündenbock für all das Elend zu machen, das durch das verrottete kapitalistische System verursacht wird.

Zwei Wochen, nachdem der Bayrou-Erlaß herausgebracht wurde, brechen Streiks am Saint-Exupéry-Gymnasium in Mantes-la-Jolie aus; vorausgegangen sind schon Streiks am Romain-Rolland-Gymnasium in Goussainville und an der Faidherbe-Schule in Lille, wo mehreren Mädchen, die das Hijab tragen, der Schulverweis droht. In Goussainville hat zuerst der Schulleiter vier Schülerinnen



Le Bolchévik

**Die LTF beteiligt sich an Protest in Paris, 10. Mai 1993, gegen Regierungskampagne gegen eingewanderte Arbeiter und ihre Familien. Transparent: „Für Arbeiter/Immigrantenmobilisierungen gegen den rassistischen Krieg von Mitterrand/Balladur! Verteidigt die Immigrantenviertel!“**

nordafrikanischer Herkunft den Zutritt zur Schule verwehrt, inzwischen verbringen sie ihren Tag in einem Studiensaal. Während sie darauf warten, daß über ihr Schicksal entschieden wird, finden endlose Sitzungen statt, angeblich um ein „Arrangement“ zu finden, das die Mädchen dazu zwingen soll, „ein weniger auffälliges Kopftuch zu tragen“.

Die ethnisch integrierten Jugendlichen haben gegen diese rassistischen Aktionen der Mitterrand-Balladur-Pasqua-Regierung mobil gemacht, die, besessen von „antimoslemischer“ Hysterie, inzwischen seit Monaten einen wahren Kreuzzug gegen Immigranten führt. Der französische Staat, der nie seine demütigende Niederlage von 1962 in Algerien verdauen konnte, hat eine Reihe von Niederlagen und Rückzügen hinnehmen müssen, vom siegreichen Air-France-Streik bis zur Rücknahme des CIP. Er hat versucht, die Offensive zu ergreifen, indem er einen „Kampf gegen den Terrorismus“ anheizt, was auf eine Terrorkampagne gegen die Immigranten hinausläuft. Dank der Kriecherei der „Linken“ gegenüber dieser „anti-fundamentalistischen“ Kampagne ist die Rechts-Regierung in der Lage gewesen, einen rassistischen Konsens zu schaffen und ihre Autorität wiederherzustellen, um erneut ihre Angriffe auf die Arbeiterklasse und die Jugend starten zu können.

Eine Arbeiterbewegung, die diesen Namen verdient, hätte mit all ihrer Macht demonstriert, um die Bevölkerung nordafrikanischer Herkunft zu verteidigen. Doch ein solcher Kampf erfordert eine revolutionäre Perspektive, der „Teile-und-Herrsche“-Politik ein Ende zu setzen. Ein wesentlicher Bestandteil dieser rassistischen Kampagne war, daß die Bullen unter der Autorität der Mitterrand-Pasqua-Gesetze, nach denen sie überall jede Person jederzeit anhalten und durchsuchen dürfen, im letzten Sommer Zehntausende überprüft und 500 „illegale Ausländer“ verhaftet haben. Diese Hexenjagd auf „Untergetauchte“ war offensichtlich das Hauptziel dieser „Sicherheits“operation – schon der Name war von der faschistischen Parole der Nationalen Front übernommen worden: „Immigration = Unsicherheit“. Eine wirklich revolutionäre Führung hätte die Arbeiterklasse und die Jugend um Losungen mobilisiert wie: *Stoppt die Abschiebungen! Nieder mit der Hexenjagd auf „Untergetauchte“! Alle, die es geschafft haben, in dieses Land zu kommen, haben das Recht, hier zu bleiben! Nieder mit allen rassistischen Diskriminierungen bei Einstellungen, Entlassungen und Löhnen, bei der Wohnungsvergabe, Schulausbildung und*

**Gesundheitsversorgung! Für die Abschaffung des „Nationalitätsgesetzes“ und der rassistischen Mitterrand-Pasqua-Gesetze! Nieder mit der „Festung Europa“! Verteidigt das Asylrecht! Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten und ihre Familien! Bullen raus aus den Ghettos! Für Arbeiter/Immigranten-Verteidigungsgruppen, deren Basis die Fabriken sind!**

Die „anti-terroristische“ Hysterie hat den Weg bereitet für weitere rassistische Maßnahmen wie den Bayrou-Erlaß, der skandalöserweise von der Lehrer-Gewerkschaft begrüßt wurde. Dieser Erlaß verstärkt den Würgegriff des religiösen Obskurantismus, besonders auf junge Frauen, und zielt einfach darauf ab, unter dem Deckmantel der „Verteidigung der säkularen Erziehung“ Jugendliche nordafrikanischer Herkunft aus der Schule zu werfen. Diese rassistischen Ausschlüsse schicken diese Mädchen nur in die Koranschulen zurück (bestenfalls) oder in die reaktionäre Zwangsjacke ihrer Familien, wo ihr Leben den üblen Gestank von Gefängnis haben wird, so daß ihnen Zwangsehen bevorstehen, die Beschränkung auf das Haus und eine Schwangerschaft nach der anderen, bis sie ausgelaugt sind. Dadurch, daß der kapitalistische Staat diese Mädchen von der Schule ausschließt, verstärkt er den Einfluß der Fundamentalisten auf sie, isoliert sie vom gesellschaftlichen Leben und unterwirft sie der absoluten Kontrolle der Männer in ihrer Familie. Wenn es dem Staat gelingt, diese Mädchen aus der Schule zu werfen, dann wird die Jugend auch weiterhin den willkürlichen Taten einer reaktionären, rassistischen Regierung ausgesetzt sein. Wo wird das enden? Wird es Schulausschlüsse geben, weil jemand Kommunist ist? Weil jemand ein „Malcom-X“-T-Shirt trägt? Weil jemand grüne Haare hat? Was sind diese „auffälligen Symbole, die an sich Elemente von Missionierung sind“, von denen Bayrou redet?

In einem kapitalistischen Land wie Frankreich haben Frauen eine gewisse Chance zu individueller Freiheit und bestimmte wichtige demokratische Rechte (Rechte, die 1789 und durch Arbeiterkämpfe erreicht wurden): das Wahlrecht, das Recht auf Ausbildung, Empfängnisverhütung, Abtreibung usw. Wir verteidigen diese Rechte mit allen Mitteln gegen alle reaktionären Versuche, sie zu schwächen. Aber wenn es um Gleichheit geht, bietet der Kapitalismus jungen Frauen aus Immigrantenfamilien und allgemein den Frauen des Proletariats nur das Recht, gleichermaßen ausgebeutet zu werden. Für Marxisten ist der Kapitalismus, wie „demokratisch“ auch immer, immer noch ein System, in dem eine Klasse – die Arbeiterklasse – von einer anderen – der Bourgeoisie – ausgebeutet wird. Es beruht auf der Unterdrückung der Frau innerhalb der Familie. Der Kampf gegen alle Formen der Unterdrückung von Mädchen und Frauen ist untrennbar verbunden mit dem Kampf gegen rassistischen Terror und rassistische Ausgrenzung und für die Integration der eingewanderten Arbeiter und ihrer Familien in die Arbeiterbewegung durch Klassenkampf. Die Arbeiterklasse muß für kostenlose Ausbildung auf hohem Niveau für alle, ob männlich oder weiblich, kämpfen und für freien Zugang zu Gymnasien, Universitäten und anderen Einrichtungen des weiterführenden Bildungswesens, bei staatlichen Stipendien, die dies ermöglichen.

Dieser Kampf kann nur dadurch geführt werden, daß die Arbeiterklasse mobilisiert wird zusammen mit allen besonders unterdrückten Schichten der Gesellschaft – Frauen, Jugendliche, Immigranten und deren Kinder usw. Nur die Arbeiterklasse hat die Macht, das kapitalistische System zu stürzen: Indem sie die Produktion zum Stillstand bringt und Streiks organisiert, kann sie die Gesellschaft vollständig lahmlegen. Aber um zu kämpfen, braucht man eine Führung, denn auf der anderen Seite steht eine organisierte Klasse mit der festen Absicht, an

der Macht zu bleiben. Man braucht eine Partei mit einem wirklichen Klassenkampfprogramm, die versuchen würde, Siege wie den Air-France-Streik und die Rücknahme des CIP-Gesetzes auszunutzen. Eine solche Partei würde die augenblicklichen Jugendmobilisierungen mit den Kämpfen der Arbeiterklasse verbinden – ihrer Väter und Brüder bei Renault und anderen Fabriken.

Die Jugendlichen, die gegen die rassistischen Mitterrand-Balladur-Pasqua-Gesetze demonstriert haben, erkennen zur Zeit die Bestrebungen der islamischen Fundamentalisten, über ihren Kampf eine Provokation zu inszenieren. Bei den Bedingungen von alltäglichem rassistischen Terror und Ausgrenzung, denen diese Schicht der Bevölkerung ausgesetzt ist, könnten manche beim religiösen Fundamentalismus Zuflucht und illusorische neue Würde suchen. Wenn dies von vielen geteilt würde, wäre das eine wirkliche Katastrophe für die ganze Arbeiterbewegung in diesem Land. Die Fundamentalisten wollen tatsächlich nur die Frauen auf ihre Rolle als ewige Sklaven beschränken: Das Hijab ist das Symbol, das sichtbare Zeichen eines sozialen Programms von finsterner Reaktion. Wir bestehen darauf, daß die Fundamentalisten gefährliche Feinde der Arbeiterklasse, der Frauen und der Unterdrückten allgemein sind. Vom Iran über Afghanistan bis Algerien haben wir sie erbittert bekämpft, und das werden wir weiter tun. Wir kämpfen gegen die Fundamentalisten, ob sie Schulen in Algerien niederbrennen oder Frauen mit Säure angreifen oder Todes-Fatwas (religiöse Urteile) gegen Taslima Nasrin und Salman Rushdie verkünden aufgrund von Vorwürfen, sie hätten „den Islam beleidigt“. Wir haben immer für die Trennung von Kirche und Staat, von Moschee und Staat, gekämpft, während die Fundamentalisten das Privatleben bis ins kleinste Detail mit ihrem frauenfeindlichen, reaktionären Koran-Gesetz reglementieren wollen. In Frankreich jedoch, wo der Islam nie mehr sein kann als eine Ghetto-Ideologie, die die rassistische Ausgrenzung akzeptiert, ist der Hauptfeind nicht der islamische Fundamentalismus, sondern der imperialistische, rassistische, arbeiter- und frauenfeindliche französische kapitalistische Staat, der die arbeitenden Massen in Algerien, im übrigen Afrika und hier unterdrückt.

Die Jugendlichen, die gegen die rassistischen Gesetze der Regierung kämpfen, brauchen eine Führung, die ihre Kämpfe mit denen der Arbeiterklasse verbindet. Aber die Kommunistische Partei, die gleiche Partei, die 1980 in Vitry einen Bulldozer geschickt hat, um ein Immigrantenviertel zu zerstören, wird sicherlich nicht gegen diese

Fortgesetzt auf Seite 12

## BESTELLT!

Nr. 44  
Winter 1994 –  
Frühjahr 1995  
DM 2,- (40 Seiten)  
Englischsprachige  
Zeitschrift der  
Frauenkommission der  
Spartacist League/U.S.  
Im Jahres-Abonnement  
von *Workers Vanguard*,  
14tägige Zeitung der  
Spartacist League/U.S.,  
enthalten  
Seepost: DM 20,-  
Luftpost: DM 50,-

Bestellt bei:  
SpAD, Postfach 555, 10127 Berlin  
Postgiro Frankfurt/Main, Konto 119 88-601, BLZ 500 100 60



## Rassistischer Erlaß...

Fortsetzung von Seite 11

rassistische Kampagne mobilisieren. Wieder einmal, während Hunderte von Jugendlichen gegen die rassistischen Gesetze der Mitterrand-Balladur-Pasqua-Regierung kämpfen, schwingt sich die pseudotrotzkistische Organisation Lutte Ouvrière (LO) zum Regierungssprecher auf und applaudiert den rassistischen Schulverweisen, während sie gleichzeitig so tut, als ob sie „Frauen verteidigen“ würde. LO schreibt in ihrer Zeitung: „Die wirkliche Frage, hinter dem scheinheiligen Redeschwall über Toleranz, ist die Unterdrückung der Frauen“ (*Lutte Ouvrière*, 7. Oktober 1994). LO zeichnet sich durch ihren beschränkten Ökonomismus aus und weigert sich immer, auch nur im mindesten die Perspektive einer Arbeitermobilisierung gegen die besondere Unterdrückung der Frauen zu entwickeln; 1979 weigerte sie sich, die Seite der Roten Armee in Afghanistan gegen die reaktionären Mullahs zu beziehen. Jetzt, mitten in einer „anti-moslemischen“ Kampagne, „entdeckt“ sie die Frage der besonderen Unterdrückung der Frauen. Nicht zufrieden damit, daß sie diese abscheuliche rassistische Linie in ihrer Zeitung schriftlich unterstützt hat, tritt LO in Aktion und organisiert „eine Gegendemonstration mit passenden Losungen: ‚Das Tragen des Schleiers heißt Unterdrückung der Frauen durch die Männer‘“ (*Libération*, 5. Oktober 1994). LO findet sich auf der Seite der Bullen wieder, die versuchen, Studentendemonstrationen auseinanderzuprügeln. Als wenn dieser ganze Horror noch nicht reichen würde, verteidigt LO scheinheilig die klassische demokratische Doktrin der Menschenrechte und schreibt: „Die Mullahs sind das Pendant der Rabbis, der Priester, die in nicht geringerer Weise die Freiheiten nicht nur von Männern, sondern besonders von Frauen einschränken“ (*Lutte Ouvrière*, 7. Oktober 1994). Aber es ist unvorstellbar in Frankreich, daß sich die Frage vom Schulverweis denjenigen stellt, die ein Kreuz um den Hals tragen und mit der Katholischen Kirche verbunden sind. Dieses eigennützige, scheinheilige Argument dient LO dazu, ihre Unterstützung für Schulverweise zu rechtfertigen, die immer gegen Moslems (also gegen Immigranten) gerichtet sein werden und gegen niemanden sonst.

Die Jeunesses Communistes Révolutionnaires (JCR/JRE, die französischen Blockpartner der Opportunisten von der britischen Gruppe Militant Labour) verkünden in zahlreichen Flugblättern ihre Empörung über die rassistischen Schulverweise – doch gerade dieser gleiche Verein kämpft für die gewerkschaftliche Organisation der „Arbeiter in Uniform“, im Klartext ... der Bullen! Obwohl sie den Anspruch erheben, die Jugendlichen nordafrikanischer Herkunft zu unterstützen, halten sie die gleichen Bullen, die die Streikpostenketten der Jugendlichen angreifen, für einen Teil der Arbeiterbewegung. Seit letztem Sommer besteht die Rolle der Bullen schlicht und einfach darin, die rassistische Kampagne von Pasqua mit Gewalt durchzusetzen; 1961 massakrierten sie Tausende von Algeriern; und sie griffen die Arbeiter/Studenten-Demonstrationen 1968 an, während die Demonstranten riefen: „CRS [Bereitschaftspolizei] = SS“. Als Kern des staatlichen Unterdrückungsapparats sind die Bullen rassistischer, frauenfeindlicher Abschaum, dessen tägliche Arbeit darin besteht, die bürgerliche Ordnung aufrechtzuerhalten und die Dreckarbeit des kapitalistischen Staates durchzuführen: Streiks zu brechen, Jugendliche aus Immigrantenfamilien niederzuknüppeln usw. Statt dafür zu kämpfen, das kapitalistische System wegzufegen, wollen JCR/JRE aus diesen Bullen „einen Massenverbündeten der Arbeiterklasse“ machen. Die Hauptfrage ist: Reform oder Revolution. Die JCR/JRE-Flugblätter rufen kein einziges Mal zur Mobilisierung der Arbeiter auf, zur Eroberung der

Macht oder zum Sturz des bürgerlichen Systems. „Wir müssen das Recht von jedem verteidigen, zur Schule gehen zu können, wir müssen die jungen Frauen der Gymnasien und Oberschulen verteidigen, die kriminalisiert werden“, schreibt die JCR/JRE, aber sie entwerfen keine Perspektive des Klassenkampfes (*L'Egalité*, Oktober 1994). Der kapitalistische Staat kann nicht reformiert werden, er muß gestürzt werden; und nur dadurch, daß die Arbeiterklasse an die Macht gebracht wird und die Produktionsmittel vergesellschaftet werden, kann die ganze Menschheit ein würdiges Leben führen, vom wissenschaftlichen Fortschritt profitieren, das Leben genießen usw.

Im letzten Jahr haben die ethnisch integrierten Jugendlichen und die Arbeiterklasse durch ihre Kämpfe gezeigt, daß sie nicht bereit sind, die Konsequenzen der Krise des Kapitalismus mit seiner endlosen Reihe von Arbeitslosigkeit, Armut, Rassismus und Krieg hinzunehmen. Was ihren Kämpfen gefehlt hat, ist eine multiethnische, revolutionäre, internationalistische Arbeiterpartei, die für eine Arbeiterregierung kämpft, die diesem auf Ausbeutung beruhenden System ein Ende machen wird, indem sie das internationale Proletariat und alle Unterdrückten zur sozialistischen Weltrevolution führt. Wir kämpfen dafür, diese Partei aufzubauen.

Wenn du dafür kämpfen willst, Unterdrückung, Armut, Krieg und Rassismus abzuschaffen; wenn du dafür kämpfen willst, die Welt zu verändern: Mach mit bei der Spartakist-Jugend.

9. Oktober 1994

Spartakist-Jugendgruppe von Tolbiac  
Übersetzt aus Women and Revolution  
Nr. 44, Winter 1994/Frühjahr 1995

## Offener Brief...

Fortsetzung von Seite 6

Vorwurf auf unserer „Bündnispolitik“. Ja, wir sind gegen politische Volksfrontbündnisse mit bürgerlichen Kräften und wir sind gegen eine parlamentarische Unterstützung für kapitalistische Regierungen – auch wenn sie von der SPD geführt werden –, die die Industrie, die in der DDR aufgebaut wurde, niedergerissen und damit Massenarbeitslosigkeit und rassistischen Terror hervorgerufen haben. Dies hält uns in keiner Weise davon ab, in einem so klaren Fall von Verteidigung demokratischer Rechte – wie dem Kampf um das Leben von Mumia Abu-Jamal – die Unterstützung bürgerlicher Politiker zu kriegen. Aber dem Beschluß des PDS-Vorstands nach zu urteilen, zieht er eine „Bündnispolitik“ mit einer Reihe von Kräften vor, die gerade die Hexenjagd gegen Euch betreiben, während er jegliche Einheitsfrontaktion mit den Kommunisten der SpAD ausschließt. Falls dies so ist, wäre dies zu bedauern, denn es kann Mumias Fall nur schaden.

Mumia Abu-Jamal droht die erste politische Hinrichtung in den USA seit den Rosenbergs – dahinter steckt das gleiche antikommunistische politische Klima, dem Eure Partei wiederholt zum Opfer gefallen ist. Kapitulation hat nur die Hexenjäger ermutigt. Wie die Söhne der Rosenbergs, Michael und Robert Meeropol, in ihrer bewegenden Erklärung an das Partisan Defense Committee schrieben:

„Wir dürfen uns nicht davon abschrecken lassen, Mumia zu verteidigen. Wir müssen dafür sorgen, daß kein amerikanischer politischer Gefangener das Schicksal von Ethel und Julius Rosenberg erleiden muß.“

Bei Jamal haben wir eine Chance, die mörderische Hexenjagd zurückzuschlagen.

Im Kampf für das Leben von Mumia Abu-Jamal  
Reinhard Hartwig  
für die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands

## Erklärung der Internationalen Kommunistischen Liga

# Zerschlagt Jelzins Invasion von Tschetschenien!

Folgende Erklärung wurde von der Internationalen Kommunistischen Liga am 10. Januar in Moskau veröffentlicht.

Am 11. Dezember startete die Regierung von Boris Jelzin einen groß angelegten militärischen Überfall auf die Republik Tschetschenien an den Nordhängen des Kaukasus, die ihre Unabhängigkeit von Rußland erklärt hatte, als Ende 1991 die Sowjetunion auseinanderbrach. Die tschetschenische Bevölkerung wird jetzt hingemetzelt durch russische Kriegsflugzeuge, die zivile Ziele bombardieren und mit Bordkanonensalven überschütten. Die Hauptstadt Grosny – ein Industriezentrum mit 400 000 Einwohnern – wird zu einem Trümmerhaufen. Aber trotz der überwältigenden russischen Militärübermacht haben die entschlossenen tschetschenischen Streitkräfte den Angriff auf Grosny zurückgeschlagen, sie fügen der russischen Armee schwere Verluste zu und haben eine Anzahl von Kriegsgefangenen gemacht.

Die Internationale Kommunistische Liga steht für die *Niederlage der russischen Invasionstruppen*, deren Versuch, die Tschetschenen zu unterwerfen, diesem kaukasischen Volk nur Massenterror bringen kann. Darüber hinaus schwächt der tschetschenische Widerstand ernsthaft das diktatorische Regime des Möchtegern-Zaren Jelzin, und dies schafft eine potentiell günstige Gelegenheit für die Werktätigen Rußlands aller Nationalitäten, sich gegen die ökonomische Verwüstung zu verteidigen, die die kapitalistische Konterrevolution angerichtet hat. Aber die gegenwärtige Situation des politischen Chaos wird früher oder später zu einer bonapartistischen Situation führen.

Die Arbeiterklasse ist die einzige Kraft, die durch revolutionäre Mobilisierung verhindern könnte, daß sich ein diktatorisches kapitalistisches Regime konsolidiert, das über Massenverelendung herrscht. Aber das sowjetische Proletariat war durch Jahrzehnte stalinistischer bürokratischer Herrschaft politisch atomisiert, und unter den heutigen Bedingungen des ökonomischen Zusammenbruchs und der Unordnung haben die Werktätigen weitgehend die Hoffnung aufgegeben, irgendeine wirksame Aktion unternehmen zu können. Damit die Arbeiter in der ehemaligen UdSSR fähig sind, die Macht zu übernehmen, müssen sie sich zuerst ihrer selbst als *Klasse* bewußt werden, die unter der Führung einer marxistischen Avantgarde fähig ist, für ihr eigenes revolutionäres Klassenprogramm zu kämpfen.

Das instabile kapitalistische Regime, das in Rußland als Ergebnis der Zerstörung des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaats aufstieg, bleibt isoliert und krisengeschüttelt.



La Repubblica

**Jelzins brutale Bombardierung von Grosny verwandelt die Hauptstadt von Tschetschenien in einen Trümmerhaufen**

Nachdem Jelzin gegen das alte Parlament im Oktober 1993 scharf und blutig durchgriff, hat er trotzdem eine extrem schmale – und schmaler werdende – Unterstützerbasis unter Rußlands neuer herrschenden Elite. Es heißt, der Anführer seiner Leibwache, Alexandr Korschakow, sei jetzt zur Macht hinter dem Thron geworden. Ein Hauptziel des kaukasischen Militärabenteurers des Kreml war es, dieses schwache bonapartistische Regime durch Appelle an großrussischen Chauvinismus und antikaukasische Vorurteile zu stärken. Außerdem zielt die Invasion Tschetscheniens darauf ab, die Kontrolle über den Kaukasus zu behalten, über sein Öl und andere Bodenschätze, und die Entschlossenheit des tschetschenischen und anderer transkaukasischer Völker zu zertreten, die gegen Rußlands Versuche, sich als oberster Herr und Gendarm in der Region zu etablieren, Widerstand leisten wollen.

Seit Tschetschenien unter dem starken Mann Dschochar Dudajew, einem ehemaligen sowjetischen Luftwaffengeneral, seine Unabhängigkeit erklärte, als die Sowjetunion nach Jelzins Machtergreifung im August 1991 auseinanderfiel, hat Moskau mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln versucht, die lästige tschetschenische Führung loszuwerden und sie durch eine unterwürfigere zu ersetzen. Im Dienste dieses Ziels hat Moskau ein blutiges brudermörderisches

*Fortgesetzt auf Seite 14*

## Tschetschenien...

Fortsetzung von Seite 13

Gemetzel finanziert, tschetschenischen Oppositionellen Waffen geliefert, Söldnereinheiten hingeschickt und versucht, ein Marionettenregime einzusetzen. Als der Plan fehlschlug, Dudajew „von innen heraus“ zu stürzen, gingen die Moskauer Herrscher zur direkten Intervention über.

Diese Intervention bedeutet einen Schlag gegen alle Völker des Kaukasus. Protestierende Bewohner des benachbarten Inguschetien stellten sich den russischen Truppen bei deren Vormarsch auf Tschetschenien entgegen. Unter den Getöteten war der inguschetische Gesundheitsminister. In Inguschetien, Ossetien, Dagestan und Abchasien wurde Solidarität mit dem tschetschenischen Volk laut. Das Jelzin-Regime hat seit seiner Machtübernahme immer versucht, die nationalen Konflikte, die den Kaukasus als Ergebnis der kapitalistischen Konterrevolution schütteln, für seine eigenen Zwecke zu benutzen.

Letztes Jahr verfolgte der Kreml kaltblütig das blutige brudermörderische Gemetzel in Ossetien und Inguschetien und erklärte dann in beiden Republiken den Ausnahmezustand (mit Konsolidierung seiner Militärpräsenz), *nachdem* ossetische Nationalisten massenhaft Inguschetien abgeschlachtet hatten. Gleichzeitig kann Dudajews Appell an den islamischen Fundamentalismus gegen die Russen nur erneute nationalistische und kommunalistische Gewalt im nördlichen Kaukasus anfachen, wo einige Völker (z. B. die Osseten) historisch größtenteils christlich sind.

Der Truppeneinsatz findet statt vor dem Hintergrund des staatlich gelenkten Versuchs, rassistische antikaukasische Hysterie hochzupeitschen, geschürt von ominösen Polizei- und Armeepatrouillen in Moskau und anderen russischen Städten. Die Masse der russischen Bevölkerung, im Würgegriff von Verarmung und Arbeitslosigkeit, äußert keine Unterstützung für die Intervention in Tschetschenien. Ein Kolumnist der einflußreichen Tageszeitung *Sewodnja* schreibt, daß alle Analysen der Regierung, die einen leichten Sieg und eine Woge von öffentlicher Unterstützung für den Krieg voraussagten, „sich als 100 Prozent falsch erwiesen“ (*Moscow Times*, 20. Dezember 1994).

Die Werktätigen Rußlands müssen verstehen, daß die Invasion Tschetscheniens von den gleichen Kräften ausgeführt wird, die wiederholt paramilitärische OMON-Truppen benutzen, um Demonstrationen aufzulösen, die gegen Jelzins kapitalistische Verarmungspolitik protestierten (Moskau, Tag der Streitkräfte, Februar 1992), und die die Armee als Streikbrecher einsetzen (Fluglotsenstreik, August 1992). Nötig ist, daß die Arbeiter wieder ein Bewußtsein ihrer internationalistischen Klasseninteressen erlangen, um eine Opposition gegen den Krieg zu organisieren, die unabhängig von jenen Elementen der neuen russischen Bourgeoisie ist, die an weitverbreitete pazifistische Opposition gegen Jelzins Kaukasus-Abenteuer appellieren, um ihre eigenen politischen Karrieren anzukurbeln.

Der Einmarsch hat Proteste vieler bürgerlicher Politiker hervorgerufen, besonders der „Demokraten“, die bisher Jelzin durchgehend unterstützt haben. Darüber hinaus haben sich ihnen prominente antiwestliche Nationalisten angeschlossen, beispielsweise Generalleutnant Alexandr Lebed, Kommandeur der 14. Armee in Moldawien. Bei der Abstimmung in der Duma (dem Unterhaus des Parlaments) haben nur die faschistoide Partei von Wladimir Shirinowski und die Fraktion des früheren Finanzministers Boris Fjodorow den Einmarsch unterstützt. Jegor Gaidar, der Liebling des IWF, und Grigorij Jawlinski, der Autor des berüchtigten Plans zur Entindustrialisierung der früheren sowjetischen Wirtschaft, erschienen im Fernsehen, brandmarkten den Truppeneinsatz und warnten vor einer Polizeistaatsdiktatur.

Das ist reine Heuchelei.

Diese Leute *brauchen* einen Polizeistaat gegen die Arbeiter. Sie machten das im Oktober 1993 während des Massenmordes an den Gegnern von Jelzins blutigem bonapartistischen Coup in Moskau zur Genüge klar. Sie unterstützten die Einsetzung von Polizeiregimen in großen russischen Städten nach dem Coup, einschließlich offizieller Pogrome gegen Völker des Kaukasus und andere nationale Minderheiten sowie deren Deportationen. Die bürgerliche Opposition gegen Jelzins tschetschenisches Abenteuer kümmert weder das tschetschenische Volk noch „demokratische Prinzipien“. Sie balgen sich um Positionen und sind besorgt darüber, daß der russische Einmarsch den Kaukasus entflammt, während die Armee unzuverlässig ist. Die „Demokraten“ sind den Großmacht-Interessen des kapitalistischen Rußland im „benachbarten Ausland“ ebenso verpflichtet, aber sie fürchten, daß wegen des gegenwärtigen militärischen Abenteuers ausländische Kredite und Investitionen aufgeschoben oder abgesagt werden, die diese aufstrebenden Kapitalisten so unbedingt brauchen, um ihre Fähigkeit zu konsolidieren, in allen Ländern der früheren Sowjetunion die Arbeiter auszubeuten und Profit aus ihnen zu saugen.

Auch die „Opposition“ der verschiedenen kleinbürgerlichen Nationalisten der stalinistischen Organisationen hat nichts mit der Verteidigung Tschetscheniens zu tun. Sie versuchen, diese Machtkrise zu benutzen, um dem Anti-Jelzin-Flügel der neuen Bourgeoisie ihre Nützlichkeit zu beweisen — für alles, ob nun als Wahlmaschine oder als potentielle Sturmtruppler —, der sich die Option offenhält, eine gewaltige Mixtur von fremdenfeindlicher Raserei und Nostalgie für die Sowjetunion einzusetzen, um die verzweifelten Massen für die Interessen der russischen Bourgeoisie auf Linie zu bringen.

Während der Demonstration auf dem Moskauer Puschkina-Platz am 12. Dezember brüllten Mitglieder der RKR (Russische Kommunistische Arbeiterpartei) und anderer stalinistischer Parteien, Schulter an Schulter mit Schwarzhundertern und Monarchisten, antisemitische Parolen gegen die „Demokraten“. Die Erklärung von Sjuganows KP-RF (Kommunistische Partei — Russische Föderation) haut in die gleiche Kerbe wie die wahnsinnigen Tiraden General Lebeds; sie prangert im wesentlichen Jelzin für Unentschlossenheit bei der „Herstellung der Ordnung“ in Tschetschenien an. Keine einzige dieser Parteien kann irgend etwas sagen über die Verbrechen der stalinistischen Bürokratie, ganze Völker aus ihren Heimatländern deportiert zu haben. Dies betrifft das gesamte tschetschenische Volk, das 1944 auf Stalins Befehl mit Deportation nach Zentralasien bestraft wurde. NKWD-Truppen radierten mindestens ein ganzes Dorf aus, das sich weigerte wegzuziehen.

Das tschetschenische Abenteuer hat die scharfen politischen Differenzen innerhalb des russischen Offizierskorps bloßgestellt und vertieft; führende Militärs wie Lebed und der stellvertretende Verteidigungsminister Boris Gromow prangern öffentlich Jelzins Handlungen an. Die anhaltende Schwierigkeit, Grosny einzunehmen, ist ein Hinweis dafür, daß die Soldaten unwillig sind zu kämpfen und außerdem schlecht versorgt, schlecht ausgebildet und schlecht geführt werden. Die Unterstützung für Jelzin ist in öffentlichen Meinungsumfragen auf 15 Prozent gefallen, und der tschetschenische Krieg könnte gut zu seinem Sturz führen oder statt dessen zum verzweifelten Versuch eines Staatsstreichs des Präsidenten mit dem Ziel, die Legion seiner Gegner innerhalb der neuen kapitalistischen herrschenden Elite des Landes zu vernichten. Die Werktätigen Rußlands müssen sich gegen Versuche jeder Art stellen — ob von Jelzin oder von Anti-Jelzin-Elementen —, sich unter das Joch einer bonapartistischen Diktatur zwingen zu lassen.

Unter „Demokraten“ und Pazifisten und auch unter

**Tschetschenische  
Kämpfer benutzen  
außer Gefecht  
gesetzten russischen  
Panzer als Deckung**



AFP

vielen Pseudosozialisten ist es Mode geworden, den gegenwärtigen Einmarsch in Tschetschenien mit dem Einsatz sowjetischer Truppen in Afghanistan 1979 zu vergleichen. Dieser Vergleich ist vollkommen falsch. Die Sowjetunion war ein Arbeiterstaat, wenn auch von einer parasitären Bürokratie beherrscht, und die Sowjetarmee intervenierte in einen *Bürgerkrieg*, um eine modernisierende linksnationalistische Regierung zu unterstützen, die von islamischen feudalistischen Reaktionären angegriffen wurde. Die sowjetischen Truppen in Afghanistan kämpften auf der Seite des sozialen Fortschritts gegen die vom CIA gestützten Mudschaheddin-Mörder. Die sowjetische Intervention ermöglichte demokratische Reformen in der afghanischen Gesellschaft, wie Alphabetisierung und die Gewährung elementarer Bürgerrechte für Frauen. Gleichzeitig war dies eine Maßnahme, um die Sowjetunion gegen den Imperialismus zu verteidigen, der Afghanistan zu einer Operationsbasis an der Südflanke der UdSSR machen wollte.

Wir Trotzskisten der Internationalen Kommunistischen Liga sagten: „Hoch die Rote Armee in Afghanistan!“ und „Weitet die sozialen Errungenschaften des Oktober auf die afghanischen Völker aus!“ Wir kritisierten die stalinistische Bürokratie unter Breschnjew und seinen Nachfolgern, als sie versuchten, die sowjetische Intervention in Afghanistan als Pfand für Verhandlungen mit dem westlichen Imperialismus zu benutzen; weiterhin verurteilten wir das von der Sowjetunion gestützte afghanische Regime, weil es sogar ganz grundlegende demokratische Reformen nicht durchführte in einem vergeblichen Versuch, sich mit dem Islam zu versöhnen. Als Gorbatschow durch den Abzug der sowjetischen Truppen 1989 versuchte, die Imperialisten zu „beschwichtigen“, war dies ein Verrat an den Interessen der afghanischen *und sowjetischen* Völker und bereitete den Weg für den späteren Sieg der Konterrevolution und die Zerstörung der Sowjetunion.

Das gegenwärtige Regime Rußlands um Boris Jelzin entstand aus dieser Konterrevolution heraus. Diejenigen, die über Tschetschenien schreien „Kein zweites Afghanistan“, jubelten auch, als der sowjetische Arbeiterstaat erwürgt wurde; heute versuchen sie mit ihrem liberalen Pazifismus, die Unterdrückten und die Arbeiter glauben zu machen, daß die kapitalistische russische „Derschawa“ (Großmacht) ein demokratisches Gesicht haben kann.

Die westlichen Imperialisten, die massiv die afghanischen Mudschaheddin gegen die Sowjetarmee unterstützten, erklärten ursprünglich, Moskaus Tschetschenien-Abenteuer sei eine „innere“ russische Angelegenheit. Dies entsprach ihrer allgemeinen Linie, Jelzin zu stützen und sich gegen die nationale Zerstückelung des jetzt kapitalistischen russischen

Staats zu stellen. Aber inzwischen machen sich die NATO-Mächte Sorgen, daß das militärische Debakel in Grosny und die Aussicht auf einen langen Guerilla-Krieg im Kaukasus die zerbrechliche konterrevolutionäre Ordnung in Rußland noch mehr destabilisiert. Gleichzeitig sehen die Führer der Konterrevolution in Osteuropa, wie der polnische Präsident Lech Walesa, Moskaus Einmarsch im Nordkaukasus als Signal eines aggressiveren Rußlands mit Großmachtabsichten, das bald sie selbst bedrohen könnte. Daher rufen nun die westlichen Hauptstädte nach einer „Verhandlungslösung“ im Tschetschenien-Konflikt. Und so zeigt Jelzins kaukasisches Abenteuer nun Anzeichen, daß es sich zu einer internationalen Krise entwickelt, verstrickt mit interimperialistischen Rivalitäten wie auf dem Balkan.

Der Großangriff auf Tschetschenien ist ein weiterer in der Reihe von Kriegen, die durch die kapitalistische Konterrevolution in Osteuropa und die Zerstörung der Sowjetunion entfacht wurden. Dies schließt Bosnien mit ein, heute ein brudermörderisches Schlachthaus, und auch das seit sechs Jahren andauernde gegenseitige Gemetzel von Armeniern und Aseris über den Besitz der Enklave Nagorny-Karabach. Sowohl westliche als auch russische bürgerliche Kommentatoren versuchen oft, das Erbe des „Kommunismus“ für die Explosion nationalen Hasses in Osteuropa und der Ex-UdSSR verantwortlich zu machen. Ganz im Gegenteil war es die bolschewistische Revolution, die die unterdrückten Nationen des zaristischen „Völkergefängnisses“, wie Lenin es nannte, befreite. Lenin schrieb 1914:

„Also ist gerade vom Standpunkt der Interessen des großrussischen Proletariats eine langwierige Erziehung der Massen im Sinne des entschlossensten, konsequentesten, kühnsten und revolutionärsten Eintretens für die volle Gleichberechtigung und das Selbstbestimmungsrecht aller von den Großrussen unterdrückten Nationen erforderlich.“ („Über den Nationalstolz der Großrussen“, Dezember 1914, *Werke* Bd. 21)

Diese internationalistischen Prinzipien waren verkörpert im sowjetischen föderierten Arbeiterstaat, der aus der Oktoberrevolution 1917 entstand und der auch verschiedene Formen regionaler Autonomie und kultureller und sprachlicher Rechte für Völker vorsah, die noch in einem vornationalen Stadium waren und keine Basis für eine separate politische Wirtschaft hatten.

Aber die Niederlage der proletarischen Revolution im übrigen Europa, vor allem in Deutschland, und die daraus folgende imperialistische Einkreisung Sowjetrußlands führten zur bürokratischen Degeneration des Arbeiterstaats unter der blutigen bonapartistischen Herrschaft Josef Sta-

*Fortgesetzt auf Seite 26*

**Spartakist-  
Jugend**

# Der Zusammenbruch der stalinistischen Herrschaft in Osteuropa



Spartakist

Am 26. Januar führte die Spartakist-Jugend eine Diskussionsveranstaltung an der Humboldt-Universität in Berlin durch. Über 90 Jugendliche, Studenten und Linke nahmen an der Veranstaltung teil – darunter auch Unterstützer anderer linker Organisationen und Parteien wie der PDS und der Kommunistischen Plattform. Nachstehend drucken wir das Referat von

## Wer verteidigte die DDR? Wer kämpfte gegen die kapitalistische Wiedervereinigung?

Jan Norden, Herausgeber von Workers Vanguard, der Zeitung der Spartacist League/U.S., über den Kampf gegen die kapitalistische Wiedervereinigung und den Zusammenbruch der stalinistischen Herrschaft in Osteuropa in sprachlich redigierter und leicht gekürzter Fassung ab.

Die Zerstörung der Sowjetunion hat in der Konsequenz zu erneuter und erhöhter interimperialistischer Spannung geführt, die auf einen neuen imperialistischen Krieg deutet, diesmal mit Atomwaffen. In der ehemaligen Sowjetunion hat der Möchtegern-Zar Jelzin einen schmutzigen Krieg gegen Tschetschenien entzündet, was den imperialistischen Ambitionen der neuen bürgerlichen russischen Machthaber im Kreml entspricht. Und im kapitalistischen Westen hat sie zu einer regelrechten Offensive gegen die Errungenschaften der Arbeiterbewegung und den sogenannten Sozialstaat geführt. Dies ist überall in Westeuropa zu sehen, beispielsweise in Italien, und auch in Deutschland am nicht zu fernen Horizont, vielleicht schon bei den Metallarbei-

tern. Wo gestern die Bourgeoisie auf Klassenkollaboration setzte, das sogenannte „Modell Deutschland“, gekennzeichnet von Mitbestimmung, Betriebsräten und anderen Mechanismen, um die Arbeiterklasse in ihre eigene Ausbeutung einzubeziehen, steuern die Bosse heute auf harte Klassenkämpfe zu, im Namen der „Wettbewerbsfähigkeit“ des „Standorts Deutschland“.

In Ostdeutschland, auf dem Territorium der ehemaligen DDR, hat die kapitalistische Wiedervereinigung mit dem imperialistischen Westdeutschland – was in der Tat einem Anschluß gleichkam – verheerende Folgen ausgelöst, die wir alle kennen: Massenarbeitslosigkeit; rassistischer Terror; die Zurückweisung der Frau an Heim und Herd, also der Ausschluß von der gesellschaftlichen Arbeit. Wir Spartakisten haben wiederholt zu Arbeiterwiderstand gegen die Konsequenzen dieser Konterrevolution aufgerufen, aber heute abend wollen wir eher über die Ursachen reden, und über den Kampf, den wir von der IKL damals geführt haben, zuerst für eine proletarische politische Revolution in der DDR, dann, und eigentlich von Anfang an, gegen die imperialistische Eroberung und Zerstörung des Arbeiterstaats.

Wie die Überschrift für diese Veranstaltung lautet, die Fragestellung „Wer verteidigte die DDR? Wer kämpfte gegen die kapitalistische Wiedervereinigung?“ halten wir für grundlegend und durchaus untersuchungswürdig, weil Fakt ist, daß fast die gesamte Linke, von der SED-PDS über deren Kommunistische Plattform bis zu kleineren Gruppen wie die KPD, Die Nelken und die Vereinigte Linke, in der Tat die Wiedervereinigung akzeptierte; sie haben höchstens über den Ausverkaufspreis gefeilscht. Und besonders wenn wir von der SED sprechen, also vom politischen Instrument der herrschenden Bürokratie, muß man sich fragen, weshalb



## Antikommunistische Hetztiraden der Gruppe Spartakus

Bei der Veranstaltung „Die Spartakisten über den Zusammenbruch der stalinistischen Herrschaft“ an der Humboldt-Universität trat bei der Diskussion unter anderem auch Mitglied der Gruppe Spartakus auf. Sie wollten nicht darüber streiten, welche Politik imstande war, die proletarischen Errungenschaften der DDR zu verteidigen und auszuweiten, sondern griffen Punkt für Punkt das trotzkistische Programm zur Verteidigung der deformierten Arbeiterstaaten überhaupt an. Wie ein Spartakist-Unterstützer dem GS-Sprecher entgegnete, traten sie so antikommunistisch auf, „daß Du sozusagen noch im nachhinein bedauerst, nicht beim Sturm aufs Normannenstraßen-Hauptquartier des ‚Reichs des Bösen‘ dabeigewesen zu sein“. Nachfolgend drucken wir einen Auszug aus einem Brief der Genossen Dorte vom 29. Januar ab, die die Gruppe Spartakus bei der Veranstaltung zum ersten Mal umfassend erlebt hat. Dorte ist kurz darauf in die Spartakist-Arbeiterpartei eingetreten.

### Brief an die Gruppe Spartakus

An der Spartakist-Diskussionsveranstaltung über den Untergang der DDR haben Deine Genossen interveniert. Dabei haben sie über die Streitkräfte der ehemaligen deformierten Arbeiterstaaten u. a. behauptet, daß die Offiziere von ihren Soldaten durch „eine dicke Blutlinie“ getrennt gewesen wären.

Diese Ansicht ist ungeheuerlich. Ich kann und werde sie

niemals teilen! Sie zeugt von einer tiefen Abneigung gegenüber der Notwendigkeit, die deformierten Arbeiterstaaten militärisch zu verteidigen. Es haben sich bei weitem nicht alle Offiziere an der Niederschlagung sozialistischer politischer Arbeiterrevolutionen innerhalb der osteuropäischen Staaten beteiligt; in manchen Fällen haben sie sich dagegen mit den aufständischen Arbeitern verbrüdet, was auch Euch bekannt sein sollte. Zum Teil waren es die klassenbewußtesten Arbeiter, die sich zur Armee freiwillig meldeten, nicht weil es ein Traumberuf war, sondern aus der innigen Überzeugung heraus, um jeden Preis für den Sozialismus kämpfen zu wollen.

Ein paar Genossen von der SpAD, ehemalige Offiziere der Volksarmee, haben sich deshalb entschlossen, zur Armee zu gehen, weil sie sich als überzeugte Kommunisten verstanden und die DDR gegen den Imperialismus verteidigen wollten. Nach der Konterrevolution dachten sie natürlich nicht daran, von der Bundeswehr übernommen zu werden, sondern haben sich strikt geweigert, auch nur einen Tag für den Kapitalismus zu kämpfen!

Es sind Entscheidungen, die ich zutiefst respektiere.

Beteiligt Euch an solchen antikommunistischen Hetztiraden bitte nicht!

Mit trotzkistischen Grüßen  
Dorte

und als es klar war, daß Gorbatschow der DDR nicht weiter Schutz geben würde, und ganz klar war, daß Kohl darauf setzte, sie in Großdeutschland einzuverleiben, ist diese Utopie auf einmal verschwunden.

Das Erhalten der DDR hätte einen harten Kampf bedeutet, einen revolutionären Klassenkampf, der sich über ihre Grenzen hätte ausdehnen müssen. Dafür war es notwendig, eine internationalistische Arbeiterpartei zu schmieden, und dies ist das Ziel, dem wir Spartakisten uns damals wie auch heute widmeten.

### „Kritische“ sozialistische Strömungen in der DDR

Da gibt es ein Dokument, diesmal einen „BRD-Bericht über die ‚innere Lage der DDR nach dem 8. ZK-Plenum‘“, das vom Juli 1989 stammt. Dieser Bericht stammt aus geheimdienstlich erworbenem Material und zeigt, daß die SED-Spitzen bestens informiert waren, was die BRD über die DDR und ihre Führung dachte. So ist dort zu lesen: „Das Gefühl der Ausweglosigkeit und Frustration erfaßt nicht nur breite Schichten der Bevölkerung, sondern auch die aktiven Teile der Parteimitglieder, die sich durch die Stagnation an der Führungsspitze gehindert sehen, neue Ansätze zu versuchen.“ Ganz richtig. Und dann weiter: „Zugleich bleibt die DDR-Führung wie das Kaninchen auf die Schlange fixiert, wenn die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Wirtschaften der beiden deutschen Staaten miteinander verglichen wird. Die DDR weiß, daß sie auf die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik angewiesen bleibt, was Politbüromitglied Axen auf die Formel brachte, was die DDR in Europa erreichen könne, könne sie nur im Zusammenwirken mit der Bundesrepublik Deutschland tun.“ Also, da haben wir's: Die Führung war paralytisch, sie war schon ganz auf Zusammenarbeit mit der BRD eingestellt, die BRD-Organe wußten es, die DDR-Organe haben das glänzend berichtet, und ...? Die stalinistische Führung der DDR hat nichts anderes getan, weil sie nichts anderes tun konnte.

Ein letztes Jahr erschienenes Buch berichtet unter dem Titel *Die kurze Zeit der Utopie* über „Die ‚zweite DDR‘ im vergessenen Jahr 1989/90“. Diese „zweite DDR“ dauerte zwar eine kurze Zeit, aber es war keine Utopie, kein Traum. Was fehlte, war vor allem die wirklich *kommunistische Führung*, die die real existierenden Möglichkeiten für eine sozialistische Entwicklung verwirklichen konnte. Es war überhaupt unmöglich, eine kleine, sozialistische DDR aufzubauen durch Runde Tische und die damit verbundene Volksfront-Konsenspolitik. Deshalb mußte eine solche Führung *proletarisch, internationalistisch und revolutionär* sein. Das aber gab es damals nicht. Ein kurzer Rückblick auf die sozialistisch-orientierten oppositionellen oder Reformstimmen, die damals erschienen, bestätigt dies.

Zum Beispiel habe ich hier einen „Offenen Brief“ an  
Fortgesetzt auf Seite 20

### Diskussionsveranstaltung der Spartakist-Jugend

## Die Dritte Internationale nach Lenin

Trotzkis Kampf gegen Stalins „Theorie“ vom „Sozialismus in einem Land“ und für die internationale Revolution

**Freitag, 10. März, 18.30 Uhr**  
**Humboldt-Universität Berlin**  
**Hauptgebäude, Hörsaal 1070**

Weitere Informationen über (030) 4 43 94 00

## Stalinistische Herrschaft...

Fortsetzung von Seite 17

ist“, oder statt dessen, „die Idee des Sozialismus ist gut, aber die Politiker waren unfähig, sie zu verwirklichen“, meinten 71 Prozent der ostdeutschen Befragten, daß der Sozialismus gut sei und das Scheitern der DDR an der fehlenden oder falschen Leitung lag. So kommt es, daß im vierten Jahr nach der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands, jetzt aufgrund ihrer eigenen Erfahrung mit der angeblich „sozialen“ Marktwirtschaft, die überwältigende Mehrheit, fast drei Viertel, der Bevölkerung zwischen Elbe und Oder den Sozialismus befürwortet.

Und dann gibt es die Wahlergebnisse für die PDS bei der letzten Bundestagswahl, wo sie im Gebiet der ehemaligen DDR insgesamt 20 Prozent erhielt, in Ostberlin Erststimmen von 40 bis fast 50 Prozent. Diese Resultate, besonders nach einer erhitzt antikommunistischen Wahlkampagne gegen „rote Socken“, haben die Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Handlanger erschreckt. Diese Stimmung kann man anschauen im Vergleich mit der Lage zur Zeit der DDR-Volkstagswahl vom 18. März 1990, wo 53 Prozent der Meinung waren, „nie wieder Sozialismus“. Damals dachten Kohl und Kumpare, den „Kommunismus“ für immer begraben zu haben.

Nun, geschichtliche Prozesse von Bedeutung, und besonders Geschehnisse vom Ausmaß einer Konterrevolution, entscheiden sich nicht anhand von Meinungsumfragen und auch nicht durch Wahlen, obwohl letztere von Bedeutung sein können. Das war sicherlich der Fall bei der Volkskammerwahl, die das Ende der DDR registrierte. Wahlen können eine Bestandsaufnahme der verschiedenen politischen Kräfte liefern, aber die Widerspiegelung wird verzerrt, nicht nur durch den oft ausgeprägt undemokratischen Wahlmechanismus der bürgerlichen Demokratie, sondern auch und besonders durch die wirtschaftliche Kraft des Kapitals, das durch seine Massenmedien auf die Bevölkerung wirkt. Das war auch bei der Volkskammerwahl geschehen, als sich westdeutsche Parteien, Politiker und der imperialistische Staat kräftig in die DDR einmischten. Nicht nur Kohls Besuche in der ganzen DDR, sondern auch Millionen D-Mark sind hineingeflossen. Unter diesem Vorbehalt ist es trotzdem von Interesse, zu fragen, wieso es zu einem solchen Meinungsumschwung gekommen war. Und besonders weshalb die große Mehrheit der DDR-Bürger für die Wiedervereinigung gestimmt hat, während sich im November 1989 über 70 Prozent für die „Zweistaatlichkeit“ Deutschlands aussprachen.

Tatsache ist, obwohl es eine große Aufwallung von Massenprotesten gegen die Alleinherrschaft der SED gab und trotz des Zusammenbruchs der erstarrten Strukturen der abgewirtschafteten stalinistischen Bürokratie, wurden diese Proteste stark vom Bewußtsein geprägt, das man von der SED gelernt hatte. Das heißt, daß sie in erster Linie für eine wirkliche *deutsche demokratische* Republik eintraten, also in einem engen *nationalen* Rahmen und keineswegs in *Klassenbegriffen* dachten. Dies ist eins der schwerwiegenden Verbrechen des Stalinismus, der in Osteuropa seine bürokratische Herrschaft hinter der Fassade der angeblichen „Volksdemokratien“ zu verschleiern suchte. Gewissermaßen sind die Massen der DDR-Bürger den Fußstapfen ihrer traditionellen Führer gefolgt und sind dann auf diesem Pfad weitergeschritten. Denn es waren die DDR-Oberen, die SED-Leitung selbst, die sich schon im November '89 in Richtung Wiedervereinigung bewegten, allerdings zuerst als Konföderation.

Und obwohl die Öffnung der Berliner Mauer am 8./9. November oft als ein Mißverständnis dargestellt wird, hervor-

gerufen durch Schabowskis Auftritt vor den Fernsehkameras, ist es kein Zufall, daß zur gleichen Zeit das SED-ZK sich mit einem wirtschaftlichen Bericht befaßte, der behauptete, daß das Weiterleben der DDR „weitgehend von kapitalistischen Kreditgebern abhängig“ sei. Das ist zwar Quatsch: Eine *revolutionäre* Führung hätte nicht auf die angeblichen Schuldverpflichtungen in Devisen geachtet, sondern auf die Ausstrahlung der Überzeugungskraft einer wirklich sozialistischen Regierung – basierend auf demokratisch gewählten Arbeiterräten –, die eine große Auswirkung gehabt hätte in ganz Europa. Aber dazu war eine *proletarische politische Revolution* notwendig, was *niemand* in der SED-Obrigkeit, und auch nicht bei den kritischen Strömungen unter den Parteikadern, sich damals auch nur vorstellen konnte. Und deshalb haben sie es einfach hingegenommen, daß die Frankfurter Bankiers die wirklichen Herren der Welt seien und folgerichtig auch ihre Herren.

Der sogenannte Aufbruch, der mit der „Wende“ Oktober 1989 eingetreten ist, zielte zuerst auf eine „sozialistische Erneuerung“ der DDR. Damals haben sich 60 Prozent der DDR-Bevölkerung für ein reformiertes sozialistisches System ausgesprochen. Bei der Großkundgebung auf dem Alexanderplatz am 4. November, die rund eine Million Teilnehmer zählte, war die Wiedervereinigung kein Thema, allerhöchstens eine Randerscheinung. Sicherlich gab es eine Menge rein demokratischer Forderungen wie „freie Wahlen“ und „Reisefreiheit“; ja, Markus Wolf wurde ausgepfiffen, als er von ehrlichen Kommunisten sprach; dagegen gab es aber auch eine Menge Losungen wie „Für kommunistische Ideale – Keine Privilegien“, „Für eine neue kommunistische Partei“, „Im Geiste Lenins, nicht Stalins“, „Die *Glaubhaftigkeit* einer Partei erkennt man daran, wie sie zu *ihren Fehlern* steht (Lenin)“ und „Für eine deutsche Räterepublik: Bildet Räte!“ Dies sind weder Wiedervereinigungs- noch konterrevolutionäre Losungen. Am 8. November 1989 gab es mehr als 50 000 SED-Mitglieder, die vor dem ZK-Gebäude demonstrierten mit Rufen wie „Wir sind die Partei!“ und Plakaten wie „Schluß mit dem Stalinismus“ und „Erneuerte SED mit erneuerten Strukturen“.

Generell wird behauptet, daß nach der Öffnung der Mauer alles vorbei war. So zum Beispiel Hans Modrow, der rückblickend in einem Aufsatz zu „Ende und Aufbruch“ (in: Gregor Gysi, *Wir brauchen einen dritten Weg – Selbstverständnis und Programm der PDS*) behauptete, mit der Öffnung der Staatsgrenze „war zugleich das Ende der DDR vorprogrammiert. Es mußte und konnte nur hinausgezögert werden.“ Dies entspricht genau dem national-reformistischen Weltbild des Stalinismus. Aber dasselbe Bild prägte das Bewußtsein der kleinbürgerlichen Opposition.

Dafür, daß es die Möglichkeit eines revolutionären, sozialistischen Ausgangs beim Aufbruch in der DDR gab, sprechen eine ganze Reihe von Ereignissen. Aber es fehlte gerade das Schlüsselement, die revolutionäre Führung. Ostdeutschland war auch schon vor der DDR von weitverbreiteten Sympathien für den Sozialismus gekennzeichnet, was nun laut diesen Umfragen wieder der Fall ist. Aber von solchen Sympathien bis hin zu einer Revolution ist ein weiter Weg. Denn nicht nur die DDR-Bürokratie, sondern auch die sozialistisch eingestellten Arbeiter, Jugendlichen und die Intelligenz wußten nicht, wie sie die DDR gegen den Ansturm des Imperialismus beibehalten konnten. Viele dachten höchstens an eine „unabhängige“ sozialistische DDR, sozusagen als ein vergrößertes „Schwarzenberg“, worüber Stefan Heym seinen Roman gleichen Namens schrieb, wo zwischen den Frontlinien der sowjetischen und amerikanischen Truppen bei der Besetzung Deutschlands 1945 eine kleine „sozialistische“ Talrepublik entstand. Aber ein „Schwarzenberg“ braucht die Tolerierung beider Seiten,

diese sogenannte staatstragende Partei die DDR, die sie als ihren Staat ansah, preisgegeben hat. Das tut eine herrschende Klasse *nicht*, was auf den Charakter der Herrscher der DDR als eine bürokratische Kaste hindeutete, das heißt eine widersprüchliche Schicht, die auf den Grundfesten der proletarischen Diktatur basierte, die aber, um ihre eigene privilegierte Stellung zu verteidigen, versuchte zwischen dem Imperialismus und dem Proletariat zu balancieren. Sie wollte eine Zwischenstellung einnehmen.

Als es ihnen nicht weiter möglich schien, diesen Balanceakt weiterzutreiben, haben sie schlicht aufgegeben und die DDR an den Klassengegner verschenkt. Dafür dachten die Gysis und Biskys, sie sollten den Dank der neuen kapitalistischen Machthaber bekommen, weil sie damit den Bürgerkrieg vermieden haben. Statt dessen ist die PDS einer anhaltenden Hexenjagd ausgesetzt, die sie als „Exkommunisten“ aus der politischen Landschaft der angeblichen „demokratischen“ Parteien ausgrenzt. Und um sich als salon-, hof- und vor allem regierungsfähig zu profilieren – oder auch nur sozusagen „regierungstolerierungsfähig“ eingestuft zu werden –, unternimmt die Gysi/Bisky-Parteiführung jetzt eine regelrechte „Säuberung“ in den eigenen Reihen, ironischerweise im Namen des Kampfes der Demokratie gegen den „Stalinismus“. Sie wollen „Grenzen“ zum „Pluralismus“ setzen, und erklären, daß „stalinistische Auffassungen“ mit der Mitgliedschaft in der PDS „unvereinbar“ seien – was natürlich an „Unvereinbarkeitsbeschlüsse“ denken läßt.

Diese „Fünf Thesen“, von der „Dreieinigkeit“ des Ehrenvorsitzenden Modrow, des Parteivorsitzenden Bisky und des Bundestagsfraktionsvorsitzenden der PDS, Gysi, verfaßt, sollen die vorhergehenden „Zehn Thesen“ ersetzen, die auf breiten Widerstand gestoßen sind, als sie für einen „neuen Gesellschaftsvertrag“ plädierten. So bleiben sie in der neuen Version bei der „antistalinistischen“ Ausgrenzung, ohne auf deren Begründung zu bestehen, nämlich der Suche nach einer Übereinkunft zwischen den Klassen. Interessant dabei ist, was die PDS-Parteiführung unter stalinistischem Gedankengut versteht. Neben „antidemokratischen, antiemanzipatorischen, illiberalen“ Konzeptionen – Schimpfworte, nichts mehr – erwähnen sie wiederholt „avantgardistische und zentralistische Sozialismus- und Parteiavorstellungen“.

Aber für eine demokratisch zentralisierte Planwirtschaft

und eine revolutionär-sozialistische, also kommunistische Avantgardepartei setzen wir Trotzlisten uns ein. Also, laut PDS-Führung, „Stalinist“ gleich „Trotzkist“: ein ausgeprägtes Absurdum. Von der Bourgeoisie und ihren sozialdemokratischen Handlangern wird „Stalinismus“ als Codewort gebraucht, um den Kommunismus schlechthin abzutun. Sie wollen damit die ganze *leninistische* Erbschaft als „unvereinbar“ mit der PDS erklären. Und dann kommt der Vorschlag von Jakob Moneta und Winni Wolf, also vorgeblichen Trotzlisten, und auch von Uwe-Jens Heuer und anderen, Unvereinbarkeitsgrund solle die Rechtfertigung oder Verherrlichung der „Verbrechen, die unter dem Regime Stalins begangen wurden“, sein. Also Hexenjagd alternativ. Und der Lohn dafür? Der Heuer wurde am letzten Wochenende aus dem PDS-Parteirat abgewählt. Auf Englisch haben wir einen Ausdruck: „crime doesn't pay“ – Verbrechen lohnt sich nicht.

Und dasselbe gilt für die PDS. Gysi/Bisky können mit der Kommunistischen Plattform tun, was sie wollen: vom Parteirat entfernen, aus dem Vorstand ausstoßen, sogar aus der Partei ausschließen. Aber von der Bourgeoisie werden sie dafür keinen Persilschein bekommen. Weil das Interesse der imperialistischen Machthaber nicht nur darin liegt, die Nachfolgepartei der SED zu wiederholten Loyalitätserklärungen zu zwingen. Von deren Treue zum Kapitalismus haben sie ja schon genug Beweise: die Preisgabe der DDR zum Beispiel. *Aber vor allem will die deutsche Bourgeoisie die DDR-Vergangenheit verteufeln, um das sozialistische Bewußtsein unter den ostdeutschen Werktätigen vollständig auszuwischen.* Um die „neuen Bundesländer“ als Drehscheibe für ihren Drang nach Osten vorzubereiten, müssen sie nicht nur Glasfaser-Telefonleitungen und Autobahnen bauen, sondern auch den Menschenverstand umbauen.

### Revolutionäres Bewußtsein wird in die Klasse durch die revolutionäre Partei hineingetragen

Und es ist leicht verständlich, daß sie sich darüber Sorgen machen. Man braucht nur ein paar Aufmerksamkeit erregende Zahlen zu zitieren, um das einzusehen. Die erste entstammt einer Meinungsumfrage, die letzten August im *Spiegel* (15. August 1994) veröffentlicht wurde. Als gefragt wurde, ob „die DDR deshalb ihre Ziele nicht erreicht hat, weil der Sozialismus ein zum Scheitern verurteiltes System

*Fortgesetzt auf Seite 18*



Spartakist

Ostberlin, 4. November 1989: Viele der über eine Million Menschen demonstrierten für wirklichen Sozialismus. Eine weitere Losung lautete: „Die Glaubhaftigkeit einer Partei erkennt man daran, wie sie zu ihren Fehlern steht (Lenin)“



Spartakist

# Stalinistische Herrschaft...

Fortsetzung von Seite 19

das ZK der SED vom 10. Oktober 1989, unterschrieben vom Philosophen Peter Feist und anderen vorwiegend aus der Intelligenz stammenden SED-Kadern, wo von „sozialistischer Demokratie“ die Rede ist, gegen „Bevormundung staatlicher Leiter und von Staatsorganen durch Parteiinstitutionen“, für selbständige Gewerkschaften usw. — also eine Reihe demokratischer Forderungen. Aber das wird verbunden mit der Forderung nach der „Durchsetzung des Leistungsprinzips“, und als das Papier darüber schreibt, daß „die Werktätigen direkter in die Entscheidungsprozesse in ihren Betrieben einbezogen werden können“, wird das an „das Verhältnis Plan und Markt“ geknüpft. Also im Klartext, für eigenständige Gewerkschaften und Beschleunigung des Arbeitsrhythmus, für Mitbestimmung mit Marktwirtschaft. Weshalb sollten die Arbeiter für solch ein Programm kämpfen, das tatsächlich eine Verschlechterung ihrer Arbeitsverhältnisse bedeuten würde?

Noch ein Beispiel: Hier habe ich ein Papier von Markus Wolf unter dem Titel „Erste Gedanken zum 8.11.89“. Darin bezieht er sich auf die Demo der SED-Basis vor dem ZK-Gebäude und sieht in den jungen Genossen draußen — hauptsächlich junge Wissenschaftler und Studenten, aber auch junge Arbeiter — die Zukunft der Partei, während drinnen die „alte-neue Führung“ das traurige Spiel der letzten Wochen fortsetzt, mit dem Rücken an der Wand Schritt um Schritt vor den Forderungen der Parteibasis zurückweichend, „wie vorher dem Druck der Straße“. Aber außer frommen Wünschen, daß das Parteivolk im Aufbruch irgendwie nach vorne kommen kann, hat er kein Programm vorzuschlagen. Später, als tatsächlicher Leiter des „Arbeitsausschusses“, der den SED-Parteitag Anfang Dezember vorbereitete, sprach Wolf von der Notwendigkeit einer „neuen sozialistischen Partei“. Was er aber damit meinte, war offensichtlich die PDS, die auf jenem Parteitag aus der SED kam, um dann den Weg in die Wiedervereinigung zu führen.

Ich möchte hier ganz klar sagen, daß wir nicht nur Markus Wolf vor der Rachejustiz des Vierten Reichs verteidigen — genauso wie wir Erich Honecker, Willi Stoph, Heinz Keßler, auch Erich Mielke verteidigt haben —, wir bewundern sein Handeln als Chef der Hauptverwaltung Aufklärung

im Ministerium für Staatssicherheit, die große Leistungen für die Verteidigung der DDR und der UdSSR erzielte. Aber hier sprechen wir von der politischen Führung, die notwendig war, um die DDR vor der Auflösung zu retten. Und dabei hat Wolf versagt, er hat über die PDS sogar zu dieser großen Niederlage beigetragen. Neulich, in einem Podiumsgespräch hier an der Humboldt-Universität, hat er eingestanden: „Ich konnte mir Veränderung damals nur als Veränderung von oben vorstellen.“ Daran knüpft er die Bemerkung: „Von heute aus gesehen weiß ich natürlich, diese DDR war unter den gegebenen historischen Bedingungen nicht renovierbar.“ Freilich, die DDR war nicht mit Renovierungsbestrebungen von oben zu retten, sondern durch eine Revolution von unten, eine proletarisch-politische, die die Grundfesten des Arbeiterstaats verteidigt hätte, indem sie sich in den imperialistischen Westen auszuweiten suchte — und auch in Richtung der damals noch existierenden Sowjetunion.

Wie aber steht es mit der Kommunistischen Plattform, die Ende Dezember 1989 entstanden ist? In der aktuellen Nummer von *Spartakist* gibt es einen ausführlichen Artikel, „Kommunistische Plattform: Rotes Feigenblatt der PDS“. Dort haben wir das Dokument zum „Selbstverständnis“ der Plattform zitiert, das aus einer KPF-Konferenz vom 3. März 1990 herauskam, wo sie behaupten, es sei „unrealistisch, die Zweistaatlichkeit von DDR und BRD zu verteidigen“. Sie erklärten sich für eine „ökologisch orientierte sozialistische Marktwirtschaft“, und, in das Land der Fabel hineinschwebend, erträumten sie sich einen Vereinigungsprozeß, „in dem sich schrittweise jene ökonomischen, sozialen und politischen Strukturen herausbilden müssen, die neuen ökologischen, feministischen und humanistischen Qualitäten entsprechen“.

Aber schon vorher hatte die „kommunistische“ Plattform ausdrücklich ihre Abhängigkeit gegenüber der Sozialdemokratie verkündet, indem sie als Kern ihrer Taktik für die PDS bei den Volkskammerwahlen erklärte, „eine mögliche SPD-geführte Koalitionsregierung ... zu unterstützen“. Das war ihre Wahltaktik im März 1990 bei der Volkskammerwahl. Also, wie man in Berlin sagt, alles klar: Als wir Spartakisten bei der Treptower Großkundgebung von der Tribüne aus ganz deutlich sagten, die SPD sei das konterrevolutionäre Trojanische Pferd der Bourgeoisie in der Offensive zur Einverleibung der DDR in die BRD — was heftige Zwischenrufe auslöste —, wollte die KPF der Schwanz des Trojanischen Pferdes sein. Ziemlich ekelhaft, würde ich meinen, für Genossen, die sich als Kommunisten und Verteidiger der DDR verstehen.

## Intervention der IKL gegen die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands

Damit ist belegt, was schon von vornherein offensichtlich war, daß nämlich keine der Strömungen der PDS vermochte, die DDR zu verteidigen. Das Argument, wonach alle greifen, ist, daß sie versuchten zu retten, was noch zu retten war. Ein Rückzug unter Beschuß sozusagen. Aber was sie getan haben, war kein Rückzug, sondern eine Kapitulation. Im Zweiten Weltkrieg hat die Sowjetarmee einen sehr langen Rückzug gemacht, zuerst wegen Stalins Sabotage — seine Enthauptung des Generalstabs unter dem Marschall Tuchatschewski, sein kriminelles Vertrauen in seinen Pakt mit Hitlerdeutschland wider



Berlin — Bereits im Dezember 1991 organisieren Spartakisten Proteste gegen die Rachejustiz des Vierten Reichs

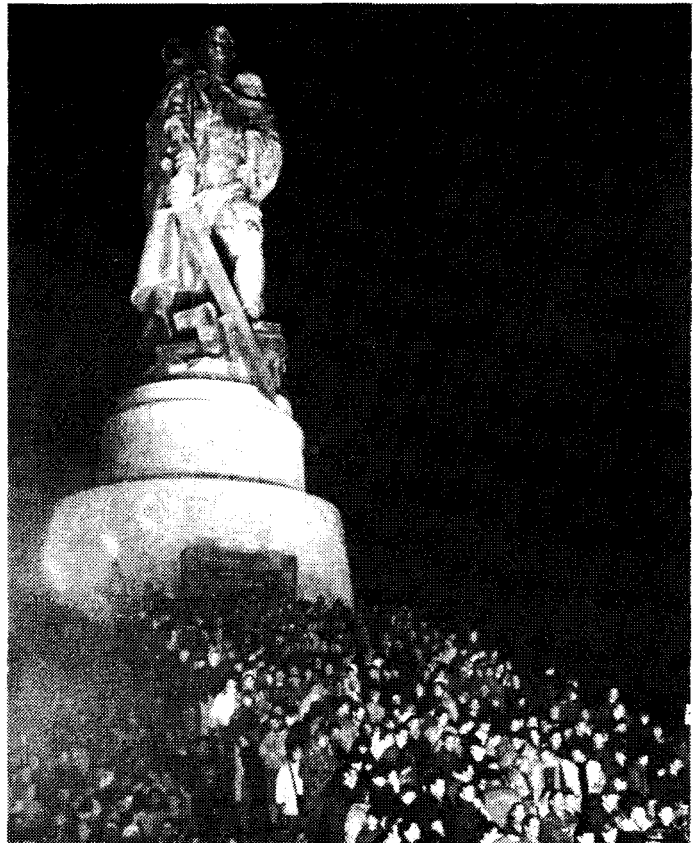
explizite Warnungen durch die heldenhaften sowjetischen Spione Richard Sorge und die „Rote Kapelle“, geleitet von Leopold Trepper, vor einem bevorstehenden deutschen Überfall –, und dann um Zeit zur Aufrüstung zu gewinnen. Aber als es ums Ganze ging, vor Moskau und dann in Stalingrad, hat die Sowjetarmee bis zum letzten Mann und der letzten Frau gekämpft, was die PDS mitsamt ihren kritischen internen Strömungen und externen Anhängseln gerade *nicht machte*.

In diesem Zusammenhang – schauen wir nach, was die Internationale Kommunistische Liga zu diesem entscheidenden Zeitpunkt des Klassenkampfes machte. Die IKL hatte damals all unsere Kräfte international angestrengt, um in die DDR zu intervenieren. Ungefähr ein Drittel unserer Mitgliedschaft weltweit ist nach Deutschland gekommen, die überwiegende Mehrheit auf Selbstkosten, um für einen revolutionären Ausgang zu kämpfen. Wir haben eine ganze Reihe von Sachen gemacht, die vielleicht nie zuvor von Trotzisten in einem deformierten Arbeiterstaat gemacht worden sind. Wir haben Anfang Dezember 1989 bis Mitte Januar 1990 ein fast tägliches Nachrichten- und Propagandablatt herausgegeben, *Spartakist-Arbeiterpressekorespondenz*, genannt *Arprekorr*. Wir haben 10 000 bis 50 000 von jeder Nummer verkauft, meistens in Berlin, aber auch im Raum Halle-Leipzig, und haben versucht, uns anderswo, hauptsächlich im Norden um Rostock, auszudehnen. Im Süden war das nicht so erfolgreich.

Als Ausdruck des Internationalismus haben wir in *Arprekorr* Grüße in der jeweiligen Sprache an die sowjetischen Soldaten, an polnische, kubanische, vietnamesische und mosambikanische Vertragsarbeiter, die in der DDR anwesend waren, gedruckt. Wir haben versucht, mit klassenbewußten Arbeiter in den Berliner Großbetrieben zusammenzuarbeiten: bei der Turbinenfabrik Bergmann-Borsig, NARVA, EAW, WF, KWO, das Kombinat 7. Oktober, Stern-Radio usw., außerhalb Berlins besonders in Leuna. Wir haben auch massenhaft vor (und manchmal innerhalb) der sowjetischen Kasernen verkauft. Nebenbei gesagt, auch nach der Wiedervereinigung haben wir diese Arbeit fortgesetzt und haben in verschiedenen Fällen Foren für sowjetische Soldaten und Offiziere abgehalten, wovon ich hier ein Foto habe (das war beim Fliegerstützpunkt in Jüterbog), wo wir vor 400 sowjetischen Offizieren und Soldaten vom trotzkistischen und leninistischen Programm der internationalen Arbeiterrevolution sprachen. Dies wurde wahrscheinlich nie vorher gemacht und war ziemlich gewagt. Es hat nicht sehr großen Erfolg gehabt. Aber dies ist ein Beispiel, wie wir versuchten zu intervenieren.

Wir haben Spartakist-Gruppen in der DDR gegründet, leider ziemlich spät, muß ich eingestehen, ein Versuch, die tiefe politische Kluft zwischen Ost und West zu überwinden. Man mußte davon ausgehen, daß der Trotzkismus in der DDR praktisch nicht bekannt war, außer im stalinistischen Zerrbild als linkssektiererisches Revoluzzertum. Also, unter Zeitdruck, suchten wir die Spartakist-Gruppen als Übergangsorganisation zu bilden, auf einem Programm für eine proletarisch-politische Revolution für Arbeiterräte-demokratie und die Verteidigung der DDR gegen die kapitalistische Konterrevolution. Ihre Losung war: „Für ein rotes Rätendeutschland in den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa“.

Als Ende Dezember '89 das Treptower Ehrenmal von Faschisten geschändet wurde, haben wir zuerst einen Solidaritätsbrief an den Kommandeur der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte, General Snetkow, geschrieben und zu einer Arbeitereinheitsfront-Protestaktion aufgerufen zum 3. Januar 1990. Nach Absprache mit dem Genossen Bisky wurde dieser Aufruf dann von der SED-PDS aufgenommen



Spartakist

### 250 000 protestierten im Januar 1990 gegen die Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals in Treptow

und dann in eine riesige Großkundgebung umgesetzt. Es war nicht zufällig, daß die PDS dieser Demo zustimmte. Ich erinnere mich ganz genau, wie Bisky uns informierte, er wußte schon, daß wir Flugblätter innerhalb von Bergmann-Borsig dafür verteilten und breite Zustimmung dazu gefunden hatten. Wir haben diese Aktion als richtige Einheitsfront durchgeführt, nach der Losung „getrennt marschieren, vereint schlagen“, mit voller Freiheit der Kritik.

So haben unsere Sprecher der Trotzkistischen Liga Deutschlands (Renate Dahlhaus) und der Spartakist-Gruppen (Toralf Endrueit) unser trotzkistisches Programm von der Rednertribüne laut und deutlich ausgesprochen. Gegen den Ausverkauf der DDR, gegen die SED-Diktatur, für Arbeiterrätendemokratie, für eine neue Arbeiterpartei im Geiste von Lenin, Liebknecht und Luxemburg. Das wurde von vielen in der Demo, besonders in den ersten Reihen, nicht gerne gehört, aber wir haben es gesagt, trotzdem.

Dann haben wir im späten Januar die Spartakist-Arbeiterpartei gegründet, um bei den Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 zu kandidieren. Die Hauptlosung der SpAD war: Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands! Während alle anderen Parteien von der DDR-Regierung subventioniert waren, haben wir darauf bestanden, unsere eigene Kampagne selbst zu finanzieren.

Nun, wir behaupten nicht, daß wir Erfolg hatten. Die DDR ist untergegangen, die SpAD hatte nur ein paar tausend Stimmen bekommen. Wir haben Fehler gemacht, wofür wir uns selbst öffentlich kritisiert haben: in erster Linie, daß wir zu spät in der DDR interveniert haben, die Spartakist-Gruppen wurden zu spät gegründet. Wir haben auch Ende Januar/Anfang Februar 1990 fast einen Monat verloren, als Genossen von der Losung „Einheit der SED“ angezogen waren, gerade als die SED-PDS auf Wiedervereinigungskurs umgeschaltet wurde. Diese Selbstkritikpunkte wurden in dem Dokument zur Zweiten Internationalen

Fortgesetzt auf Seite 22

## Stalinistische Herrschaft...

Fortsetzung von Seite 21

Konferenz der Internationalen Kommunistischen Liga veröffentlicht, das nach einer ausführlichen internationalen Diskussion in der IKL geschrieben wurde. Insgesamt haben wir, glaube ich, acht Bände unserer Internationalen Internen Bulletins herausgebracht zum Thema „Der Zusammenbruch des Stalinismus“.

Schauen wir dann eine Kritik an, die damals von einer anderen Seite gegen uns gerichtet wurde: ein Kommentar im *Neuen Deutschland* vom 29. Dezember 1989 unter dem Titel „Über rote Seifenblasen und die Wirklichkeit“. Der Verfasser, Dr. Klaus Steiniger, ist heute bei der DKP und hat – nebenbei bemerkt – heute abgelehnt, an dieser Veranstaltung teilzunehmen, zum Teil weil sie, wie er es ausdrückte, für ihn „thematisch schwierig“ sei. Wir unsererseits finden, daß solche schwierigen Themen eigentlich die wichtigsten sind, die es zu diskutieren gilt, und wir hätten ihn gerne heute Abend hier bei uns gehabt. Na gut, zurück zu den vermeintlichen „roten Seifenblasen“. Was hat uns denn der Steiniger tatsächlich angekreidet? Vor dem SED-Parteitag vom Dezember '89, beschwerte er sich, hatten wir einen regen Verkauf des *Spartakist* mit Schlagzeilen wie „Für ein rotes Rätendeutschland in einem sozialistischen Europa!“, „Verteidigt DDR und UdSSR durch Weltrevolution!“ und „Bildet Arbeiter- und Soldatenräte überall!“

Nun, waren das tatsächlich himmelschwebende Seifenblasen? Die beiden ersten Losungen drücken eine allgemeine Orientierung aus, was allerdings der Stoßrichtung der PDS direkt zuwiderlief. Die wirkliche „rote Seifenblase“ war das Trugbild, man könne die DDR durch einen unmöglichen Klassenfrieden retten. Und nachdem diese Illusion auf die härteste Weise zerplatzt war, pusteten die in Sozialdemokraten umgewandelten Exstalinisten die rosafarbenen Seifenblasen in die Luft, man könne den imperialistischen „Rechtsstaat“ in einen Sozialstaat verwandeln durch parlamentarischen und außerparlamentarischen Druck. Bitte sehr, schauen wir uns einfach um. Die antikommunistische Hexenjagd, die hier getrieben wird, ist eine der größten der Welt, Millionen von Rentnern, darunter antifaschistische Kämpfer und KZ-Überlebende, werden ihres Lebensunterhalts beraubt wegen „Systemnähe“ in der DDR.

Und was die Losung von Arbeiter- und Soldatenräten betrifft, war das denn damals so ausgeprägt „wirklichkeitsfremd“? Schauen wir uns das näher an. Nachdem die erste Nummer von *Arprekorr* mit der Überschrift „Kein Ausverkauf der DDR! Arbeiter- und Soldatenräte, jetzt!“ erschienen war, kam es tatsächlich zur Bildung von Soldatenräten in verschiedenen Einheiten der Nationalen Volksarmee. Das ist kein Geheimnis. Ich kann mich ganz gut daran erinnern, wie ein NVA-Soldat zu uns in unseren Treffpunkt damals in Westberlin kam, Mitte Dezember, und uns erzählte, wie er unsere Zeitung gekauft hatte, als er im Noteinsatz beim Rangierbahnhof in Berlin war wegen fehlender Arbeitskräfte, das Blatt dann zusammen mit anderen Materialien von der Trotzlistischen Liga Deutschlands, wie unsere Sektion damals hieß, zurück in den Nordosten mitgenommen hatte und sie dann einen Soldatenrat gründeten. Sie wußten auch vom Fernsehen her von der Bildung eines Soldatenrats im Wachregiment Feliks Dzierzynski beim Hauptquartier des MfS in der Normannenstraße, wo spartakistische Propaganda auch dabei war.

Wir haben später ein Interview mit diesem Soldaten in *Arprekorr* (Nr. 11) veröffentlicht. Da haben wir unter anderem von der Auflösung der Betriebskampfgruppen gesprochen, was praktisch der Entwaffnung der Arbeiterklasse

Wahlplakat der  
Spartakisten zur  
Volkskammer-  
wahl am  
18. März 1990



gleichkam und damit ein bedeutender Nagel im Sarg der DDR war. Hier könnte ich eine komische Geschichte hinzufügen, die ganz lehrreich ist, vom widersprüchlichen Charakter der stalinistischen Bürokratie. Es war so, als dieser Soldat zurück in die Kaserne kam, saß er in der Kantine mit dem Material der TLD, das er mitgebracht hatte. Da ist sein Politoffizier vorbeigegangen und hat das Wort Trotzki oder trotzkistisch gesehen. Der Soldat dachte, er sei jetzt wirklich in die Scheiße geraten, aber nein, der Offizier schlug ihm einen Austausch vor. Er hatte Trotzki's Buch zur *Geschichte der russischen Revolution* lange Zeit aufbewahrt und wollte es dem Soldaten im Austausch gegen diese Broschüren und Flugblätter leihen. Es wurden Soldatenräte auch in ein paar anderen Einheiten dort an der polnischen Grenze gebildet, und wir haben auch Genossen von denselben Einheiten später zur SpAD gewonnen.

Die Räte hatten sicher am Anfang nur die primitivsten politischen Vorstellungen, Verteidigung der Rechte der Soldaten usw., obwohl sie auch zur Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften der DDR standen. Aber dies war schon für die NVA-Leitung ein gefährliches Moment, das sich rasch entwickeln konnte. So entschieden sie, schon in den ersten Tagen, die Einheiten einfach aufzulösen und die Soldaten nach Hause zu schicken. Das geschah fast am nächsten Tag nach der Treptower Demo, als es zur Bildung eines Soldatenrats in Beelitz kam.

Was nicht geschah, war die Bildung von Arbeiterräten, und das hatte sehr viel mit dem Stalinismus zu tun. Als die SED als Staatspartei zu zerbröckeln begann, waren die Arbeiter einige der ersten, die massenhaft austraten. Das hieß nicht, daß sie gegen den Sozialismus gestimmt waren, sondern daß sie ganz genau wußten, diese Partei war nicht der Vertreter ihrer Interessen. Nachdem sie der alten Führung den Rücken gekehrt hatten, waren sie dann sehr zurückhaltend, sich einer neuen anzuschließen. Und als sie sahen, daß die Modrow-Regierung praktisch aufgegeben hatte und die Wiedervereinigung akzeptierte, haben die Arbeiter in hohem Maß ... für die CDU gestimmt.

Also, nicht ohne Fehler, nicht mit Erfolg gekrönt, obwohl manchmal mit großer Auswirkung, zum Beispiel bei Treptow, haben wir Spartakisten jedoch auf der Basis unseres leninistisch-trotzkistischen Programms *gekämpft*. Und wir haben die bittere Wahrheit gesagt. Und das ist schon etwas. Mittlerweile haben andere Linke ihre eigenen blühenden Lügen von einer sozial gerechteren, friedensstiftenden, öko-feministischen (kapitalistischen) Wiedervereinigung erzählt,

die ebenso trügerisch waren wie die Kohlschen Lügen. Zu solchen rosa Seifenblasen sagen wir Spartakisten nein danke.

### Der Stalinismus: Was er ist und was nicht

Soweit eine gekürzte Chronik der Ereignisse und unserer Intervention damals. Jetzt ist es notwendig, den Prozeß der Konterrevolution zu analysieren und in den internationalen Zusammenhang zu stellen. Und dabei kommen wir direkt zur Schlüsselfrage des Stalinismus. Denn was sich in der DDR, aber auch in Polen, in der Tschechoslowakei, in Jugoslawien und anderswo auf dem Balkan sowie in der Sowjetunion abspielte, war der Zusammenbruch der stalinistischen Herrschaft. Dieses System der bürokratischen Macht ist unter imperialistischem Druck an seinen inneren Widersprüchen *notwendig* zugrunde gegangen. Es konnte nicht ewig weiterleben, auch nicht die hundert Jahre, die Honecker für die weitere Existenz der Mauer vorsah. Denn wie Trotzki schon in den 30er Jahren darlegte: Die stalinistische Herrschaft stellte eine Degenerierung der Oktoberrevolution dar und konnte entweder zu einer politischen Revolution der Arbeiterklasse führen, wobei unter bolschewistischer Führung die Kontrolle der politischen Macht zurückerobert werden würde, oder sie würde zwangsläufig zu einer Konterrevolution führen.

Trotzki hat bis zu seiner Ermordung durch einen stalinistischen Agenten konsequent zur *bedingungslosen* Verteidigung der Sowjetunion gestanden. Das ist schon in dem Zitat zu sehen, das wir im Flugblatt für diese Veranstaltung verteilten, aus dem Brief Trotzki an die sowjetischen Arbeiter im Jahre 1940: „Wer nicht verteidigen kann, was bereits erobert wurde, wird nie neue Eroberungen machen.“ Das wird auch jeder klassenbewußte Gewerkschafter einsehen, der seine Gewerkschaft gegen den Boß und gegen den bürgerlichen Staat verteidigt, auch wenn er gleichzeitig gegen eine bürokratische Gewerkschaftsleitung kämpft, die den Arbeiterkampf zurückhält und oft verhindert. Trotzki hat den anschaulichen Vergleich gemacht zwischen der Sowjetunion, oder der DDR, und einer bürokratisierten Gewerkschaft. Ich glaube, dieser Vergleich kann manchen Genossen helfen, den trotzkistischen Begriff der DDR als bürokratisch deformiertem Arbeiterstaat zu verstehen.

Und weil Trotzki es ernst meinte mit der Verteidigung der Sowjetunion — er hatte mit einer Reihe von oppositionellen ehemaligen Kommunisten gebrochen, die die Sowjetunion als „kapitalistisch“ wegwarfen, zum Beispiel Urbahns in Deutschland —, hatte er darauf bestanden: „Auch nach unserer Auffassung ist natürlich die tragische Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß der erste Arbeiterstaat, geschwächt durch die eigene Bürokratie, unter den vereinten Schlägen der inneren und äußeren Feinde zusammenbricht. Doch auch wenn diese schlimmste Variante der Entwicklung sich realisiert, wird die Frage, wo die an der Katastrophe Schuldigen zu suchen sind, von größter Bedeutung für die weitere Entwicklung des revolutionären Kampfes sein. Auf die revolutionären Internationalisten darf nicht die geringste Schuld fallen. In der Stunde der tödlichen Gefahr müssen sie auf der letzten Barrikade aushalten.“ Und das, glaube ich, hat die Internationale Kommunistische Liga getan.

Nicht nur in der DDR. In Moskau, als im August 1991 ehemalige Gorbatschow-Mitarbeiter einen Putsch versuchten, um die Sowjetunion aufrechtzuerhalten, aber *nicht* um ihren Klassencharakter zu verteidigen, und es zum Gegenputsch von Jelzin, der vom amerikanischen Weißen Haus unterstützt wurde, kam, haben wir ein Flugblatt in 50 000 Exemplaren in der UdSSR verteilt mit dem Titel „Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt die Konterrevolution von Jelzin und Bush!“ Das war damals auch nicht sehr populär, aber

wir haben unsere Klassenpflicht getan.

Aber dann müssen wir fragen, wie es zu diesen tragischen Ereignissen, zu dieser historischen Niederlage für die Arbeiterklasse gekommen ist. Und die Antwort ist im Wesen des Stalinismus zu suchen. Es gibt manche Ex-SEDler und DKPler, die den ganzen Begriff von Stalinismus als eine Erfindung der Bourgeoisie abstempeln wollen. Wenn sie aber dann versuchen, den Kollaps des Sowjetblocks zu erläutern, kommen sie notwendigerweise zu einer Konspirationstheorie. Eine Art linke „Dolchstoßlegende“: Gorbatschow war ein kapitalistischer Agent, Punkt. Das ist gerade, was ein Gossweiler oder eine Sahara Wagenknecht behaupten. Mit ersterem macht es überhaupt keinen Sinn zu diskutieren, da er auch heute die Moskauer Mordprozesse der späten 30er Jahre verteidigt. Was letztere betrifft, hat Wagenknecht in ihrem neuen Buch *Antisozialistische Strategien im Zeitalter der Systemauseinandersetzung* — das übrigens eine Zeitlang vom Zollamt beschlagnahmt wurde, um zu sehen, ob es darin „verfassungsfeindliche Äußerungen“ gibt! — dieses Schema etwas nuanciert, indem sie behauptet, daß dem letzten Todesstoß ein 30jähriger Prozeß der Degenerierung vorausgegangen war, der mit Chruschtschows Rede beim 20. Parteitag der KPdSU begann.

Das aber bringt sie in eine Reihe von Widersprüchen hinein, weil die Politik von Chruschtschow und seinen Nachfolgern nicht grundsätzlich von der Politik Stalins zu unterscheiden ist. Nehmen wir zum Beispiel Wagenknechts Behauptung, Chruschtschows Auflösung der Kominform 1956 habe „den Anspruch auf eine einheitliche Gesamtstrategie der sozialistischen Weltbewegung“ wegfallen lassen. Aber die Kominform war unbedeutend neben der faktischen Abhängigkeit der einzelnen Kommunistischen Parteien von der Sowjetunion. Bei weitem viel wichtiger war die „ersatzlose Auflösung“ der Komintern durch Stalin. Damals wollte er die „demokratischen“ imperialistischen Alliierten beschwichtigen, was zur Auflösung der KP in den USA führte und auch zur Niederwalzung von Arbeiteraufständen in Norditalien und Griechenland am Ende des Zweiten Weltkriegs mit völliger Zustimmung Stalins. Deshalb auch hatte die KPD nichts unternommen, um für eine Arbeiterrevolution in Deutschland zu kämpfen.

Sicherlich, Chruschtschows Politik der „friedlichen Koexistenz“ und dann Breschnjews „Entspannungspolitik“ haben zu erheblichen Zugeständnissen an die Imperialisten geführt. Die Sowjetarmee hat zum Beispiel den Krieg in Afghanistan nicht bis zum Sieg durchgeführt, weil der Kreml glaubte, zu Recht, das würde seine Beziehungen zu Washington beeinträchtigen. Und der sowjetische Abmarsch aus Afghanistan im Frühjahr 1989 war ein Auslöser des

Fortgesetzt auf Seite 24

## SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

### Abonniert die Zeitung der SpAD!

- Volles Abo (10 Ausgaben): DM 5,—
  - Auslandsabo: DM 15,—; Übersee Luftpost: DM 20,—
  - Einführungsabo (5 Ausgaben): DM 3,—
- alle Abos enthalten *Spartakist* (deutsche Ausgabe)

Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

Sp 117

Bestellt über: Postfach 555, 10127 Berlin  
Konto 11988-601, Postgiro Frankfurt/Main, BLZ 500 10060

## Stalinistische Herrschaft...

Fortsetzung von Seite 23

Zusammenbruchs des ganzen Sowjetblocks. Dem folgte rasch die Bildung der Solidarność-Regierung in Polen, die „sanfte Revolution“ in Prag, dann die Preisgabe der DDR. Aber *Stalins* Politik der „friedlichen Koexistenz“ hat auch zu enormen Zugeständnissen an den Imperialismus geführt. Gerade deshalb schickte die Sowjetunion im Spanischen Bürgerkrieg nur begrenzt Munition, weil sie der Blockade der imperialistischen „Demokratien“ nicht direkt entgegen-treten wollte. Das war auch, was hinter dem fatalen Hitler-Stalin-Pakt stand: die Idee, daß der Krenl irgendwie eine Abmachung mit irgendeiner der imperialistischen Mächte erzielen könnte, die seine Stellung sichern würde. Und diese Illusion hat fast zum Sieg Nazideutschlands über die Sowjetunion geführt.

### Warum sich Revisionismus nicht auszahlt

Dann, auf der anderen Seite, gibt es die angeblichen Trotzisten um Ernest Mandel, die neulich ihre eigene Gruppe in Deutschland gegründet haben, den RSB (Revolutionär Sozialistischer Bund), nach langen Jahren von Entrismus in anderen sozialdemokratischen und halbstalinistischen Organisationen. 1989/90 waren die Mandelianer völlig gelähmt und haben überhaupt nichts getan, um gegen den Anschluß der DDR zu kämpfen. Mandel selbst behauptet, er stand zur Verteidigung der DDR. Aber er hatte gleichzeitig zum Abzug der sowjetischen Truppen aufgerufen, was praktisch zur Auflösung der DDR unter dem Vormarsch des Imperialismus geführt hätte. Und auf jeden Fall war sein „Vereinigtes Sekretariat“ praktisch in zwei gespalten. Mandels Widersacher Matti behauptete, daß innerhalb des VS einige die deutsche Wiedervereinigung mit Alka-Seltzer bedauern wollten, während andere (wie er) sie mit Champagner feiern wollten. Also, vielleicht hatte die Zerstörung der DDR Mandel Kopfschmerzen gebracht, aber nicht mehr.

Und jetzt haben die „Theoretiker“ der deutschen Mandelianer versucht, das Sterben der DDR „wissenschaftlich“ zu rechtfertigen. So machte es neulich Hans-Jürgen Schulz in seiner Broschüre *Zusammenbruch der DDR* (1993), und dies haben wir im *Spartakist* Nr. 113 (Juni/Juli 1994) sehr gründlich analysiert. Was Schulz behauptet, ist, daß die DDR immer, auch nach dem Mauerbau, der BRD gegenüber rückständig geblieben war, und deshalb meint er, daß die DDR zugrunde gehen mußte und sollte, dies hielt er für

begrüßenswert. Mit dieser Erklärung könnte man sagen, daß die Sowjetunion zerstört werden müßte, und zwar nicht nur am Ende, sondern bereits zu Beginn.

Wenn man Rußland am Ende des Ersten Weltkriegs ganz alleine betrachtete, war es extrem rückständig gegenüber den Imperialisten und konnte aus seinen eigenen Kräften nicht den Sozialismus entwickeln. Aber so haben die Bolschewiki nicht gedacht: Lenin wollte die imperialistische Kette an ihrem schwächsten Glied brechen, um die Revolution hinein in die hochentwickelten kapitalistischen Metropolen zu tragen. Nach Schulz' Analyse hätten die Bolschewiki im Oktober 1917 nicht zur Macht greifen sollen. Also ist seine Theorie 1917 und 1989/90 ganz einfach *konterrevolutionär*, und es lohnt sich nicht, uns weiter darüber zu unterhalten.

Das bringt mich dann zurück zur Kommunistischen Plattform, und hier möchte ich etwas zu ihrer Broschüre *Warum sind KommunistInnen in der PDS?* sagen, was übrigens eine sehr gute Frage ist. Bei ihrer Entstehung Ende 1989/Anfang '90 war die Plattform eigentlich ein Klub von Gorbis-Bucharin-Fans. Da hatten sie behauptet, sie sehen „in N. I. Bucharin und seinen Auffassungen eine reale historische Alternative zum Stalinismus und eine schöpferische Weiterführung Leninscher Gedanken“. Etwas später, 1992, hatte Sagra Wagenknecht behauptet, *Stalin* habe Lenins Gedanken treu weitergeführt. Wir haben bemerkt, in unserem Artikel zur Kommunistischen Plattform in der aktuellen Nummer des *Spartakist*, daß trotz der Unterschiede innerhalb der KPF zwischen Bucharin-Anhängern und Stalin-Bewunderern die beiden Flügel der Plattform etwas miteinander gemein haben: Sie alle spiegeln die Ideologie von Bestandteilen einer Bürokratie wider, die sich auf die Fundamente eines Arbeiterstaats stützt.

In Wirklichkeit war die Bucharinsche Rechte Opposition keine Alternative zu Stalin. In ihrem Papier über „Marxismus und Dogmatismus“ in der erwähnten Broschüre der KPF meinen Eberhard Czichon und Heinz Marohn, daß Bucharin dabei war, „ein marxistisches Alternativprogramm“ Stalin entgegenzustellen, aber: „als Bucharin diesen Versuch unternahm, hatte Stalin bereits das Kräfteverhältnis zu Gunsten der thermidorialen Kräfte entschieden.“ Aber in Wahrheit hatte Bucharin sich sehr früh der stalinistischen These vom „Aufbau des Sozialismus in einem Land“ angeschlossen und sie gegen Trotzki verteidigt. Bucharin hatte auch den Entwurf des Programms des VI. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale 1928 geschrieben, das als Basis für Stalins sogenannte „Dritte Periode“ diente.

Bucharins „Rechte Opposition“ wurde nur wenige Monate am Leben gehalten. Sie wurde nie von Teilen der Arbeiterklasse unterstützt, sondern nur von Schichten der Bürokratie, und dann hatte Bucharin kapituliert, um wieder im jetzt voll stalinisierten Apparat eingereiht zu sein. Später hatte er sogar das 1936er Grundgesetz der Sowjetunion geschrieben, nur Monate bevor Stalin auf dieser „rechtlichen“ Grundlage Bucharin ermordete. Aber man sieht, weshalb diese Führer der Kommunistischen Plattform in Bucharin ihr Vorbild sehen: Er hatte gerade dieselbe Beziehung zu Stalin wie sie zu Gysi/Bisky. Vielleicht werden sie mal darüber nachdenken, welcher Preis dafür zu bezahlen war. Theoretisch und in der Praxis liefern sie Argumente für Kapitulantentum. Damit war die DDR nicht zu retten, und dies gibt auch keine Perspektive für Arbeiterkämpfe im wiedervereinigten imperialistischen Großdeutschland.

Kennzeichnend für ihren Begriff von Stalinismus ist, daß sie ihn nur aus idealistischer Sicht sehen. Sie sprechen zum Beispiel vom „Widerspruch zwischen Stalins Politik und der revolutionären Idee“. Auf dieser Politik basierend, meinen sie, „entstand ein bürokratisch-administrativer Überbau“.

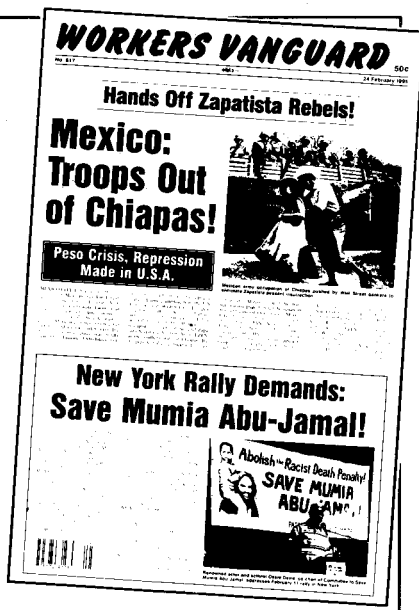
### Abonniere jetzt!

*Workers Vanguard*  
zweiwöchentliche  
Zeitung der  
Spartacist League/U.S.

24 Ausgaben inkl.  
*Spartacist* (englische  
Ausgabe) und  
*Women and Revolution*

Luftpost DM 50,—  
Seepost DM 20,—

Bestellt bei:  
Verlag Avantgarde  
Postfach 555  
10127 Berlin  
Konto 11988-601  
Postgiro Frankfurt/M.  
BLZ 50010060





**Zentrale Führer der Linken Opposition, 1927. Von links nach rechts, sitzend: Leonid Serebrjakow, Karl Radek, Trotzki, Michail Boguslawski und Jewgeni Preobraschenski. Stehend: Christian Rakowski, Jakow Drobnis, Alexander Beloborodow und Lew Sosnowski**



Basil Blackwell Inc.

Das ist für Materialisten völlig verkehrt. Es war auf der Basis der sich konsolidierenden Bürokratie, daß Stalin zur Macht griff, die Bolschewistische Partei Lenins und Trotzki erwürgte und dann eine Ideologie entwickelte (der „Sozialismus in einem Land“), die den Interessen dieser privilegierten Schicht entsprach. Trotzki hatte aufgrund des marxistischen historischen Materialismus erläutert, wie diese nationalistische, konservative Schicht alles zusammenschmolzen hatte, was der wirtschaftlichen Rückständigkeit Rußlands entsprach — das soziale Gewicht von kleinbürgerlichen Schichten —, und besonders die nationale Isolierung der jungen Sowjetunion, das Resultat der Niederlagen der versuchten revolutionären Aufstände des europäischen Proletariats, besonders der deutschen Revolutionen von 1918/19 und 1923.

### **Der Stalinismus ist zugrunde gegangen, aber der Kommunismus lebt**

So konnte Trotzki auch davor warnen, daß diese national-konservative Politik Stalins, der versuchte, eine Tolerierung seitens der Imperialisten zu erzielen, indem er Arbeiterrevolutionen im Westen verhinderte, daß diese Politik der Beschwichtigung des Imperialismus letzten Endes zur Konterrevolution führen würde, wenn der „Totengräber der Revolution“ nicht vorher durch eine proletarisch-politische Revolution gestürzt werden würde. Nun, der Stalinismus hatte neuen Atem gewonnen durch seine Ausdehnung nach dem Zweiten Weltkrieg aufgrund der Siege der Roten Armee über Hitlerdeutschland, und das hat den Zusammenbruch tatsächlich einige Jahrzehnte hinausgezögert. Aber wenn man die Analysen Trotzki zur Lage der Sowjetunion in den späten 30er Jahren liest, dann könnte man fast glauben, sie seien für die UdSSR und DDR Ende der 80er Jahre geschrieben.

Trotzki stützte sich auf die berühmten Grundthesen der *Deutschen Ideologie*, wo Marx schrieb, daß der Kommunismus „eine große Steigerung der Produktivkraft“ voraussetzt, weil „ohne sie nur der Mangel verallgemeinert, also mit der Notdurft auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen müßte“. Weiter sagte Marx, daß ein „lokaler“ Kommunismus der unerträglichen Macht des Weltmarkts nicht widerstehen

könnte, daß diese Macht, „jede Erweiterung des Verkehrs“ also, „den lokalen Kommunismus aufheben“ würde. Und deshalb: „Der Kommunismus ist empirisch nur als die Tat der herrschenden Völker ‚auf einmal‘ und gleichzeitig möglich, was die universelle Entwicklung der Produktivkraft und den mit ihm zusammenhängenden Weltverkehr voraussetzt.“ Er meinte, daß der Kommunismus nur bei der höchsten Entwicklung der Produktivkräfte bestehen kann, weil sonst jeder lokale Versuch zum Kommunismus durch die Macht des Weltmarkts vernichtet wird. Es ist bezeichnend, daß dieser Satz von Marx nirgendwo bei den Theoretikern der KPF zu finden ist. Und nicht zufällig. Als Stalin glauben lassen wollte, es sei möglich, den Sozialismus im rückständigen Rußland zu entwickeln, wollte er diese These aus der Welt schaffen.

Aber für das Verständnis von dem, was in der DDR, in der UdSSR und im ganzen sowjetischen Block geschehen ist, ist diese These unentbehrlich. In seinem Buch *Verratene Revolution* hatte Trotzki bemerkt, daß die Macht der billigen Ware weitaus gefährlicher war als die Bajonette der imperialistischen Heere. Und am Ende ist die DDR an dieser überlegenen wirtschaftlichen Macht des westdeutschen Imperialismus zugrunde gegangen. Eigentlich hatte die DDR sehr große wirtschaftliche Fortschritte gemacht, sie war das zehntstärkste Industrieland der Welt. Aber sie konnte nicht der „unerträglichen Macht“ des Weltmarkts widerstehen. Obwohl das Lebensniveau der DDR-Bürger relativ höher war als in verschiedenen westeuropäischen imperialistischen Staaten, zum Beispiel in England, war es ungefähr ein Viertel oder ein Drittel niedriger als in Westdeutschland, und diesen Vergleich konnte die DDR am Ende nicht überstehen. Viele dachten, daß mit der schnellen D-Mark die Ostdeutschen rasch ins Wohlstandsparadies gelangen würden. Statt dessen haben sie Massenarbeitslosigkeit geerntet.

Also, Trotzki's marxistische Analyse ist notwendig, um den Zusammenbruch des Stalinismus zu verstehen. Besonders ist sie wichtig, um die Auswirkung des Stalinismus auf das Bewußtsein der Arbeiter zu verstehen, was letzten Endes das Entscheidende war. Trotzki machte dabei einen sehr wichtigen Unterschied zwischen den Funktionen des bürgerlichen und des Arbeiterstaats. Das Entstehen des

*Fortgesetzt auf Seite 26*

## Stalinistische Herrschaft...

Fortsetzung von Seite 25

bürgerlichen Staats, hat er in seinem Aufsatz „Arbeiterstaat, Thermidor und Bonapartismus“ (Februar 1935) geschrieben, war mehr oder weniger als Krönung, als letzter Schritt einer wirtschaftlichen Entwicklung zu verstehen, und nach dem Sieg der bürgerlichen Revolution, die sich auf die befreiten Bürger und Bauern stützte, gab es kein Zurück zum Feudalismus.

„Ganz anders steht es mit der Entwicklung der sozialistischen Verhältnisse“, stellte er fest. „Begnügt sich der bürgerliche Staat nach der Revolution mit einer bloß polizeilichen Funktion, während er den Markt dessen eigenen Gesetzen überläßt, so tritt der Arbeiterstaat direkt in der Rolle des Wirtschafts-Organisators auf... *Im Unterschied zum Kapitalismus entwickelt sich der Sozialismus nicht automatisch, sondern wird mit Bewußtsein aufgebaut.*“ Und das ist das Wesentliche. Unter den vielen Verbrechen Stalins müssen wir vor allem die Zerstörung des revolutionären Bewußtseins der sowjetischen Arbeiter hervorheben. Denn dies war vor allem der Grund, warum die Arbeiterstaaten zerstört wurden, nachdem die stalinistische Herrschaftsstruktur zusammenbrach. Ich habe versucht zu zeigen, wie es in der Tat Möglichkeiten und Ansätze für eine proletarisch-politische Revolution in der DDR Ende 1989/Anfang '90 gab. Aber das Allerschwierigste war, daß es uns in der kurzen Zeit, die zur Verfügung stand, unmöglich war, Jahrzehnte von stalinistischen Mißdeutungen, Verzerrungen und Lügen zu überwinden.

Wir mußten erklären, daß die DDR kein Sozialismus war, sondern die Diktatur des Proletariats, aber durch eine allmächtige Bürokratie deformiert. Als die Steinigers uns vorwarfen, „Exporteure der Revolution“ zu sein, mußten wir erklären, daß dies eine alte Ente Stalins gegen die

Trotzkisten war, und mußten das ursprüngliche Programm der Kommunistischen Internationale für die sozialistische Weltrevolution wieder aufgreifen. Als viele SEDler und auch andere DDR-Bürger nicht wußten, was sie zur Mauer sagen sollten, die in den imperialistischen Medien unaufhörlich als „Schandmauer“ bezeichnet wurde, zur gleichen Zeit, als die DDR als „Unrechtsstaat“ abgestempelt war, mußten wir erklären, wie diese Mauer eine bürokratische Maßnahme zur Verteidigung des deformierten Arbeiterstaats war, die zu verteidigen notwendig war – aber als die Mauer nicht durch imperialistischen Angriff, sondern durch den Aufbruch der ostdeutschen Werktätigen geöffnet wurde, war dies zu begrüßen. Das ist für Marxisten ein ABC, aber der Stalinismus hatte den Marxismus so entstellt, daß ihn die bewußtesten Arbeiter und sozialistisch gesinnte Intellektuelle nicht sofort erkannten.

Diese Aufgabe steht immer noch vor uns, aber durch Veranstaltungen wie diese und durch das Eingreifen in den Klassenkampf packen wir sie an. Wir kämpfen für die Wiederschmiedung einer Vierten Internationale, die Trotzki als seine eigene anerkannt hätte. Als Teil dieses Kampfes suchen wir nach Möglichkeiten für eine revolutionäre Umgruppierung, durch einen Prozeß von Spaltungen und Fusionen mit Kadern, die eine andere politische Herkunft haben. Nirgendwo ist eine solche Umgruppierung so notwendig und auch möglich, wie in Deutschland nach der erschütternden Zerstörung der DDR. Solch ein Prozeß wird nicht durch diplomatische vertraute Gespräche, sondern nur durch harten politischen Kampf errungen.

Ansonsten möchte ich mit zwei Zitaten diesen Vortrag beenden. Zuerst von Bertolt Brecht: „Wer nicht kämpft, hat schon verloren.“ Und dann von Napoleon: „On s'engage, et puis on voit“ (Man greift ein, und dann sehen wir weiter).

Zurück zum Kommunismus von Lenin und Trotzki! Vorwärts zur Wiederschmiedung der Vierten Internationale! ■

## Tschetschenien...

Fortsetzung von Seite 15

lins und seiner Erben. Das Wiederaufsteigen des großrussischen Chauvinismus, gefördert durch die stalinistische Bürokratie, unterminierte die politischen Grundlagen der Sowjetunion und rief als Antwort antisowjetischen Nationalismus unter den nicht-russischen Eliten der UdSSR hervor. So war die Basis für die konterrevolutionäre Zerstörung der Sowjetunion gelegt, die wiederum weiter dazu beitrug, die Organisation und das Bewußtsein der jeweiligen Arbeiterklassen zu zerstören und zu fragmentieren.

Die Prinzipien des proletarischen Sozialismus sind dem bürgerlichen Nationalismus jeder Couleur fundamental entgegengesetzt. Daher stellen wir uns nicht nur gegen den von einem Imperium besessenen großrussischen Chauvinismus von Jelzin & Co., sondern auch gegen den tschetschenischen Nationalismus des starken Manns Dudajew und den islamischen Fundamentalismus, den er fördern will, wozu auch der Einsatz von Truppen gehört, die von afghanischen Mudschaheddin trainiert wurden. Wir sind für eine Klassenopposition gegen die russische Aggression in Tschetschenien, für organisierte Aktionen der Arbeiterklasse dagegen. Die Verteidigung der Bevölkerung von Tschetschenien ist im Interesse der multinationalen Arbeiterklasse Rußlands! Als proletarische Internationalisten bestehen wir auf dem Recht Tschetscheniens, sein eigenes Schicksal zu bestimmen, dies schließt die Erkenntnis ein, daß die Unabhängigkeit unvermeidlich den Drang verstärken wird, Tschetschenien (und andere kaukasische Völker) aus Moskau und an-

deren russischen Städten hinauszusüßern.

Heute stehen die Völker des Kaukasus – ein Flickenteppich ethnischer und sprachlicher Gruppen – erneut einem Rußland gegenüber, das die imperialistischen Bestrebungen verfolgt, die Reichtümer und die Grenzen jener Region zu kontrollieren, während die lokalen nationalen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kräfte versuchen, durch Abkommen mit konkurrierenden imperialistischen Hintermännern reich zu werden. Eine internationalistische, revolutionäre Arbeiterbewegung, die für eine demokratisch geplante, egalitäre Wirtschaft und wirkliche Gleichheit unter den Völkern dieser Region kämpft, könnte die arbeitenden Massen aller kaukasischen Völker mobilisieren, um die wütenden brudermörderischen nationalen Konflikte zu beenden. Eine wirklich kommunistische, leninistisch-trotzkistische Avantgardepartei muß geschmiedet werden im harten Kampf gegen alle Varianten des Nationalismus und besonders gegen den Chauvinismus des großrussischen Unterdrückers.

*Hände weg von Tschetschenien! Zerschlagt den russischen Einmarsch!*

*Verteidigt nationale Minderheiten gegen Unterdrückung und Diskriminierung! Für das Recht Tschetscheniens, sein eigenes Schicksal zu bestimmen! Für vereinigte Aktion der Arbeiterklasse gegen Jelzins Regime der kapitalistischen Verelendung und des großrussischen Chauvinismus!*

*Kämpft für sozialistische Revolution in allen Ländern der früheren UdSSR!*

Internationale Kommunistische Liga  
(Vierte Internationalisten)  
Moskau, 10. Januar 1995

# Metall...

Fortsetzung von Seite 1

Errungenschaften. Sie wollen, sagen sie, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft erhöhen. Tatsächlich gefährden sie den sozialen Frieden. Selbst in den eigenen Reihen sind die Vorschläge umstritten. . .“ Daß ein Generalangriff auf die Arbeiter notwendig ist, darin stimmen alle überein; besorgt sind sie über Abwehrkämpfe der organisierten Arbeiterklasse. Denn wenn die „Sozialpartnerschaft“ in die Brüche geht, warnt *Die Zeit* (24. Februar), „fehlt den Arbeitgebern hinterher der Partner, der bei der Modernisierung der Betriebe auch unpopuläre Entscheidungen auf Seiten der Arbeitnehmer mittragen kann“!

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden von den Arbeitern höhere Sozialleistungen und Löhne erkämpft. Aber die Jahrzehnte der sogenannten „Sozialpartnerschaft“ – als die Bosse ein paar Krümel ihrer Profite abtraten, für die die sozialdemokratischen Gewerkschaftsspitzen die Kämpfe der Arbeiter ausverkauften – sind vorbei. Die heutigen Angriffe sind vor allem ein direktes Ergebnis des Zusammenbruchs der stalinistischen Herrschaft in Osteuropa und der Sowjetunion. Mit der Zerstörung des deformierten Arbeiterstaats DDR entfiel die Notwendigkeit, den ostdeutschen Arbeitern einen „goldenen Westen“ vorzugaukeln, um die kommunistische Gefahr abzuwenden.

Der Abbau des „Sozialstaats“ ist Teil einer europaweiten Entwicklung, die in anderen Ländern oft viel dramatischer verlief, wie auch der Widerstand dagegen schärfer war. In Italien wollten die Herrscher die Macht der Arbeiterbewegung brechen und ihre Budgetkrise durch die Verelendung der Werktätigen lösen. Die italienischen Arbeiter antworteten mit dem größten Generalstreik seit Jahrzehnten, der die Bourgeoisie dazu zwang, die „Rentenreform“ zu verschieben und Berlusconi fallenzulassen. Aber durch die Unterstützung der italienischen PDS war es ihr möglich, die Dini-Regierung von „Technokraten“ aufzustellen, die das gleiche brutale Programm gegen die Arbeiter durchsetzen und den Staatshaushalt zusammenstreichen will.

Kohls Wahlsieg gab grünes Licht, den Abbau des „Sozialstaats“ offen anzugehen. Der Präsident der Bosse, Murrmann, gab den ersten Schuß ab: „Nur der Abschied vom Wohlfahrtsstaat heutiger Ausprägung kann Arbeitsplätze sichern“ (*Capital*, November 1994). SPD-Chef Scharping, Teilhaber in der faktischen Großen Koalition, stimmte ihm in seiner Tutzing-Rede zu. Ende Januar folgte das Treffen zwischen Reichskanzler Kohl, dem „Arbeitgeber“-Chef und der DGB-Spitze, wo DGB-Chef Schulte die Samstagarbeit ohne Lohnzuschlag unterstützte. Dabei setzte Schulte an der von Schröder/Zwickel konstruierten „Viertagewoche“ bei VW an; gepriesen als „arbeitsplatzsichernde Maßnahme“, hat sie sich tatsächlich als *Arbeitsplatz- und Lohnkürzung* erwiesen.

Als Drohung benutzen die Bosse eine Verlagerung der Produktion in „Billiglohnländer“ (Mexiko, Südafrika und vor allem die ehemaligen osteuropäischen Arbeiterstaaten). Die Löhne in der Tschechischen Republik betragen ein Zehntel der Löhne in Deutschland. Die Gewerkschaftsbürokraten haben darauf nichts anzubieten als das Gift von Protektionismus, wie mit der Forderung nach Subventionen, womit sie die Arbeiter, besonders in den Bergwerken des Ruhrgebiets und in Metallbetrieben, gegen ihre Kollegen im Ausland aufhetzen. Angesichts verschärfter internationaler Konkurrenz ist dies ein Aufruf zum *Handelskrieg*, dem Vorspiel zum imperialistischen Krieg. Die SPD kennt ihren Platz dabei: heute die Verteidigung des „Standorts Deutschland“, gestern wie morgen die Verteidigung des „Vaterlands“.

Die kapitalistische Wiedervereinigung hat den deutschen Großmacht-Nationalismus angeheizt und mit der sozialen Zerstörung den Boden für den ansteigenden rassistischen Terror bereitet. Die SPD war mit ihrer Ostpolitik der Vortrupp für die Wiedervereinigung; angesichts der verheerenden Folgen des Anschlusses unterstützte die SPD die Vernichtung des Asylrechts und benutzte ihren Würgegriff über die Gewerkschaften, um Streikaktionen gegen die mörderischen Anschläge auf die Wohnungen türkischer Arbeiter in Mölln und Solingen *abzublöcken*. Um die Einheit der multinationalen Arbeiterklasse hierzulande herzustellen, müssen wir für *volle Staatsbürgerrechte aller eingewanderten Arbeiter und ihrer Familien* kämpfen und durch die Mobilisierung der Macht der Arbeiterklasse die Faschisten zerschlagen.

Der umfassende Angriff auf die Arbeiterbewegung sollte mit der sofortigen *Ausweitung* des Streiks aufs ganze Land beantwortet werden, so daß auch die VW-Arbeiter mit ihrem weitverbreiteten Unmut gegen den Schwindel der „Viertagewoche“ auf die Straße gehen können. Und die wirtschaftlich schwächeren ostdeutschen Arbeiter, die immer noch bis zu 30 Prozent unter West-Tarif bezahlt werden, aber ihren Kampfwillen bereits beim Metallstreik 1993 demonstriert haben, können im elementaren Kampf für *gleichen Lohn für gleiche Arbeit* unterstützt werden. Aber die DGB-Bürokraten tun alles, um Arbeiterkämpfe in Ost und West voneinander zu trennen. Die PDS wiederum hält als selbsternannter „Volksvertreter“ der Ostdeutschen ihre Unterstützung der SPD-geführten Regierung in Sachsen-Anhalt als Modell hoch; deren Star ist Treuhand-Jobkiller Schucht, der Zehntausende – jetzt größtenteils arbeitslose – Buna-Arbeiter als „Furz in der Weltgeschichte der Chemie“ beschimpft hat. Die Chemiarbeiter, deren Tarif ausgelaufen ist und die auf das Ergebnis bei Metall warten, sollten sich in Ost und West dem Metallstreik anschließen, um den widerlichen Zwei-Klassen-Tarif für Neueingestellte zu zerreißen, den der Arbeiterverräter Rappe ihnen aufgezungen hat.

Die Arbeiter sind bereit, gemeinsam zu kämpfen. Zum Streikbeginn fuhr ein Bus mit Zwickauer Arbeitern vor das Werkstor der Ingolstädter Spinnereimaschinenfabrik, um mit ihren Westkollegen Streikposten zu stehen. Anders als in Frankreich oder den USA, wo die Gewerkschaften erheblich geschwächt sind, ist die IG Metall mehr als stark genug, diesen Streik zu gewinnen. Aber langfristig sind Gewerkschaftsaktionen allein nicht genug, um auf diese „Globalisierung der Produktion“ zu antworten, da die Gewerkschaften ihrem Wesen nach national begrenzt sind, wie Karl Marx vor eineinhalb Jahrhunderten feststellte. Um die nationalen Unterschiede der Arbeiter zu überwinden, ist die Führung einer internationalen revolutionären Partei der Arbeiterklasse notwendig.

Die Antwort auf die Großoffensive des Kapitals besteht nicht darin, zu einer nicht existierenden „sozialen Marktwirtschaft“ zurückzukehren. Wir brauchen soziale Programme, wie Krippen, Tagesstätten und Horte, von denen im Osten Tausende durch den kapitalistischen Staat *zerstört* wurden. Wir brauchen die Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich, was eine *erhebliche* Verkürzung der Arbeitszeit für alle bedeuten würde. Aber solch ein sinnvoller Plan zusammen mit einem massiven Programm öffentlicher Arbeiten ist unvereinbar mit dem Kapitalismus. Dazu müssen wir ein Regime errichten, das auf der Macht von demokratisch gewählten Arbeiterräten beruht. Anders als beim deformierten Arbeiterstaat DDR mit seinem „Sozialismus in einem halben Land“ kann es nur durch internationale Ausweitung bestehen, die zu den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa führen muß! ■

## Jamal...

Fortsetzung von Seite 32

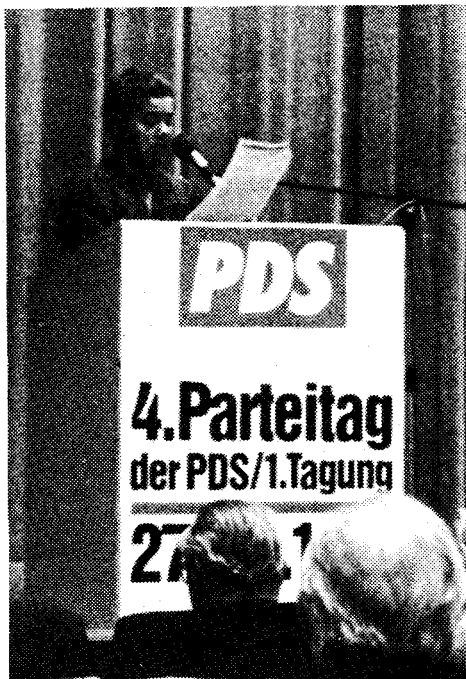
land bisher mehr als 4000 DM), kommt ausschließlich Jamals rechtlicher Verteidigung zugute.

### Breite Mobilisierung für Jamal in Deutschland

Ein Höhepunkt der Berliner Demonstration am 7. Februar war die Verlesung einer Erklärung der Gewerkschaft IG Medien Berlin-Brandenburg mit dem Beschluß, „Dich, lieber Kollege Mumia Abu-Jamal, aufgrund Deiner internationalen und auch in Deutschland anerkannten journalistischen Tätigkeit als Ehrenvorsandsmitglied der Fachgruppe Journalismus aufzunehmen“. Die Bremer Gruppe „Kampagne Mumia Abu-Jamal“ schickte eine Grußbotschaft an die Demo. Rudko Kawczynski, Präsident des Roma National Congress RNC, erklärte in einem Schreiben: „Die Todesstrafe ist Barbarei und Menschenverachtung, dieses zu leugnen bedeutet, mitschuldig zu werden am Tod Abu-Jamals!“ Grüße des Journalisten Wolfgang Purtscheller wurden überbracht, der über den grausamen Nazi-Mord an vier Roma im österreichischen Burgenland berichtete.

Die lange Liste von Unterstützern zeigt die breite Unterstützung für Jamal in Deutschland, wo die Todesstrafe mit Hitlers Drittem Reich identifiziert wird und wo Zehntausende Jugendliche gegen Rassismus und faschistischen Terror mobilisiert haben. Der Aufruf zu dem Protest wurde auch auf türkisch veröffentlicht, um diese Kampagne in die großen, überwiegend proletarischen, türkischen und kurdischen Bevölkerungsgruppen hineinzutragen.

Jugendliche bildeten das Rückgrat der Mobilisierung für die Kundgebung. Die Jungen Genossen Halle schickten eine Delegation, aus Hamburg kam ein Minibus zur Demo. Die Hochschulgruppe Demokratischer SozialistInnen (HDS) an der Humboldt-Uni veröffentlichte ihr eigenes Flugblatt und mobilisierte aktiv für die Protestkundgebung, Plakate des RefRat riefen zur Kundgebung auf. Schüler, die wir auf Antifa-Demos, bei der Gedenkfeier für Rosa und



Spartakist



Spartakist

**KfsV-AktivistInnen mobilisieren beim PDS-Parteitag in Berlin mit Redebeitrag und Unterschriftensammlung**

Karl sowie auf der Berliner Landesschülerkonferenz getroffen hatten, griffen den Fall energisch auf. Sie verteilten Flugblätter an gut einem Dutzend Schulen, verstreut über ganz Berlin. Im Prenzlauer Berg wurden die linken Cafés von Jugendlichen mit Flugblättern eingedeckt. Junge Frauen aus einem Kinderheim in Lichtenberg mobilisierten ebenso wie Jugendliche aus eingewanderten Familien.

Dank dieser Aktivitäten konnte das KfsV Petitionen mit mehr als 1000 Unterschriften an den Gouverneur Ridge schicken. Nach der Demo nahmen über 100 Jugendliche an einer Veranstaltung der Spartakist-Jugend teil, wo auch das Video „Aus der Todeszelle, Mumia Abu-Jamal“ gezeigt wurde. In Hamburg haben sich Jugendliche im Verlauf ihrer Arbeit für Jamal auch mit den Positionen der Spartakisten beschäftigt und sich entschlossen, dafür einzutreten. Dadurch konnte jetzt auch in Hamburg eine Gruppe der Spartakist-Jugend gegründet werden!

Zu den Unterstützern gehörte auch der 4. Parteitag der PDS, der die Kampagne durch Beschluß unterstützte (zum sektiererischen Rückzieher des Parteivorstands siehe den „Offenen Brief“ auf Seite 5). Eine Reihe prominenter

PDS-Unterstützer rief zur Kundgebung auf, darunter der linke Schriftsteller und Bundestagsabgeordnete Stefan Heym, der Dachau-Überlebende Karl Kielhorn und Gregor Gysi, Chef der PDS-Gruppe im Bundestag. Weitere Unterstützer der Jamal-Demo waren die Auschwitz-Überlebende Esther Bejarano, die Kommunistische Plattform (KPF) der PDS in Hannover und Sachsen-Anhalt, die AG „Junge Genossen“ Halle, die Rote Hilfe Göttingen, die Sozialistische Alternative Voran, der Revolutionär Sozialistische Bund in Berlin und die Jugendgruppe „Red



Workers Vanguard

**Harrisburg, 17. Januar: Jugendliche demonstrieren beim Amtsantritt des neuen Gouverneurs von Pennsylvania für Jamals Leben**

Riot“ in Paderborn, Anhänger von Ernest Mandels Vereinigtem Sekretariat.

### Internationale Unterstützung für Jamal

Die Föderation kurdischer Vereine in Europa hat aus Brüssel ihre Stimme für den Aufruf, Jamal zu retten, erhoben. In Frankreich verurteilte die Kommission für Gerechtigkeit und Frieden, geführt von Georges Marchais, dem ehemaligen Chef der Kommunistischen Partei, die rechtliche Vendetta gegen Jamal. Der weltbekannte Nazi-Jäger Serge Klarsfeld und seine Organisation, Söhne und Töchter von französischen jüdischen Deportierten, brandmarkte Jamals Lage als „inhuman“.

In Brasilien schickte die Palmares-Kulturstiftung (nach dem Führer der Sklavenrevolte Zumbi de Palmares benannt) im Dezember einen Brief an Gouverneur Ridge. Darin heißt es: „Dies ist der Aufruf, den wir hier in Brasilien von vielen afro-brasilianischen Bewegungen und Menschenrechtsbewegungen einstimmig gehört haben... Als schwarze Bürger eines Landes ohne die Todesstrafe rufen wir dazu auf, Mumia Abu-Jamals Leben zu retten.“

Dieser Ruf wird auch in Südafrika erhoben, wo die staatliche Exekution von Schwarzen und anderen ein wesentlicher Bestandteil der Unterdrückung unter dem rassistischen Apartheid-System war. Letzten September schrieb die Workers' Organisation for Socialist Action (Arbeiterorganisation für sozialistische Aktion – WOSA) aus Südafrika in ihrem Brief an das PDC:

„Die Tatsache, daß diese gräßlich barbarische Maßnahme auch auf rassistische Weise und zu politischen Zwecken verwendet wird, wie im Fall des Genossen Mumia Abu-Jamal, ist ein klares Indiz für den Bankrott des westlichen Imperialismus.“

Die Kampagne für Jamal bietet eine Gelegenheit, gegen das bürgerliche System der Ungerechtigkeit in allen seinen Formen überall auf der Welt zu mobilisieren. Anfang der 30er Jahre trugen von der Arbeiterbewegung unterstützte Proteste in Berlin, Paris und anderen Städten in Europa sowie in den ganzen USA wesentlich dazu bei, daß der legale Lynchmord an den Scottsboro-Boys verhindert wurde – an neun schwarzen Jugendlichen, die fälschlicherweise beschuldigt worden waren, zwei weiße Frauen vergewaltigt zu haben.

Die Einheitsfrontdemonstration am 7. Februar in Berlin war, wie die KfsV-Sprecherin Catherine Aubel betonte, ein guter Anfang, aber *nur* der Anfang in einem langen, harten Kampf um Mumia Abu-Jamals Leben:

„Jeder hier muß ein Aktivist sein, um das Leben von Mumia Abu-Jamal zu retten. Vor allem muß die internationale Gewerkschaftsbewegung Jamals Sache zu ihrer eigenen Sache machen. Die Kollegen der IG Medien haben den Weg gezeigt.“

Nachstehend drucken wir Auszüge aus den Reden und Grüßen, die bei der Kundgebung verlesen wurden. Zur Eröffnung verlas Susann Baller, Mitglied des Studentenparlaments der Humboldt-Universität auf der Liste „HDS/Linke Offene Liste“, den Artikel „Der Besuch“ von Mumia Abu-Jamal. Anschließend überbrachte sie eine Grußbotschaft von Angela Davis:

#### Angela Davis

*Ehemals Mitglied der Black Panther Party und KP/USA*

Grüße an alle, die sich heute in Berlin versammelt haben, um die Bewegung zur Rettung von Mumia Abu-Jamal zu unterstützen. In einer Zeit, in der offene Repression – in Form der Anti-Verbrechen- und Anti-Immigranten-Hy-

*Fortgesetzt auf Seite 30*

## Michael und Robert Meeropol, Söhne der Rosenbergs „Könnte es wieder geschehen?“

*Die folgende Erklärung von Michael und Robert Meeropol, den Söhnen von Ethel und Julius Rosenberg, wurde bei einem Forum des PDC in Boston, USA, am 16. Februar verlesen.*

Im Juni 1953 wurden unsere Eltern, Ethel und Julius Rosenberg, von der Regierung der Vereinigten Staaten hingerichtet. Die offizielle Anklage lautete auf Verschwörung zur Spionage. Die Anklage im öffentlichen Bewußtsein und so, wie sie sowohl vom Richter als auch von Präsident Eisenhower benutzt wurde, um die Todesstrafe zu rechtfertigen, bestand darin, sie hätten das Geheimnis der Atombombe gestohlen und das Überleben unserer Nation direkt in Gefahr gebracht. Wir wissen jetzt, daß diese Beschuldigung völlig falsch war und daß das FBI und die Staatsanwälte, die diese Anklage erhoben, wußten, daß sie falsch war. Dies ist nur ein schwacher Trost, denn unsere Eltern sind seit Jahren „definitiv tot“.

Selbst zur Zeit der Hinrichtung, als Amerika von der Kalten-Kriegs-Hysterie eines McCarthy ergriffen war, war es für jeden offensichtlich, daß der Fall unserer Eltern zuallererst ein *politischer* Fall war. Sie selbst waren sich darüber im klaren, daß sie *politische Gefangene* waren.

Seit mehr als 20 Jahren arbeiten wir dafür, die Wahrheit über das Unrechtsurteil gegen unsere Eltern an die Öffentlichkeit zu bringen. Als wir anfangen, unsere Meinung deutlich zu vertreten, fragte man uns immer und

immer wieder besorgt: „Könnte es wieder geschehen?“

Wir haben uns heute abend hier versammelt, weil zum erstenmal seit der Hinrichtung unserer Eltern wieder ein politischer Gefangener in der Todeszelle sitzt. Laßt euch nichts vormachen. Die Todesstrafe wurde in diesem Fall verhängt wegen der *Politik* von Mumia Abu-Jamal. Laßt euch nichts vormachen, das Rechtssystem fegt alle Beweise für das Fehlverhalten der Staatsanwaltschaft und für andere Verweigerungen eines ordentlichen Verfahrens zur Seite wegen der *Politik* von Mumia Abu-Jamal. Laßt euch nichts vormachen, die Antwort auf die Frage, ob so etwas wie der Fall unserer Eltern wieder geschehen könnte, ist ein schneidendes *Ja*, ausgesprochen vom Obersten Gerichtshof und dem neuen Gouverneur des Staates Pennsylvania.

Unsere Eltern sind durch die Mobilisierung von Tausenden Amerikanern beinahe gerettet worden. Mumia kann immer noch gerettet werden, wenn wir uns mit ganzem Herzen dafür einsetzen, seinen besonderen Fall bekannt zu machen und auch, auf welche schreckliche Weise die Todesstrafe als die letzte Waffe gegen politische Gegner des Status quo eingesetzt wird – sowohl um die gefährlichsten umzubringen als auch um den Rest einzuschüchtern. Wir dürfen uns nicht einschüchtern lassen. Wir dürfen uns nicht davon abschrecken lassen, Mumia zu verteidigen. Wir müssen dafür sorgen, daß *kein amerikanischer politischer Gefangener* das Schicksal von Ethel und Julius Rosenberg erleiden muß.



## Aus der Todeszelle: Hier spricht Mumia Abu-Jamal

# Im Hochsicherheitstrakt

Über viele lange Jahre, über Berge von Angst, durch Ströme der Unterdrückung, aus den Tiefen des Tals der Todeschatten — ich überlebe und grüße euch, im stetigen Geist der Rebellion. ONA MOVE!

Meine Worte erreichen euch aus Pennsylvanias neuer, heller, glänzender Hölle. Der Super-Hochsicherheitsknast dieses Staates ist eine durch und durch politische Konstruktion, errichtet nur zu dem Zweck, die Furcht derjenigen zu besänftigen, die jahrelang im Blut und Elend der Armen geschwelgt haben. Es ist der neueste, letzte, verrückte Schrei der Strafvollzugsbehörde; aber ich frage euch, die ihr unter der Illusion eurer eigenen sogenannten Freiheit schuftet, fühlt ihr euch jetzt sicherer?

Amerikas herrschende Klassen rasen rückwärts in ein neues Dunkles Zeitalter, und das Gewicht der Repression rollt leichter mit jeder Stunde, die vergeht. Aber so, wie die Repression wächst, so muß es auch der Widerstand. Ge-

betsmahnwachen sind nicht genug. Mitternächliche Spaziergänge mit Kerzenlicht sind nicht genug. Prestigeträchtige Appelle für Regierungspietät sind nicht genug.

Es ist Zeit für direkte Aktion. Für Massenaktion. Für geballte Aktion der schweigenden vielen, deren furchtsames Schweigen als zustimmendes Schweigen verstanden wird. Wie unsere Vorväter, unsere Vormütter, all unsere Freunde und Verwandten, müssen wir um jeden Zentimeter errungenen Boden kämpfen. Die Welle der Unterdrückung, die über dieses Land rollt, wird nicht durch gute Wünsche gestoppt, sondern nur durch eine Gegenwelle von entschlossenen Menschen, die ihr Ziel fest vor Augen haben. Ich hoffe, ihr werdet zu ihnen gehören.

Aus der Todeszelle schicke ich euch meinen Dank und mein Salute.

ONA MOVE! LANG LEBE JOHN AFRICA!

9. Februar 1995

## Jamal...

*Fortsetzung von Seite 29*

sterie — an der Tagesordnung ist, müssen wir unsere Kampagne gegen Rassismus im Strafrechtssystem beschleunigen. Eine unserer zentralen Forderungen ist die Abschaffung der Todesstrafe, besonders angesichts ihrer rassistischen Anwendung als eklatante Form des Staatsterrors. Der Fall von Mumia Abu-Jamal ist zum wichtigsten Fall dieser Anfechtung der Todesstrafe geworden. Wir fordern die Umwandlung von Mumia Abu-Jamals Todesstrafe und seine Freilassung auf Kautions bis zu einem neuen Verfahren. Es sollte ihm erlaubt sein, seinen Ruf wiederherzustellen und sein Leben als energischer und engagierter politischer Aktivist und Organisator und als die journalistische „Stimme der Entrechteten“ wieder aufzunehmen.

### Nemera Desisa

*Stellvertretender Vorsitzender des  
Deutsch-Ostafrikanischen  
Begegnungszentrums Wedding*

Ich bin 1952 in Äthiopien geboren, 1978 bin ich durch konterrevolutionäre Kräfte, durch Rechtsextremisten durch fünf Kugeln verletzt worden, seitdem sitze ich im Rollstuhl. Der schwarze Journalist Mumia Abu-Jamal sitzt seit über zwölf Jahren wegen seiner politischen Taten und Überzeugungen in der Todeszelle in den USA. Die Schwarzen in den USA werden in ihrer eigenen Heimat als Fremde betrachtet und als Sklaven behandelt. Sie sind als Minderheit rassistischer Unterdrückung ausgesetzt.

In den USA ist die Todesstrafe die Speerspitze der Politik des Staates, bei der rassistischen Unterdrückung der Schwarzen und auch der Hispanics. Mit der Todesstrafe entscheidet der Staat, wer lebt und wer stirbt. Mumia Abu-Jamal ist international bekannt. Er hat für die schwarzen Amerikaner und gegen die rassistische Unterdrückung gekämpft. Das ist der Grund, daß der Staat ihn verhaftet und zum Tode verurteilt hat. Im Namen des Deutsch- und Ostafrikanischen Begegnungszentrums appelliere ich des-

halb an alle Menschen dringend, diese Kampagne zu seiner Unterstützung fortzusetzen, seinen Fall überall bekanntzumachen, damit er seine Tätigkeit als Journalist fortsetzen kann, um sein Leben und das Leben aller unter Todesstrafe Stehenden zu retten.

### Sigrun Steinborn

*Mitglied der Abgeordnetenhausfraktion der PDS*

Wir unterstützen auch die internationale Kampagne zur Freilassung von Mumia Abu-Jamal. Sowohl der Bundesparteitag, wie ihr sicherlich wißt, als auch die PDS Berlin hat auf ihrem Landesparteitag am letzten Sonntag die Unterstützung dieser internationalen Kampagne beschlossen. Es geht uns vorrangig darum, daß Mumia Jamal der drohenden Todesstrafe entzogen wird, und es geht uns darum, daß wir generell gegen die Todesstrafe auftreten. Das ist zum einen Ausdruck einer ganz primitiven Rache der Gesellschaft gegenüber den Individuen und zum anderen darüber hinaus eben Instrument der rassistischen Politik, die Ausdruck davon ist, daß in den amerikanischen Gefängnissen die Mehrheit Schwarze oder Farbige sind, die zur Todesstrafe verurteilt sind. Und deshalb unterstützen wir diese internationale Kampagne. Unser Protest muß so stark sein, daß er über den großen Teich hinüberreicht und den Arm des Ministerpräsidenten von Philadelphia aufhält, damit er diesen Vollzugsbescheid nicht unterschreiben kann und damit sich endlich die Türen des Knastes öffnen und Mumia Abu-Jamal endlich frei heraustreten kann, endlich seine Familie besuchen kann und wieder politisch tätig sein kann. Freiheit für Abu-Jamal!

### Heinrich Fink

*Vorsitzender des Komitees für Gerechtigkeit  
und Mitglied im Bund der Antifaschisten*

Liebe Freunde. Wenn ich mich hier in den Protest für Mumia Abu-Jamal mit einreihe, dann tue ich das sehr persönlich. Ich möchte, daß Mumia Abu-Jamal am Leben bleibt. Wenn wir dieser Tage gedenken, daß vor 50 Jahren Auschwitz durch die Rote Armee befreit wurde, wenn allerorten, auch in Amerika, des Holocaust gedacht wird, dann

bin ich sicher, daß das Gedenken an die sechs Millionen Juden nicht ausschließen kann, daß wir an Mumia Abu-Jamal im Augenblick denken. Jetzt heißt es leben, nicht in der Erinnerung. Wir meinen, daß der Kampf von Martin Luther King gegen die Apartheid, den er selbst mit seinem Leben bezahlen mußte, den Mumia Abu-Jamal fortsetzt, deutlich werden muß in unserer Solidarität.

Todesurteile können nicht mehr im 20. Jahrhundert Mittel der Justiz sein. Wir kämpfen um Gerechtigkeit und meinen, daß diese Gerechtigkeit sich im Leben eines jeden Menschen verwirklichen muß. Und daher sollte die Hexenjagd aufhören, die Hexenjagd gegen ihn, gegen die, die mit Wort und Zunge, mit Stift und Zeitungen gegen jegliche Diskriminierung und Verbrechen antreten. Wir sind an der Seite von Mumia Abu-Jamal und meinen, vieles tun zu müssen, weil wir selbst durch die Rote Armee vom Faschismus befreit wurden.

### Catherine Aubel

#### *Komitee für soziale Verteidigung*

Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle. Ihr, die ihr aus unterschiedlichen Ländern, mit unterschiedlichen Erfahrungen und mit euren unterschiedlichen politischen Ansichten heute hierhergekommen seid, habt damit ermöglicht, daß für Mumia und alle Opfer der schauerlichen Todesstrafe heute hier eine Tribüne errichtet werden konnte. Und das ist genau, was Mumia will.

Wie Ihr wißt, geht Mumias Rechtsanwalt in den näch-

sten Wochen in Berufung, um einen neuen Prozeß zu erreichen. Nun, wer sind denn die Leute, die zu entscheiden haben, ob Mumia lebt oder stirbt? Sein Richter von 1982 hat mehr Menschen zum Tode verurteilt als jeder andere Richter in den gesamten USA. Und mit ein, zwei Ausnahmen waren es alle Schwarze oder Spanischsprechende. Und wer sind die Stoßtruppen, die für Mumias Hinrichtung Sturm laufen? Ist es nicht die Polizei, die 1985 in Philadelphia ganze Häuserblöcke der schwarzen Nachbarschaft um Osage Avenue niederbrannte und elf Mitglieder der MOVE-Organisation – Männer, Frauen und Babies – bei lebendigem Leib verbrannte?

Das „legale“ Lynchen von Jesse Dwayne Jacobs letzten Monat in Texas – vollzogen im vollen Bewußtsein seiner Unschuld – zeigt uns, daß der Kampf um Jamals Leben kein fairer Kampf sein wird. Wir kämpfen gegen einen reaktionären Kreuzzug in den USA, der die Armen, aber vor allem die Schwarzen, ins Visier genommen hat. Dieses Klima folgt auf das Niederschlagen von einer Reihe von Streiks in den 80er Jahren in den USA. Aber die multinationale Arbeiterbewegung kann einen Strich durch diese Rechnung ziehen. Und eine breite soziale Protestbewegung kann die Lage umdrehen. Wenn wir gegen das „legale“ Lynchen von Jamal kämpfen, führen wir einen Schlag gegen den gesamten Apparat der rassistischen, kapitalistischen Repression.

### Reinhard Strecker

#### *Jüdische Gruppe Berlin*

Wir haben genügend Zweifel an dem Verfahren, um zu verlangen, daß dieses Verfahren von Grund auf überprüft wird und keinerlei Hinrichtungsanordnung gegeben wird, daß es dann hoffentlich zu einer Freilassung kommt. Wir haben zu viele Unrechtsurteile aus rassistischen Gründen in den verschiedensten Ländern auch in den letzten Jahren erlebt und glauben, daß dieses Urteil nicht vollstreckt werden darf. Gerade angesichts der Tatsache, daß wir nicht vergessen können, daß wir nicht von unseren Landsleuten aus den Lagern und Gefängnissen befreit worden sind, sondern durch die Alliierten. Wir müssen die Freilassung von Mumia Abu-Jamal und eine Überprüfung des ganzen Verfahrens erreichen. Und wenn es wirklich massenhaft Proteste gibt, die auf beiden Wegen – an die amerikanische Botschaft wie auch an den Gouverneur direkt – gehen, wird das sicherlich einen Beitrag dazu leisten. Danke.

### Guley

#### *Kurdistan Informationsbüro*

Liebe Freundinnen und Freunde, wir Kurden in Berlin verurteilen die politische Haltung des Gouverneurs von Pennsylvania und fordern die sofortige Freilassung von Mumia Abu-Jamal, die Stimme der Stimmlosen.

Auch in Kurdistan und der Türkei ist die Presse- und Meinungsfreiheit außer Kraft gesetzt. Jeder, der sich gegen den Vernichtungsfeldzug des türkischen Staates gegen das kurdische Volk äußert, wird verhaftet, gefoltert und sogar ermordet. Das türkische Regime könnte den Völkermord am kurdischen Volk ohne die wirtschaftliche, militärische und politische Unterstützung der Imperialisten, insbesondere von Deutschland, nicht länger als drei Monate durchhalten. Waffenlieferungen in Milliardenhöhe, Ausbildung der türkischen Todesschwadronen durch die GSG-9-Einheiten leisten Beihilfe zum Völkermord am kurdischen Volk. Kriminalisierung erfährt das kurdische Volk auch in Deutschland. Wir rufen alle Menschen zur Solidarität mit den Unterdrückten. Wir rufen alle Menschen zur Solidarität mit Mumia Abu-Jamal und fordern die sofortige Freilassung von Mumia Abu-Jamal und allen anderen politischen Gefangenen! Es lebe der Kampf für Freiheit und ein menschenwürdiges Leben! Es lebe der Internationalismus! ■

## Ihr könnt helfen, Mumia Abu-Jamals Leben zu retten!

Die legale Verteidigung von Mumia Abu-Jamal ist teuer. Schickt Eure Spenden für seine Verteidigung auf das KfsV-Konto: Wolf Schröder-Barkhausen, Commerzbank Berlin, Konto 310 350 400, BLZ 100 400 00, Stichwort „Jamal“!

### Macht mit bei der Kampagne, Jamal zu retten!

Organisiert Proteste! Verabschiedet Resolutionen in eurer Gewerkschaft, in der Schule, an der Uni und in euren Vereinen

#### Vom KfsV erhältlich:

- Video des PDC (in deutscher Übersetzung) zum Ausleihen: „Aus der Todeszelle, Mumia Abu-Jamal“ (25 Minuten)
- KfsV-Erklärung „Rettet Mumia Abu-Jamal“ (in Deutsch/Türkisch)
- Petitionen an Gouverneur Ridge
- Mumia-Plakate (DIN A2)  
Einzelpreis: DM 5, –
- Mumia-Kolumnen

Bestellungen an: KfsV, c/o Werner Brand,  
Postfach 21 07 50, 10507 Berlin  
Telefon: (030) 443 94 01

# SPARTAKIST

## Schließt Euch der Kampagne an!

# Rettet Mumia Abu- Jamal!



ND/Robert Grahn

Berlin, 7. Februar: Demo fordert „Weg mit der rassistischen Todesstrafe!“

Angesichts einer rassistischen Staatsoffensive in den USA, die darauf abzielt, immer mehr Opfer in die Hinrichtungskammern zu schieben, erheben Gegner der Todesstrafe aus aller Welt ihre Stimme und schließen sich der Kampagne an, das Leben des schwarzen Journalisten Mumia Abu-Jamal zu retten. Gleich nach seinem Amtsantritt im Januar kündigte der neue republikanische Gouverneur Ridge an, daß er Hinrichtungsbefehle unterschreiben will. Außerdem schlug er Gesetze vor, die die Vollstreckung der Hinrichtung innerhalb von 30 Tagen nach dem Unterzeichnen des Befehls vorschreiben. Die Verlegung von Jamal in einen neuen Hochsicherheitsknast im ländlichen westlichen Teil von Pennsylvania am 13. Januar ist äußerst bedrohlich.

Jamals Fall wird zum *Brennpunkt* der Opposition gegen die rassistische Todesstrafe. Gewerkschafter, Antifaschisten, Linke und antirassistische Jugendliche haben die dringenden Aufrufe des Partisan Defense Committee (PDC) in den USA, des Komitees für soziale Verteidigung (KfsV) in Deutschland sowie ihrer Schwesterorganisationen in anderen Ländern aufgegriffen, Einheitsfrontaktionen zur Verteidigung von Jamal zu organisieren. In Berlin trotzten am 7. Februar 300 Menschen einem kalten Regen und demonstrierten vor der Außenstelle der US-Botschaft mit der Forderung: *Mumia Abu-Jamal darf nicht sterben!* Vier Tage später demonstrierten 400 für die Abschaffung der Todesstrafe in New York City und sammelten 3000 Dollar für Jamals rechtliche Verteidigung.

Die Verfolgung von Jamal wirft ein grelles Licht darauf, worum es bei der rassistischen Todesstrafe überhaupt geht: um „legale Lynchjustiz“. Jamal ist ein ehemaliger Führer

der Black Panther Party, ein Unterstützer der schwarzen MOVE-Gemeinschaft aus Philadelphia und ein mutiger Journalist, der dafür bekannt ist, daß er Amerikas rassistische Herrscher schonungslos brandmarkt. Auch hinter den Gittern der Todeszelle bleibt Jamal seit 13 Jahren „the Voice of the Voiceless“, die Stimme der Entrechteten, und schreibt Artikel, die regelmäßig in vielen Zeitschriften erscheinen, auch im *Spartakist*.

In den kommenden Wochen werden Kundgebungen und Veranstaltungen zur Verteidigung von Jamal in Städten der ganzen USA stattfinden. In New York redeten auf der Kundgebung Gewerkschaftsführer, die die Macht und das Gewissen der Arbeiterbewegung repräsentieren; sie vertreten Hunderttausende Werktätige im öffentlichen Dienst, im Gesundheitswesen und beim Telefonnetz. In Boston wurde eine Erklärung von Michael und Robert Meeropol verlesen, den Söhnen von Ethel und Julius Rosenberg (siehe Seite 29). Eine Einheitsfrontkundgebung fand am 9. Februar in Sydney/Australien statt, unterstützt von Gewerkschaften sowie Organisationen der Aborigines, Studenten und Linken. Am 21. Februar demonstrierten rund 80 Teilnehmer auf einer Kundgebung in Paris, zu der die französische Schwesterorganisation des KfsV aufgerufen hatte. Diese Kundgebung wurde u. a. auch unterstützt von der Ligue trotskyste de France und der maoistischen Organisation communiste marxiste-léniniste (OCML). Weitere sind in Tokio (Ende Februar), Toronto und Vancouver in Kanada (11. März) sowie Mitte März in London geplant. Das Geld, das bei diesen Veranstaltungen gesammelt wird (in Deutsch-

Fortgesetzt auf Seite 28

## Proteste aus Brasilien, Südafrika, Deutschland, USA